

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

Themen in dieser Ausgabe:

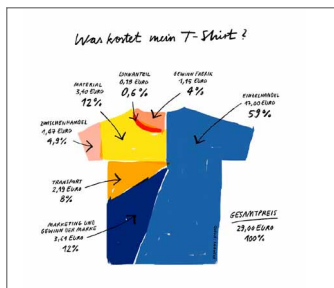
2-3| • UK/EU-Verhandlungen
• Schweiz: Zwei Volksentscheide
• Frankreich: Rentenkonflikt
• Wahlumfragen: Thüringen, Hamburg, München



4| Österreich hat eine neue Bundesregierung: Das Beste aus beiden Welten?



6| Neue „progressive Regierung“ Spaniens im Amt: Dialog, Lösung der Katalonienkrise, Reformagenda



8-9| AKTIONEN-INITIATIVEN: „FAIRHANDEL“

10| • ... WIR BERICHTETEN:

• Essen: Für Demokratie und Vielfalt • München: Stadt und Land begegnen sich – in der Landschaft



5.2.2020, Abendnachrichten: Bilder die im Gedächtnis haften.

11| Thüringen: Sonderfall? Musterfall? Vorhaben der Koalition.

13| Versuch, Thüringens Regierungskrise besser zu verstehen

14-15| KOMMUNALE FRIEDENSPOLITIK: Hamburg • Oberhavel • Havelland • Mannheim • Cottbus • Frankfurt a.M. • Düsseldorf • DFG/VK

16| EU-Außen- und Sicherheitspolitik: Interview mit Norbert Hagemann



18| Menschenrechte in den Lieferketten – Sorgfaltspflicht und/oder Haftung?

20-23| RECHTE PROVOKATIONEN, DEMOKRATISCHE ANTWORTEN.

20| Magazin „Compact“ – Erben der „Konservativen Revolution“

21| REDAKTIONSNOTIZEN

22| Die „Konservative Revolution“

24| EINLADUNG: Jahrestagung unseres Vereins am 28./29.3. in Mannheim.

25| EINLADUNG: Treffen „Emanzipatorische Arbeitspolitik“ in Sprockhövel

25| IN EIGENER SACHE • PB-Konzeptanpassung • Sachstand www.linkekritik.de

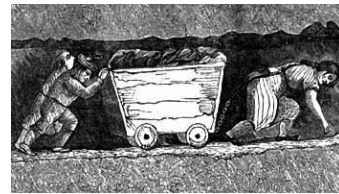


STRATEGIEDEBATTE:

26| USA: Feminismus für die 99 %

28| Mehr Befreiung wagen

29| Über 300 Beiträge ...



30| KALENDERBLATT 1872: Arbeitsschutz in Bergwerken – Widerstand und Stimme

32| NEU ERSCHIENEN: Edda Lechner: „Jesus – Marx – und ich“

• Beilagenhinweis: **Arge Rundschreiben** und Broschüre **Wegemarken der Emanzipation**

Ausgabe Nr. 1 am 20. Januar 2020, Preis 4,00 Euro

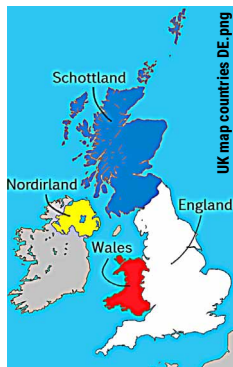
Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.

Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Endlich braucht keiner mehr das Wort „Brexit“

Guardian/Economist, (evd) Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland (UK) ist seit 31.1.2020 EU-Ausland. Welche Art der Beziehungen es auf den zahllosen Feldern der Berührungspunkte geben wird, ist Verhandlungssache – der Zeitplan ist eng: Deadline ist 31.12.2020. Immerhin gibt es einen Vertrag – über die Folgen im Einzelnen wird laufend berichtet. Für das internationale Gefüge ist UK ein neuer Player und setzt dabei auf bestehende, außerhalb der EU wirksame Kooperationen wie die Nato, die EW3-Gruppe (Deutschland, Frankreich, UK) oder beispielsweise auf Einzelkooperationen wie die COP 25 (Klimakonferenz) im November in Glasgow, die UK gemeinsam mit Italien ausrichten wird. Die EU ihrerseits hat Interesse an guter Zusammenarbeit – dennoch wird es schwierig werden, die bestehenden Strukturen, die in den letzten fast 50 Jahren aufgebaut wurden, in andersartige umzubauen. Für das auszuarbeitende Handelsabkommen sind die Ausgangspositionen diametral: Johnson sagt: keine Angleichung, kein Empfänger von Regeln, nicht im Binnenmarkt verbleiben (Anm.: EU weltweit größter Binnenmarkt!) Die EU besteht darauf: keine Waren-, Kapital- und Dienstleistungsfreiheit ohne Personenfreizügigkeit. Dann mal los mit den Verhandlungen! – Für UK selbst wirft der englische (!) Nationalismus die



auskömmliche Kooperation der vier Landesteile weit zurück, und es bleibt beunruhigend, welche Dynamik die irischen Bestrebungen zur politischen Vereinigung Irland/Nordirland und die schottischen für eine staatliche Unabhängigkeit entwickeln werden. Da hilft auch der Regierungs-Plan, eine Brücke zwischen Schottland und Nordirland (engste Stelle in der Irischen See: 18 km) zu bauen, wenig. Was von den Versprechungen der Johnsons und Raabs zu halten ist für die blühende Zukunft britischer Menschen: z.B. die Fischer hoffen ihre 200 Seemeilen Fanggebiet ohne Europäische Fischereiregelungen: das würde aber sofortige Einführung von Zöllen auf den EU-Markt zur Folge haben. Fraglich, wer hier als Fischer sein Auskommen finden würde. – Politische Verantwortlichkeiten, Entrechtung der EU-Bürger, die in UK leben, Reaktionen der Gewerkschaften auf angekündigte Senkungen von Standards (wie die Erlaubnis zur Einfuhr auch minderwertiger Agrarprodukte) und das Verstehen, wie es soweit kommen konnte – die Liste wäre lang und spannend für ausführliche Reflexion. Eines scheint dabei klar: Labour hat sich in eine Sackgasse manövriert, die Tories fühlen sich ermächtigt, ihren Plan zum Umbau der britischen Gesellschaft (nur ein Beispiel: der öffentliche Rundfunk, die BBC, soll privatisiert werden) rücksichtslos durchzuziehen.

Schweiz: Ja zur Antidiskriminierung, nein zu Wohnungsbauquoten

NZZ, SRF, (alk) Am 9. Februar standen bei der ersten von vier jährlichen schweizerischen Volksabstimmungen zwei Themen zur Wahl. Soll die Rassismustrafnorm um die Strafe für öffentlichen Aufruf zum Hass oder Diskriminierung von Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung erweitert werden? Ein Ja war erwartet worden, war aber mit 63,1

Prozent und einer Zustimmung in allen Kantonen bis auf drei kleinere (Appenzell Innerrhoden, Schwyz und Uri) recht deutlich. Damit dürfte demnächst dann auch die Ehe für alle in der Schweiz kommen, die Widerstände aus christlich-konservativer Ecke haben offensichtlich an gesellschaftlicher Zustimmung verloren.

Ebenso überraschend deutlich war die Ablehnung der Initiative „Mehr bezahlbare Wohnungen“ mit 57,1 Prozent. Mit ihr sollte landesweit eine Quote von zehn Prozent für den Genossenschaftswohnungsbau festgeschrieben werden. Zustimmung fand diese Initiative nur dort, wo auch ein akuter Wohnungsmangel herrscht bzw. wie in der Romandie eine eher etatistische Tradition. Zu einem Ja reichte es in fünf Kantonen (Jura, Waadt, Genf, Neuenburg und Basel-Stadt). Auch die deutlichen Mehrheiten in den Städten Zürich, Basel oder Bern mit Werten um die 65 Prozent reichten nicht aus, um die sehr geringe Zustimmung von kaum 35 Prozent in den ländlichen Kantonen auszugleichen. Damit ist das Anliegen des genossenschaftlichen Wohnungsbaus nicht unten durch. Abgelehnt wurde eine zentralistische Lösung, die in den ländlichen Gegenden wahrscheinlich gar nicht umzusetzen wäre. In den großen Städten werden sich die jeweiligen Gemeinde- und Kantonsverwaltungen aufgrund des Stimmergebnisses aber stärker für die gemeinnützigen Genossenschaften engagieren müssen. Die Bundesregierung hatte bereits vor der Abstimmung angekündigt, dazu den gemeinnützigen Wohnungsbau mit zinsgünstigen Krediten stärker zu fördern.

Die nächste Volksabstimmung findet am 17. Mai mit dem auch international sehr bedeutenden Thema „Für eine maßvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)“ statt. Gemeint ist damit eine Kündigung und Neuverhandlung der Personenfreizügigkeit gegenüber den EU-Ländern. Sollte hier das Schweizer Volk zustimmen (die Umfragen sprechen derzeit nicht dafür), würden aber alle bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU hinfällig (nicht nur Personenfreizügigkeit, sondern auch technische Handelshemmnisse, öffentliche Beschaffungen, Landwirtschaft, Luft- und Landverkehr sowie Forschung). Die Schweizer Regierung warnt sehr eindringlich vor den erheblichen wirtschaftlichen Folgen, falls der Begrenzungsinitiative zugestimmt würde. Von den politischen Parteien unterstützt nur die SVP die Initiative.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT SECHS MAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@

gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt,

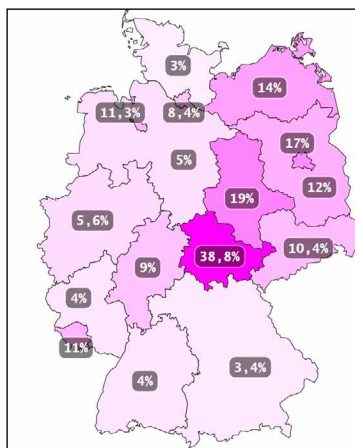
b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 € (Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 €, Ausland: 48 €, Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €). Druck und Versand: Projekt Print, München Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Frankreichs: Streiks und Proteste gegen Rentenreform

Le Monde, /M. Paykowski. Die Änderungen des französischen Rentensystems sind seit Anfang Februar in der Nationalversammlung. Vor allem in den öffentlichen Diensten, im Transport-, Bildungs- und Gesundheitswesen sowie bei der öffentlichen Sicherheit werden seit Anfang Dezember Streiks und Protestaktionen gegen die Gesetzesänderungen durchgeführt. Die Gewerkschaften sehen historische Errungenschaften bedroht. Beteiligung und Intensität haben nachgelassen, auch der Rückhalt in der Öffentlichkeit. Und es sieht nicht danach aus, dass politische Kalküls und Hoffnungen aufgehen: dass durch die Streiks und Aktionen die Rücknahme des Gesetzes erzwungen werden könnte wie 1995 bei Juppé; dass durch Einschluss etwa der Gelbwestenbewegung (bzw. was noch davon übrig ist) die außerparlamentarische Bewegung die Regierung gar zum Rücktritt zwingt („Macron démissionne“ – „Macron tritt ab“) und dass sich Gewerkschaften und politische Parteien auf der Linken in dieser Auseinandersetzung politisch erholen. Eine Mehrheit befürwortet eine Reform des aus 42 Spezialregimes bestehenden Rentensystems, aber eine deutliche Mehrheit misstraut der Umsetzung durch die Regierung.

Der derzeitige Stand: Wer ab 2022 neu in den Arbeitsmarkt eintritt, zahlt in das neue System ein. Ab 2025 wird die Rente nach dem neuen System ausgezahlt, für Jahrgänge ab 1975. Das Eintrittsalter von 62 Jahren bleibt bestehen. Den Anspruch auf volle Rente erst ab 64 Jahre hat die Regierung zurückgenommen. Mit finanziellen Anreizen wird Weiterarbeiten bis 64 Jahre aber gefördert. Das Umlageverfahren, das sich bisher nach der Mindestbeitragsdauer richtet, wird zu einem Punkteverfahren und dabei auch Ausbildung, Mutterschaft und Unfall erfasst, bis zu einem Einkommen von 120.000 Euro. Darüber muss für das Alter privat vorgesorgt werden. Ab 2022 soll eine Mindestrente von 1000 Euro gezahlt werden. Voraussetzung ist hier, dass das Alter von 64 Jahren erreicht ist. Wer körperlich schweren Tätigkeiten nachgeht oder sehr früh in den Arbeitsmarkt eingetreten ist oder viele Nachschichten leisten musste, soll zwei Jahre früher in Rente gehen dürfen. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben bis Ende April Zeit, gemeinsame Vorschläge zur dauerhaften Finanzierung des Rentensystems vorzulegen, die verhindern sollen, dass das von der Regierung für 2025 prognostizierte Defizit von zehn Milliarden Euro eintritt.



www.dawum.de. Oben: **Umfragewerte Die Linke in den Ländern bei Landtagswahlen.** Unten: **Prognose Hamburg**

Wahlrend vom 14.02.2020

SPD	36,6% (+3,9)
Grüne	24,0% (-2,3)
CDU	13,6% (-1,0)
Linke	8,4% (+0,2)
AfD	6,6% (-0,4)
FDP	5,2% (-0,5)

München: 17 Listen

Münchner Abendzeitung, (maf) Können die Münchner Grünen bei der Kommunalwahl und der gleichzeitigen OB-Wahl am 15. März, an der SPD und der CSU vorbeiziehen? Muss der amtierende OB Dieter Reiter in die Stichwahl und wenn ja, gegen Frau Habenschaden (Fraktionsvorsitzende der Grünen) oder gegen Kristina Frank, die von der CSU als Kommunalreferentin platziert worden war? Es wird damit gerechnet, dass sich der amtierende OB letztlich durchsetzt.

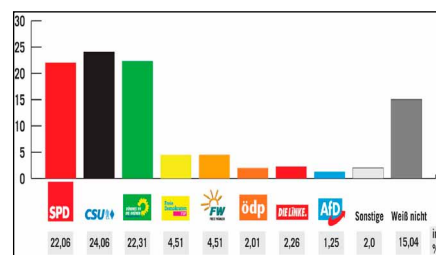
Wie aber werden die Mehrheitsverhältnisse im nächsten Stadtrat aussehen? 17 Parteien bzw. Wählervereinigungen sind zur Wahl zugelassen, 2014 waren es 14. Drei der damals erfolgreichen Bewerbungen (Piraten, die Wählergruppe HUT und rechtsextreme FREIHEIT) treten 2020 nicht mehr an. So sind sechs neue Spieler auf dem Feld. Namentlich: „Die Partei“ (Europa-Parlament vertreten,) die Liste „FAIR,“ (getragen von Erdogan-freundlichen Milieus), die „München Liste“ (Opposition zu Verdichtungsprojekten), „MUT“ (hervorgegangen aus einer Abspaltung der Landtagsgrünen, die Spitzenkandidatin kommt von den „Löwenfans gegen Rechts“), „Volt“, (im Europaparlament vertreten, Selbstbezeichnung paneuropäisch) und die Liste „ZuBa“, (Zusammen Bayern), die von links orientierten migrantischen Milieus getragen wird.

Dem Trend zur Auf- und Absplitterung ist auch die Münchner Linke unterlegen, der amtierende Linken-Stadtrat Cetin

Wahlumfragen Thüringen / Hamburg

dawum.de. (maf) Die Umfragewerte der Linken für Landtagswahlen: Spitzenreiter Thüringen mit 38,4 Prozent, Schlusslicht Bayern mit 3,4%. Thüringen wird derzeit mit 7% über dem Wahlergebnis von Oktober gemessen. – In diesen Tagen entscheidet sich, ob es zu einer Stabilisierung einer Minderheitsregierung ohne und gegen die AfD kommt. Das Arbeitsprogramm der Koalition aus Linken, SPD und Grünen würde das ermöglichen (siehe hierzu in dieser Ausgabe Seite 11-13).

In Hamburg, wo an kommenden Wochenende gewählt wird, war die Partei zwischenzeitlich schon auf 13 Prozent geklettert, hat sich dann aber in einem schwierigen Umfeld (Wettlauf zwischen SPD und Grünen) bei beachtlichen 8,4 Prozent in der Oppositionsrolle stabilisieren können. Christiane Schneider, Mitherausgeberin dieser Zeitschrift, hat sich nicht mehr um ein Mandat bemüht. Sie hatte als weit über die Partei hinaus geschätzte Vizepräsidentin des Landtags viele Gelegenheiten zu zeigen, dass die Linke die Rolle der Bürgerrechtspartei sehr gut ausfüllen kann.



Oraner wurde bei der Listenaufstellung nicht berücksichtigt. Auch bei den anderen Parteien blieben Bewerbungen aus den migrantischen Milieus erfolglos, es entstand eine Repräsentationslücke. Cetin Oraner ist jetzt Spitzenkandidat der Liste „ZuBa“ ...

Die mit Blick auf Wahlsystem und Anzahl der Bewerbungen mit erheblichen Unsicherheiten behaftete Wahlumfrage der Münchner Abendzeitung stammt aus dem Januar, damals stand für viele Bewerber die Zulassung noch in den Sternen. Auch erreichen die Wahlkampagnen Höhepunkt und Wirkung auf Unentschlossene gewöhnlich erst in den letzten Wochen vor der Wahl. – Ganz erstaunlich ist die in dieser Umfrage extrem schwache Bewertung der AfD.

Für die weitere Entwicklung der linken Kommunalpolitik wird in München wichtig sein, ob die erstmals mögliche Bewerbung für die Bezirksausschüsse erfolgreich ist. Brigitte Wolf, Mitherausgeberin dieser Zeitschrift, hatte bei der Listenaufstellung gegen die Nichtberücksichtigung ihres Stadtratskollegen Cetin Oraner argumentiert. Sie kandidiert an Platz 1 für den Bezirksausschuss Au/Haidhausen und auf der Stadtratsliste auf Platz 2.

Österreich hat eine neue Bundesregierung:

Das Beste aus beiden Welten?

Foto: Der Bundespräsident und Mitglieder der neuen Regierung
<https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/ernennung-und-angelobung-der-bundesregierung>



AUGUST KARGL, STEIERMARK

Der neue Bundeskanzler scheint zufrieden mit der neuen Regierung. Es wurde eine Koalition mit den Grünen. Sebastian Kurz hat sich seit seiner Machtübernahme in der ÖVP als gewiefter Strategie erwiesen. Er hat politische Erfahrung gesammelt, im Wiener Gemeinderat, als Staatssekretär für Integration, als Abgeordneter im Nationalrat und schließlich von 2013 bis 2017 als Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres in den rot-schwarzen Bundesregierungen. Im März 2017 kritisierte Kurz die Rettungsaktionen von Hilfsorganisationen als „NGO-Wahnsinn“, da diese Aktionen dazu führen würden, dass mehr Flüchtlinge im Mittelmeer sterben, anstatt weniger. Wiederholt forderte Kurz, die im Mittelmeer geretteten Flüchtlinge nicht mehr auf das italienische Festland zu bringen, sondern nach australischem Vorbild zu stoppen und in Flüchtlingszentren außerhalb der EU zurückzustellen. Er verlangte die Schließung der Mittelmeerroute. Im Mai 2017 wurde Kurz zum Parteiobmann der ÖVP gewählt, bei diesen Wahlen zum Parteivorsitzenden ließ er sich mit Sondervollmachten ausstatten, zum Beispiel konnte er alleine Personalentscheidungen treffen. Der Umsturz in der ÖVP stellte sich als strategisch gut vorbereitet heraus. Unter der neuen Führung, mit neuem Team, riskierte die ÖVP Neuwahlen und gewann.

Bei der Nationalratswahl im Oktober 2017 trat die ÖVP unter dem Namen „Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei (ÖVP)“ an und ging als stimmenstärkste Partei hervor, die FPÖ legte zu. Die Grünen erreichten nach einer Parteispaltung nicht mehr die fünf Prozent, die Sozialdemokraten verloren. Kurz und Strache von der FPÖ fanden bald Gemeinsames.

Mandatsverteilung		
	%	Mandate
ÖVP	37,5 %	71
SPÖ	21,2 %	40
FPÖ	16,2 %	31
NEOS	8,1 %	15
GRÜNE	13,9 %	26

Kampf gegen Sozialschmarotzer, gegen illegale Migration, Zerschlagen der Sozialversicherungsstrukturen, das Innenministerium wurde der FPÖ (Kickl) überlassen. Im Dezember 2017 wurde die Bundesregierung Kurz und Strache, eine Koalitionsregierung aus ÖVP und FPÖ, angelobt. Am 18. Mai 2019 beendete Kurz nach der sogenannten Ibiza-Affäre die Zusammenarbeit mit der FPÖ.

Am 27. Mai 2019 wurde Kurz durch ein Misstrauensvotum des Nationalrates mit den Stimmen von Sozialdemokraten, FPÖ und JETZT seines Amtes enthoben. Bundespräsident van der Bellen reagierte gelassen: „Als dann, liebe Österreicherinnen und Österreicher: Das ist keine alltägliche Situation, aber im Grunde genommen etwas ganz Normales“, sagt van der Bellen – und berief sich auf die Eleganz der österreichischen Verfassung, die das Land durch diese außergewöhnliche, aber im demokratischen Prozess vorgesehene Situation leiten werde. Er bildete eine Beamtinnenregierung unter Bundeskanzlerin Dr. Brigitte Bierlein.

Die Nationalratswahl im September 2019 brachte zwei Gewinner, die Liste Kurz und die Grünen unter Werner Kogler, die SPÖ verlor, die FPÖ verlor ordentlich, die Liste JETZT scheiterte an der Prozent-Marke.

Der Bundespräsident beauftragte Sebastian Kurz als Chef der stimmenstärksten Partei mit der Regierungsbildung. Strache wurde wegen Ibiza und horrender Spesenabrechnungen aus der FPÖ ausgeschlossen, Norbert Hofer zum Vorsitzenden der FPÖ gewählt. Hofer wollte Kickl nicht fallen lassen, darum scheiterten die Sondierungsgespräche mit der FPÖ, dem Wunschpartner von Kurz.

Übrig blieben die Grünen unter ihrem pragmatischen Führer Werner Kogler. Trotz Kopftuchverbot, geplanter Sicherungshaft und weiter restriktiver Asylpolitik fanden sich die Verhandlungsteams der Parteien. Die Koalitionsverhandlungen wurden am 1. Jänner 2020 erfolgreich abgeschlossen.

Die Bundesregierung Kurz II, eine Koalitionsregierung aus ÖVP und Grünen, wurde am 7. Jänner 2020 angelobt. Das in der Hofburg angelobte Kabinett ist das erste mehrheitlich weibliche in der Geschichte Österreichs. Acht der 15 Regierungsmitglieder sind Frauen.

Die wichtigsten Schwerpunkte des Koalitionsübereinkommens:

Transparenz. Ein Kernpunkt der grünen Regierungsbeteiligung soll ein Transparenzpaket sein, das hat Parteichef Werner Kogler schon früh in den Verhandlungen klar gemacht. Für die versprochene Abschaffung des Amtsgeheimnisses braucht es aber eine Zweidrittelmehrheit im Parlament und damit die Unterstützung von SPÖ oder FPÖ.

Klimaschutz. Das erwartete große Klimaschutz-Paket der türkis-grünen Koalition besteht aus vielen einzelnen Maßnahmen bzw. Überschriften, die zum Teil noch mit Inhalt gefüllt werden müssen. Das große Ziel ist es, Österreich bis 2040 klimaneutral zu machen. Bis 2030 soll der Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen kommen.

Integration und Asyl. Das Regierungsprogramm bringt etwa die Einführung einer „Sicherungshaft zum Schutz der Allgemeinheit“. Eingebaut ist ein koalitionsfreier Raum, bei dem die Regierungsparteien an keine Abstimmungsvereinbarung gebunden seien, etwa für den Fall einer neuen Flüchtlingskrise. Das Kopftuchverbot an Schulen wird bis zum 14. Lebensjahr ausgeweitet. Verstärkte Kontrollen soll es in Kinderbetreuungsstätten, insbesondere islamischen geben. Einen Präventionsunterricht soll es ab der Mittelstufe geben.

Außenpolitik. Die „EU als Klimaschutzvorreiterin“ ist ebenso Teil des Programms wie der „Einsatz für einen Neuen Vertrag für Europa“. In der Handelspolitik beharrt Türkis-Grün auf der „Ablehnung des Mercosur-Handelsabkommens in der derzeitigen Form“. Die Bemühungen zur Einführung einer Digitalsteuer für internationale Großkonzerne sollen auf internationaler oder europäischer Ebene fortgesetzt werden.

Steuern und Finanzen. Die von der türkis-blauen Regierung geplante Steuerreform will die ÖVP nun mit den Grünen umsetzen. Vorgesehen ist sowohl die Senkung der Lohn- und Einkommensteuertarife als auch die starke Senkung der Körperschaftsteuer auf Unternehmensgewinne. Geplant ist auch eine „CO₂-Bepreisung“ und – in Etappen – eine ökologische Steuerreform, wofür es eine „Task-Force“ geben soll. Am Nullde-

fitz will die Regierung ebenso festhalten wie am Ziel, die Staatsschulden unter die auf EU-Ebene vorgegebene Grenze von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung zu senken mit Rücksicht auf konjunkturelle Entwicklung und Klimaschutz.

Wirtschaft. Das Leitmotiv der neuen Regierungskoalition heißt Entlastung und Entbürokratisierung. Die Steuer- und Abgabenquote soll gesenkt und Unternehmensgründungen erleichtert werden. Dem Fachkräftemangel will man durch eine Modernisierung der Lehrberufe und einer Rot-Weiß-Rot-Karte entgegenwirken. Der Ruf der Wirtschaft nach einer Senkung der Körperschaftsteuer (KöSt) wurde erhört, der Steuersatz soll von derzeit 25 auf 21 Prozent gesenkt werden. Der Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer (ÖVP) wollte „vorne einen Einser“ haben.

Arbeitsmarkt. Zunächst fällt auf, was fehlt, nämlich die unter Türkis-Blau geplante Abschaffung der Notstandshilfe. Eher undeutlich ist bloß von einer „Weiterentwicklung des Arbeitslosengeldes mit Anreizen, damit arbeitslose Menschen wieder schneller ins Erwerbsleben zurückkehren können“, die Rede. Nicht fix ist eine weitere Lohnnebenkosten-Senkung. Hier sollen Potenziale zur Senkung der Lohnnebenkosten ohne Leistungsreduktion geprüft werden.

Wohnbauförderung. ÖVP und Grüne haben die Wiedereinsetzung der Zweckwidmung der Wohnbauförderung zum Ziel. Wohnbaufördermitteln soll es nur noch geben, wenn umweltschonend gebaut wird. Von den Ländern wird gefordert, in den Bauordnungen klimarelevante Maßnahmen zu implementieren.

Forschung&Innovation. Viele schon bekannte Vorhaben finden sich im Kapitel Forschung, Innovation und Digitalisierung. Dazu zählen etwa ein Forschungsfinanzierungsgesetz oder eine Exzellenzinitiative für die Grundlagenforschung. Im Bereich Digitalisierung sind eine „Digitale Identität“ und eine „Ö-Cloud“ geplant.

Innere Sicherheit. Neben den in anderen Teilen vorhandenen Schwerpunkten im Bereich der Inneren Sicherheit sind auffällig die avisierte Neuaufstellung des BVT (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung), Maßnahmen zur Bekämpfung von Vereinen wie den Identitären, die staatsfeindliches Gedankengut verbreiten, sowie ein nationaler Aktionsplan für Menschenrechte in Österreich gegen Rechtsextremismus und politischen Islam. Die Beobachtung und Einschätzung rechtsextremer Burschenschaften wird wieder in den Verfassungsschutzbericht aufgenommen.

Quelle Kurier: <https://kurier.at/politik/inland/die-wichtigsten-punkte-aus-324-seiten-regierungsprogramm/400716558>.

Das Regierungsprogramm zum Download: https://www.wienerzeitung.at/_em_daten/_wzo/2020/01/02/200102-1510_regierungsprogramm_2020_gesamt.pdf

Stellungnahmen zum Regierungsprogramm:

DOI: KPÖ: Erklärung zum Regierungsprogramm von Türkis-Grün (31.1.2020). Mit der Unterzeichnung des Regierungsprogramms ermöglichen die Grünen die Fortsetzung des bisherigen unsozialen, rassistischen Kurses von Türkis-Blau. Sozialökonomisch bilden der Fetisch des Nulldefizites und die weitere Senkung der Staatsquote den Kern des Regierungsprogramms, was auf der neoliberalen Linie aller heute im Parlament vertretenen Parteien liegt.

<http://www.kpoe.at/innenpolitik/bundespolitik/2020/erklaerung-der-kpoe-zum-regierungsprogramm-von-tuerkis-gruen>

DOI: SPÖ-Bundespartei-vorsitzende Pamela Rendi-Wagner erklärt, dass der Maßstab, an dem das vorliegende türkis-grüne Regierungsprogramm gemessen wird, die

Frage ist: „Verbessern diese Maßnahmen das Leben der Menschen in Österreich?“ Das angeblich Beste aus zwei Welten sei das Regierungsprogramm nicht. „Vielmehr ein ÖVP-Programm mit grüner Tarnfarbe“. „Es gibt eine Schieflage“, sagt die Parteivorsitzende. Hier sei die mangelnde soziale Gerechtigkeit zu nennen. Geringverdienenden, also all jene, die unter der Steuergrenze liegen, kommen zu kurz, etwa beim Familienbonus. Das betrifft viele Frauen und Alleinerzieherinnen. Auf der anderen Seite gebe es kein Wort zu einem gerechten Beitrag der Spitzenverdiener im Programm. „Die soziale Schere wird nicht verkleinert, im Gegenteil, sie läuft Gefahr, sich zu vergrößern“, sagt Rendi-Wagner.

<https://www.spoe.at/2020/01/03/vp-programm-mit-gruener-tarnfarbe/>

Schulen. ÖVP und Grüne wollen Qualitätsmindeststandards für Kindergärten und eine Bildungs-statt-einer-Schulpflicht für Jugendliche. Viele Konstanten zum ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramm sind vorhanden. Die umstrittenen Deutschförderklassen bleiben erhalten, sollen aber laufend wissenschaftlich begleitet und falls nötig verbessert werden und die Schulen mehr Autonomie bei der konkreten Ausgestaltung (z.B. Gruppengröße) bekommen.

Universitäten. Sie sollen längerfristige Planungssicherheit erhalten. Ihr kommandiertes Budget soll nicht wie eigentlich vorgesehen bis 2024, sondern bis 2027 sichergestellt werden. Sowohl die bei den Grünen ungeliebten Zugangsbeschränkungen als auch Studiengebühren stehen im Regierungsprogramm, wobei bei Ersteren eine „qualitätsvolle und faire Weiterentwicklung“ und bei Letzteren eine regelmäßige Valorisierung und damit Anhebung vorgesehen ist. Gleichzeitig soll die Studienförderung ausgebaut werden.

Gesundheit. Die türkis-blaue Kassenreform, die eine Zusammenlegung aller Gebietskrankenkassen, vor allem aber auch die Entmachtung der Arbeitnehmer in den Kassengremien gebracht hat, wird nicht angegriffen, lediglich ein Bekenntnis der Regierung zum Prinzip der Selbstverwaltung wird hier abgegeben.

Pflege. Beim Thema Pflege bleibt vieles auf den ersten Blick vage. Zwar gibt es ein Bekenntnis zu einer gesamtheitlichen Reform und einer Personaloffensive für Pflegeberufe, auch soll ein Pflege-

Daheim-Bonus eingeführt werden. Auch soll die von der ÖVP schon länger geplante Pflegeversicherung eingeführt werden.

Medien. Eine Budgetfinanzierung des ORF ist vom Tisch. Die Regierung steht für einen unabhängig finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Landwirtschaft. Die Bauern erwartet zahlreiche Entlastungen. Die heimische Biolandwirtschaft will Türkis-Grün weiter forcieren. „Die Vorreiterrolle Österreichs in der biologischen Wirtschaftsweise in Europa“ soll ausgebaut werden und der Bio-Aktionsplan weiterentwickelt werden.

Kunst und Kultur. Durchaus selbstbewusst zeigt sich die türkis-grüne Bundesregierung, wenn es in der Präambel allgemein um die Positionierung Österreichs im Kunst- und Kulturbereich geht: „Ob es Kunst- und Kulturerbe oder zeitgenössische Kunst ist, ob es Volkskultur, Baukultur oder darstellende Kunst ist – Österreich zählt in allen künstlerischen und kulturellen Bereichen zu den Besten.“

Sport. Mit Werner Kogler, dem ersten Sportminister der Grünen, soll auch der Sport in Österreich grüner werden. „Green Sport stärken“ heißt es im Regierungsprogramm, auch Integration, Inklusion, Gleichstellung, Klimaschutz und Kampf gegen Rassismus und Homophobie wurden berücksichtigt.

Landesverteidigung. Es fällt auf den ersten Blick auf, dass sie mit dem Krisen- und Katastrophenschutz verknüpft ist und dass wiederholt von einer „zeitgemäßen“ Neugestaltung der Aufgaben gesprochen wird.

Neue „progressive Regierung“ Spaniens im Amt: Dialog, Lösung der Katalonienkrise, Reformagenda

CLAUS SEITZ, SAN SEBASTIÁN

Am 7. Januar wurde mit denkbar knappem Resultat (167 Ja- gegenüber 165 Nein-Stimmen bei 18 Enthaltungen) die neue Regierung in ihr Amt eingesetzt. Die rechten Parteien, mit der Volkspartei (PP) an der Spitze, die selbst keine Mehrheit im Parlament erreichen können und sich einer blockübergreifenden Lösung (große Koalition oder Billigung einer PSOE-Minderheitsregierung) verweigerten, versuchten bis zur letzten Minute mit allen Mitteln, die Wahl der Regierung zu verhindern.

Die Wahl der neuen „progressiven Regierung“ wurde möglich durch die Eini-gung der beiden Linksparteien PSOE und Unidos Podemos (UP) auf Regierungsprogramm und -struktur, durch einen politischen Pakt mit der baskischen nationalistischen Regierungspartei PNV, mehrere Vereinbarungen mit kleinen Parteien, sowie der Verständigung mit Esquerra Republicana auf einen Dialog zur Lösung der Katalonien-Krise. Insbesondere letzteres stellt in den Augen der Rechten ein „Verrat an Spanien“ und einen „Bruch der Verfassung“ dar.

Präsident Sanchez (PSOE) erklärte: „Spanien zerbricht nicht. Wir werden im Dialog den politischen Konflikt mit Kata-



Regierung mit Vertretern von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden bei der Vereinbarung der Erhöhung des Mindestlohns

lonien in Angriff nehmen, ohne den Rahmen der Verfassung zu überschreiten. Die Koalitionsregierung PSOE und UP wird eine Reformagenda voranbringen.“

Die Ausgangsbedingungen für die neue Regierung könnten kaum schwieriger sein, die Abhängigkeit von Fortschritten im Dialog mit den katalanischen Parteien schafft Unsicherheiten, darüber hinaus wird die Regierung für jede Abstimmung im Parlament, für jede Gesetzesinitiative Mehrheiten suchen müssen; je nachdem einfache, absolute oder qualifizierte.

Eine qualifizierte Mehrheit von 60 % ist z.B. für die überfällige personelle Erneuerung des „Generalrats der Justiz“ nötig. Die Volkspartei (PP) müsste diese

nach den parlamentarischen Spielregeln, im Konsens billigen, auch wenn dadurch die konservative Mehrheit im wichtigsten Justizorgan verloren ginge, aber PP-Präsident Casados verweigert sich. Gleichzeitig nähert sich die PP in vielen inhaltlichen Positionen der rechtsradikalen Vox.

Am 9. Februar widmete die größte spanische Tageszeitung „El País“ der Politik der Volkspartei und ihres Präsidenten Pablo Casado ein eigenes Editorial: „Leider setzt Casados nicht auf ein konstruktives Verhalten, wie es seine erklärte Absicht zeigt, die Erneuerung des Generalrats der Justiz, anhängig seit Dezember 2018, zu blockieren. Eine Blockade, die er auf die Gesamtheit der Staatsorgane ausdehnen

Katalonien: Bruch der Regionalregierung und Neuwahlen. Dialog und Angebote der Linksregierung

Am 28. Januar kündigte der katalanische Regionalpräsident Quim Torra von der Partei Junts per Catalunya (JxCat) Neuwahlen zum katalonischen Parlament an. Seine Begründung „Keine Regierung kann ohne Loyalität zwischen seinen Partnern funktionieren.“



Treffen zwischen Ministerpräsident Sanchez und der Bürgermeisterin von Barcelona Ada Colau

Was war geschehen?

Anfang Januar vereinbarten Esquerra Republicana (ERC), Koalitionspartner von JxCat, und PSOE ein Abkommen zur Schaffung eines runden Tisches des Dialogs. Das Abkommen machte den Weg frei für die Enthaltung der ERC-Abgeordneten bei der Abstimmung über die neue Regierung im spanischen Parlament am 7.1. JxCat hatte das Abkommen als Verrat an der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung heftig kritisiert und gegen die neue Linksregierung gestimmt.

Mit dem Abkommen akzeptierten die Sozialisten die Forderung von Esquerra Republicana, in einem runden Tisch offen über alle Themen und Forderungen, wie Amnestie für die verurteilten katalanischen Politiker und Referendum zur Selbstbestimmung, zu sprechen, ERC rückte im Gegenzug von einseitigen Maßnahmen zur Erreichung der Ziele der Unabhängigkeitsbewegung ab und verpflichtete sich auf die Einhaltung des juristisch-politischen Rahmens Spaniens.

tete sich auf die Einhaltung des juristisch-politischen Rahmens Spaniens.

ERC-Nationalrat und -Kongress stimmten mit 93 % bzw. 96 % für das Abkommen. In der Partei hat sich mehrheitlich eine Auffassung durchgesetzt, wie sie Joan Tardà (Mitglied der ERC-Nationalrats, ehemaliger ERC-Sprecher im spanischen Parlament) im September 2019 formulierte: „Sollte es einen Anhänger der Unabhängigkeit geben, der so naiv und dumm ist, zu glauben, dass man die Unabhängigkeit 50 % der Katalanen aufzwingen könnte, die offensichtlich nicht dafür sind, der irrt sich gewaltig“. Die neue Strategie von Esquerra Republicana zielt darauf, mit einer pragmatischen Politik erst mal breite und dauerhafte Mehrheiten gewinnen, insbesondere in der Metropolregion Barcelona.

Am 27. Januar folgte der Präsident des katalanischen Parlaments, Roger Torrent (ERC), dem Beschluss des Obersten Spanischen Gerichtshofs, dem Regionalprä-

sidenten Torra das Abgeordnetenmandat zu entziehen. Bei Nichtbefolgung, wie von JxCat und Torra eingefordert, hätte sich der Parlamentspräsident selbst des Ungehorsams schuldig gemacht. Hintergrund: Torra war wegen Ungehorsams zu einem 18monatigen Verbot, öffentliche Ämter auszuüben, verurteilt worden, weil er während des Wahlkampfs trotz mehrmaliger Aufforderung, an öffentlichen Gebäuden aufgehängte Separatisten-Symbole, nicht entfernen ließ. Mit einem abschließenden Urteil in der Sache ist innerhalb der nächsten drei Monate zu rechnen. In der Konsequenz wird Torra das Amt des Regionalpräsidenten nicht mehr ausüben können.

ERC forderte JxCat auf, Schluss zu machen „mit symbolischen Ungehorsamkeiten“ und nicht weiter „magische Geschichten zu befüttern“, womit ERC endgültig aus dem jahrelangen Kreislauf „Provokation, Reaktion des Staates, Verurteilung, Ungehorsam ...“ ausgebrochen ist.

will, die dringend einen gemeinsamen Pakt der beiden großen Parlamentsparteien benötigen. Die ungebührliche Ausnutzung von so sensiblen und strategischen Themen wie Terrorismus und katalanische Krise für Wahlzwecke entfernen die PP von der Rolle der Staatsopposition. Casados scheint nicht zu verstehen, dass die Übertreibung der Kritik, diese ihres Inhalts entleert und zum Verlust der Funktion führt, eine Alternative zur Regierung sichtbar zu machen“.

In der neuen Regierung hat Podemos-Generalsekretär, Pablos Iglesias, die Vizepräsidentschaft für soziale Rechte und Agenda 2030 inne, in deren Verantwortungsbereich vier weitere UP-Minister zugeordnet sind: Arbeit, Gleichstellung, Konsum und Universitäten. Schwerpunkt der Vizepräsidentschaft für Soziales soll zum einen sein, die relativ schwach entwickelte spanische Sozialpolitik auf vergleichbares europäisches Niveau zu heben (wo sich das Erziehungs- und Gesundheitswesen und das Rentensystem durchaus befinden) sowie Maßnahmen einzuleiten (z.B. Arbeitsreform), die die dramatischen Spuren, die die Krise von 2008 im Leben vieler Menschen, insbesondere der Jugend, hinterlassen hat, wieder zu beseitigen.

Im Juli 2019 lag die Jugendarbeitslosigkeit immer noch bei 32,1 %, davon 46 % länger als ein Jahr arbeitslos. Spanien hat einer der höchsten Quote frühzeitigen

Schulabgangs in Europa. Beschäftigte Jugendliche unter 30 Jahren haben zu 60 % Zeitverträge (dreimal so viel wie die älteren Beschäftigten), zwischen 2008 und 2016 ist das Durchschnittseinkommen der Jugendlichen um 28 % gesunken.

Podemos ist im Zuge der Jugendbewegung M-15 entstanden und jetzt, sechs Jahre nach ihrer Gründung, als Juniorpartner der Sozialisten in die Regierung eingetreten.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle in der neuen Regierungspolitik wird die PNV (Baskische Nationalpartei) spielen. Die PNV hat sich für die unentbehrlichen sechs Ja-Stimmen ihrer Abgeordneten im Abkommen mit PSOE zusichern lassen, dass „die Regierung mit ihr eine konstant-fließende Kommunikation aufrechterhält und sie im Vorfeld bereits ausreichend über Initiativen und Projekte, die sie anstößt, informiert und verspricht, mit ihr im Fall von Meinungsverschiedenheiten ein befriedigendes Abkommen zu erzielen.“ Insbesondere ließ sich die PNV dies für die Themen Finanz-, Industrie- und Energiepolitik zusichern. Daneben wurden der überfällige Übertrag zentraler Kompetenzen auf die autonome Region Baskenland und Infrastruktur-Investitionen benannt.

Erste Maßnahmen der Linksregierung waren:

- Abkommen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften über eine Erhöhung des

Mindestlohns für zwei Millionen Betroffene auf 950 Euro (bei 14 Monatszahlungen umgerechnet 1108 Euro/Monat);

- Erhöhung der Entgelte der Beschäftigte im öffentlichen Dienst um 2 % (je nach Wachstum der Wirtschaft Erhöhung auf 3 % möglich);

- Anpassung der Renten an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten;

- Aufhebung der Kündigungsmöglichkeit bei ärztlich bescheinigter Arbeitsunfähigkeit;

- Vorschlag für ein Euthanasie-Gesetz.

Die notwendigen Mehrheiten dafür wurden problemlos erreicht. Entscheidend für den mittelfristigen Fortbestand der Regierung wird die Verabschiedung des Staatshaushalts 2020, geplant etwa zum Ende des ersten Halbjahres. Mit der EU-Kommission wurden bereits die neuen Ziele für Defizit und Schulden für die nächsten vier Jahre vereinbart. Die Erhöhung der Sozialausgaben soll vor allem durch Steuererhöhungen für höhere Einkommen, neue Umweltsteuern, Google- und Tobin-Steuern etc. finanziert werden.

Nach vier Jahren der Lähmung und zweimaliger Verlängerung des Staatshaushalts würde dies die Möglichkeit zur Rückkehr in die Normalität und der Abwendung vom politischen und institutionellen Abgrund bedeuten. Perspektivisch setzt die neue Regierung auf eine Modernisierung von Industrie, Landwirtschaft, Administration und Wissenschaft.

Die Neuwahlen sollen, so Torra, frühestens nach der Verabschiedung des katalanischen Haushalts (Mitte März) stattfinden, allerdings ist gut vorstellbar, dass JxCat aus wahltaktischen Gründen den Wahltermin bis in den Herbst hineinziehen wird.

Nach derzeitigen Umfragen würden die Pro-Unabhängigkeitsparteien die absolute Mehrheit im Parlament behalten, möglicherweise sogar, ohne dafür die Stimmen der CUP zu benötigen. Allerdings würde dieses Mal nicht JxCat, sondern ERC zur stärksten Kraft im Unabhängigkeitslager werden und den neuen Regionalpräsidenten stellen. Theoretisch soll auch noch eine Drei-Parten-Koalition ERC / PSOE / Comú Podem möglich sein. Die rechten Parteien würden zugunsten der Sozialisten, von Comú Podem und den Unabhängigkeits-Parteien, acht Sitze verlieren.

Am 6. Februar vereinbarten Regionalpräsident Torra und Sanchez, dass das erste Treffen im Rahmen des vereinbarten Dialogs, noch im Februar stattfinden soll. Torra und Sanchez werden dem ersten Treffen des Dialogs vorsitzen, womit Torra und JxCat zumindest den von ERC ausgehandelten und von ihr zuerst scharf kritisierten Dialog erstmal akzeptiert haben.

Angebote der spanischen Regierung

Die neue spanische Regierung hat in der Zwischenzeit ein ganzes Bündel von Maßnahmen auf verschiedenen politischen Ebenen vorgeschlagen, um in der Lösung der katalanischen Krise voranzukommen. Sanchez: „Nach zehn Jahre kollektiven Versagens soll versucht werden, auf die Forderungen der katalanischen Regierung eine positive Antwort oder eine Alternative anzubieten.“ Sanchez und die Bürgermeisterin Barcelonas, Ada Colau, vereinbarten, dass Barcelona wieder spanische Ko-Hauptstadt für Kultur und Wissenschaft wird, wofür jährlich ca. 25 Millionen Euro vorgesehen werden.

Reform des spanischen Strafgesetzes

Am 20. Januar hat die neue Regierung angekündigt, eine breite Reform des spanischen Strafgesetzes in Angriff zu nehmen, u.a. sollen die Delikte Rebellion (Hochverrat) und Aufruhr, neue Umweltverbrechen und Sexualverbrechen überarbeitet werden. Bezüglich des Deliktes Aufruhr schwebt der Regierung eine Harmonisierung mit den in Europa üblichen Definitionen und Strafmaßnahmen vor. Die Handlungen der verurteilten katalanischen Politiker würden, z.B. in Deutsch-

land, als Widerstand gegen die Staatsgewalt bewertet und mit bis zu drei bzw. fünf Jahren Haft verurteilt (je nachdem, ob mit Gewalt oder kollektivem gewaltsamen Handeln verbunden). Für das Gesetzesvorhaben muss die Regierung eine absolute Mehrheit im Parlament finden. Man rechnet damit, dass das reformierte Strafgesetz frühestens Anfang 2021 in Kraft treten könnte, dann allerdings mit Rückwirkung auf die Urteile im Katalonienprozess, d.h. mit dann deutlich niedrigeren Haftstrafen. Ziel der neuen Regierung ist es, „die Katalonienkrise per Dialog und mit den Mitteln der Politik, statt der Justiz zu lösen“. Mittlerweile ist die politische Auseinandersetzung um das Verhältnis Kataloniens zum spanischen Staat in einem rechtlich, gerichtlich, politischen Labyrinth extremer Komplexität angelangt, das verschiedenste Gerichtsbarkeiten, Parlamente und Staaten umfasst.

Der Umfang der Justizverfahren im Rahmen des Katalonienkonflikts (über 70 Prozesse mit über tausend Angeklagten sind anhängig) verdeutlicht die Absicht der ehemaligen PP-Regierung, auf rechtlchem Weg die aktuelle politische und administrative katalanische Führungsschicht auszuschalten.

Bundesregierung ist „goldener Ausbeuter“

Für ihre herausragenden Leistungen im Bereich Verschleppung menschenrechtlicher Verantwortung übergaben mehrere Organisationen der Bundesregierung vergangene Woche die Auszeichnung „Der Goldene Ausbeuter“. Die Bundesverwaltung hat mit ihrer enormen Einkaufsmacht einen wichtigen Hebel für die Umsetzung von Menschenrechten in Lieferketten in der Hand. Da die Bundeswehr dieses Potenzial besonders vorbildlich nicht nutzt, nahm sie den Preis stellvertretend für die gesamte Verwaltung stolz entgegen. Die satirische Aktion führte die CIR zusammen mit dem Aktionsbündnis Fairer Handel, CorA-Netzwerk, der Initiative Lieferkettengesetz, der Kampagne für Saubere Kleidung und WEED durch.

Die Bundesregierung kündigte im „Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit“ 2015 an, bis 2020 möglichst die Hälfte aller Textilien nach sozialen und ökologischen Kriterien zu beschaffen. Nach über vier Jahren hat sie aber noch nicht einmal den Stufenplan vorgelegt, mit dem dieses Ziel erreicht werden soll. Siebzehn Organisationen fordern sie nun in einem offenen Brief auf, endlich den Stufenplan vorzulegen und Textilien fair und ökologisch einzukaufen.

Offener Brief: Bundesregierung verfehlt eigene Ziele bei der nachhaltigen Beschaffung

... die Bundesregierung hat sich im Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit das Ziel gesetzt, bis 2020 möglichst 50 Prozent der Textilien (ausgenommen Sondertextilien) nach ökologischen und sozialen Kriterien zu beschaffen. Der angekündigte Leitfadens und der Stufenplan, die als Grundlage für die nachhaltigen Beschaffungsvorgänge und zur Erreichung des Ziels dienen sollen, wurden allerdings bis heute nicht veröffentlicht ... Mit diesem Schreiben bitten wir Sie um Auskunft zu folgenden Fragen:

- Wann ist die ressortinterne Abstimmung endgültig abgeschlossen und wann wird der „Leitfaden für eine nachhaltige Textilbeschaffung der Bundesverwaltung“ veröffentlicht?
- Konnten Pilotprojekte bereits eingeleitet werden, auch wenn der Leitfaden noch nicht veröffentlicht wurde?
- Wie will die Bundesregierung ihr Ziel erreichen, bis 2020 50 Prozent der Textilien nach ökologischen und sozialen Kriterien zu beschaffen, wenn der da-

für als Grundlage dienende Leitfaden noch immer nicht vorliegt?

- Plant die Bundesregierung verbindliche Mindestkriterien für die Beschaffung der Bundesverwaltung einzuführen? (beispielsweise durch Verwaltungsvorschriften)

Die unterzeichnenden Organisationen freuen sich über eine Beantwortung dieser Fragen und werden weiterhin den Prozess zur Erstellung des Leitfadens und des Stufenplans begleiten und sich konstruktiv einbringen.

<https://saubere-kleidung.de/wp-content/uploads/2020/01/2020-01-22-Offener-Brief-Textilstufenplan-Bundesregierung.pdf>

CDU und SPD unterstützen Lieferkettengesetz

Die Unterstützung für ein Lieferkettengesetz in Deutschland wächst: ... Die beiden Regierungsparteien CDU und SPD haben auf ihren Parteitag Beschlüsse für ein Lieferkettengesetz gefasst. Und auch zentrale Gremien und Würdenträger der beiden großen Volkskirchen fordern einen gesetzlichen Rahmen. Ein Lieferkettengesetz würde deutsche Unternehmen dazu verpflichten, sich in ihren globalen Geschäften an umwelt- und menschenrechtliche Standards zu halten. Bundesarbeitsminister Heil hatte heute im Spiegel angekündigt, einen entsprechenden Gesetzesentwurf mit „klaren Haftungsregeln“ zu erarbeiten ... Auf ihren Parteitag haben sich die Regierungsparteien hinter eine gesetzliche Regelung gestellt. „Wir begrüßen es sehr, dass nun sowohl SPD als auch CDU für ein Lieferkettengesetz eintreten“, sagt Cornelia Heydenreich von Germanwatch.

<https://saubere-kleidung.de/2019/12/42-unternehmen-fordern-lieferkettengesetz/>

Beschluss vom CDU-Bundesparteitag November 2019

Die CDU Deutschlands fordert ein engagiertes Eintreten der Bundesregierung für die Einhaltung und Durchsetzung von Menschenrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards entlang der gesamten Lieferkette von Produkten. Der Nationale Aktionsplan „Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ (2016-2020) ist ein wichtiger Bestandteil. Er muss jetzt konsequent umgesetzt werden. Ziel dieses Aktionsplans ist die bessere Umsetzung international anerkannter und verbindlicher Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards, -grundsätze und -verpflichtungen in globalen Lieferketten. Dazu bedarf es einer ehrlichen Bilanz zum Status quo. Die CDU Deutschlands unterstützt den Monitoring-Prozess in Deutschland, mit dem jetzt festgestellt werden soll,

in welchem Umfang Unternehmen ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachkommen. Die wirksame und umfassende Überprüfung des NAP 2020 ist ein erster Schritt zu mehr Verbindlichkeit zur Durchsetzung von Unternehmensverantwortung ... Freiwillige Selbstverpflichtungen erreichen oft nicht die Breitenwirkung und den Grad an Verbindlichkeit, die notwendig sind, um zu nachhaltigen Veränderungen zu kommen. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, aufbauend auf den Erfahrungen und Erkenntnissen des Monitorings, gesetzliche Regelungen für die Wertschöpfungskette zu entwickeln. Der Kreis der einzubeziehenden Unternehmen muss dabei alle relevanten Akteure und Sanktionen enthalten.

https://www.cdu.de/system/tdf/media/images/leipzig2019/32._parteitag_2019_sonstige_beschlusse_2.pdf?file=1

Beschluss vom SPD-Bundesparteitag Dezember 2019

Wir erwarten folgende konkreten Handlungsschritte:

- Erarbeitung eines Gesetzesentwurfes zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht deutscher Unternehmen in Wertschöpfungsketten in 2020,
- Start einer Initiative für eine EU-weite verbindliche Regulierung zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in Lieferketten im zweiten Halbjahr 2020. Und falls dies nicht gelingt, die Verständigung einer „Koalition der Gutwilligen“ (Hubertus Heil) auf gemeinsame Standards und auf einen europäischen Rechtsrahmen,
- Aufbau einer Allianz mit progressiven Unternehmen, die durch gemeinsame Veranstaltungen und öffentliche Statements geschmiedet werden sollte,
- Erarbeitung eines Konzeptes für eine stärkere Berücksichtigung der Kommunen in diesem Zusammenhang, da sich viele Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen für menschenrechtliche Belange interessieren,
- Start einer neuen Initiative im Bereich der öffentlichen Beschaffung, um mit der Festschreibung von klaren menschenrechtlichen und sozialen Kriterien im Vergaberecht dem Anspruch nach einer staatlichen Vorbildfunktion gerecht zu werden,
- Erarbeitung eines Konzeptes für eine stärkere Berücksichtigung der Nachhaltigkeit in der Finanz- und Versicherungswirtschaft: Hermesbürgschaften dürfen nur noch an Projekte und Unternehmen vergeben werden, die klar nachweisen können, dass sie ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten wahrnehmen, ihr Handeln die ESG-Kriterien nicht verletzt und

den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs – Sustainable Development Goals) zuträglich ist. Die Außenwirtschaftsförderung muss darauf hinwirken, dass sich oben genannte Ziele verwirklichen lassen.

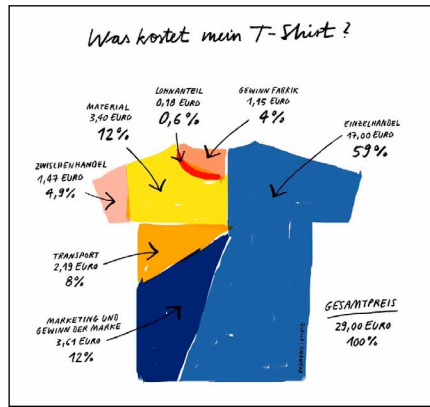
- eine Positionierung der SPD zum UN-Treaty, die definiert, was national und was auf EU-Ebene zu tun ist,
- Forderung nach einer Vereinbarung verbindlicher sozialer (u.a. ILO-Kernarbeitsnormen), menschenrechtlicher und ökologischer Standards mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen in allen EU-Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, Unterzeichnung des entsprechenden Fakultativprotokolls zum VN-Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte,
- Mit Nachdruck eine zügige Umsetzung der EU-Verordnung zum Handel mit Konfliktmineralien – mit starken, verbindlichen Durchsetzungsbestimmungen sowie der Veröffentlichung der Unternehmen, welche Mineralien verarbeiten – in nationales Recht sowie eine Ausweitung auf weitere Elemente der Lieferkette zu fordern. Perspektivisch sollten weitere Mineralien wie Kobalt aufgenommen werden.
- Unterstützung für Betroffene beim „Zugang zu Recht“, z.B. auch beim Zugang zu deutschen Gerichten.

https://globalezukunftsfraagen.spd.de/fileadmin/globalezukunftsfraagen/Positionspapiere/Beschluss_BPT_Gesetz_zur_menschenrechtlichen_Sorgfaltspflicht_deutscher_Unternehmen_bei_globalen_Lieferketten.pdf

Deutsche Unternehmen fordern gesetzliche Sorgfaltspflicht für Menschenrechte und Umwelt

BERLIN. Zweiundvierzig deutsche Unternehmen und eine Investoren-Arbeitsgruppe haben sich in einer heute veröffentlichten gemeinsamen Erklärung für ein deutsches Gesetz zu menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten ausgesprochen. Die Gruppe der Unterstützer reicht von kleinen und mittleren Unternehmen, darunter Start-ups und Handelsgenossenschaften, bis hin zu großen multinationalen Konzernen mit Umsätzen von mehreren Milliarden Euro.

Das Statement, koordiniert vom Business & Human Rights Resource Centre, lautet: „Gemäß den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte tragen Unternehmen Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten – auch in ihren Wertschöpfungsketten. Einige Unternehmen haben bereits Schritte unternommen, um ihrer Verantwortung nachzukom-



men. Die Erfahrung zeigt aber, dass freiwillige Selbstverpflichtungen allein nicht ausreichen. Es bedarf verbindlicher Sorgfaltspflichten, die von allen angemessen umgesetzt werden.

Eine gesetzliche Regelung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten würde zu Rechtssicherheit und gleichen Wettbewerbsbedingungen („level playing field“) beitragen. Sie würde sicherstellen, dass für alle der gleiche Standard gilt und kein Unternehmen sich ohne Konsequenzen seiner Verantwortung entziehen oder Gewinne auf Kosten von Mensch und Natur machen darf. Das erwarten auch die Beschäftigten, die Kunden, die Investoren und die Öffentlichkeit von uns.

Wir begrüßen es, wenn mit einem Sorgfaltspflichten-Gesetz in Deutschland der Weg für eine anspruchsvolle europäische Regelung geebnet wird.“

Mehr als 100 zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften haben kürzlich die EU aufgefordert, wirksame gesetzliche Regelungen zu menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten zu entwickeln, und in Deutschland setzt sich eine breite zivilgesellschaftliche Koalition für ein Lieferkettengesetz ein. Die Gesetzgebung in Deutschland könnte auf ähnlichen Gesetzen aufbauen, die in Frankreich, Finnland, den Niederlanden, Norwegen, Italien und der Schweiz bereits verabschiedet wurden oder derzeit diskutiert werden.

<https://www.business-humanrights.org/de/deutsche-unternehmen-fordern-gesetzliche-sorgfaltspflicht-für-menschenrechte-und-umwelt>

Bildungsmodule für eine sozial-gerechte Modeindustrie

16 Themenmodule hat Femnet seit 2012 zum Einsatz an Universitäten und Hochschulen entwickelt. Als Toolkit stehen diese Inhalte nun auch öffentlich zur Verfügung und können mit Studierenden frei eingesetzt werden.

Unter dem Motto „FairSchnitt – Studieren für eine sozial gerechte Modeindustrie“ entwickelt Femnet seit 2012 Formate, Netzwerke und Strukturen,

um an Hochschulen Themen wie Unternehmensverantwortung, Sozial- und Umweltstandards oder Arbeits- und Menschenrechte am Beispiel der Bekleidungsindustrie zu diskutieren. Dabei gilt es das Bewusstsein der Studierenden für die globalen Zusammenhänge der Textilindustrie zu schärfen, das Hintergrundwissen über soziale Standards und Arbeitsbedingungen in der Modeproduktion zu vergrößern und ihre Verantwortung für die gesamte Branche zu betonen. Mit dem vorliegenden Toolkit stehen die entwickelten Inhalte auch öffentlich zur Verfügung und können so über unsere Zielstudiengänge hinaus genutzt und eingesetzt werden. Denn wer sich bereits als junger Mensch mit den sozialen und ökologischen Auswirkungen der Textilindustrie beschäftigt hat, wird diese bei späteren Entscheidungen berücksichtigen.

<https://saubere-kleidung.de/2019/12/menschenrechte-in-mode/>

Deutsche Konzerne bestehen Menschenrechtstest nicht

„Es ist ein unsägliches Armutszeugnis, dass deutsche Konzerne es nicht einmal schaffen, die butterweichen Anforderungen des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte auch nur ansatzweise zu erfüllen. Dabei wurde der ganze Prozess mitsamt durchgeführter Unternehmensbefragung durch die Konzernlobby und das Wirtschaftsministerium unter Minister Peter Altmaier wieder und wieder weichgespült. So sollten deutsche Konzerne als Musterschüler in Sachen Menschenrechte dargestellt werden – ohne Erfolg. Das Konzept der freiwilligen Selbstverpflichtung von Konzernen ist krachend gescheitert“, erklärt Michel Brandt, Obmann der Fraktion Die Linke im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, anlässlich der heutigen Pressekonferenz von Arbeitsminister Hubertus Heil und Entwicklungsminister Gerd Müller zur Verantwortung deutscher Unternehmen in globalen Lieferketten. Brandt weiter: „Die Linke begrüßt den Vorstoß von Arbeitsminister Hubertus Heil, ein Lieferkettengesetz ausarbeiten zu wollen. Eine Verwässerung des Gesetzesprozesses durch Konzerninteressen muss dabei unbedingt vermieden werden. Wie in unserem Antrag für ein Lieferkettengesetz beschrieben, fordern wir verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten, Klagerechte für Betroffene an deutschen Gerichten und harte Sanktionen gegen Verstöße. Menschenrechte müssen endlich über Profitinteressen gestellt werden.“

<https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/deutsche-konzerne-bestehen-menschenrechtstest-nicht/>

Essen: Streit um Handlungskonzept für Demokratie und Vielfalt

Thorsten Jannoff. In der Ausgabe der PB 11/19 berichteten wir in dem Beitrag „Bürgerwehren machen mobil – Die Steeler Jungs in Essen“ über das Vorhaben der Ratsfraktion Die Linke, einen Ratsantrag für ein Handlungskonzept gegen die extreme Rechte auf den Weg zu bringen. Dementsprechend ist die Fraktion mit einem Antragsvorschlag an die anderen Fraktionen herangetreten. Daraus wurde dann der gemeinsame Antrag „Handlungskonzept für Demokratie und Vielfalt in Essen“* der Fraktionen von SPD/CDU/Grüne/FDP/Linke/Essener Bürgerbündnis (EBB)/Tierschutz-Sozial-Liberales-Bündnis (TS-SLB), der im Dezember gegen die Stimme der NPD verabschiedet worden ist.

Darin wird die Verwaltung u.a. gebeten, einen Fahrplan zu erstellen, wie die unterschiedlichen Aktivitäten der Stadt Essen gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus in Essen besser verzahnt und unter Mitwirkung der Polizei und der unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Initiativen zu einem Handlungskonzept für Demokratie und Vielfalt weiterentwickelt werden können.

Zwar war der ursprüngliche Antragsvorschlag der Ratsfraktion Die Linke in vielen Punkten konkreter, insbesondere was die Mitwirkung der Zivilgesellschaft betrifft. Aber auch den antifaschistischen Initiativen wie „Steele bleibt bunt“ oder „Essen stellt sich quer“ war es wichtig, dass mit einer großen Ratsmehrheit überhaupt etwas auf gesamtstädtischer Ebene auf den Weg gebracht wurde. Es ist ein Anfang, eine Strategie gegen die Angriffe auf das friedliche Zusammenleben und für eine demokratische Kultur für die Gesamtstadt Essen zu erarbeiten. Leider wurde dieses positive Signal durch eine unsägliche Ratsdebatte ent-

wertet, in der Ratsvertreter aus der CDU, des EBB-FW und der FDP, Links und Rechts gleichsetzten, den Rechtsextremismus verharmlosten und von der sich verschärfenden Problemlage in Essen ablenkten. Denn bei den sog. „Steeler Jungs“ gibt es offensichtlich einen Strategiewechsel. So stellt „Essen stellt sich quer“ fest: „Die „Steeler Jungs“ radikalisieren sich immer weiter. Teile von ihnen proben derzeit die Taktik autonomer Nationalisten, sich hip und anschlussfähig zu geben, um neues Personal zu finden und an sich zu binden. Dabei bedienen sie sich Aktionsformen der rechtsradikalen Identitären Bewegung und greifen auf Material, Hilfe und Unterstüt-

zung von organisierten Nazi-Parteien zurück. Dass sich die ansonsten mühevoll bieder gebenden „Steeler Jungs“ nun auch klar rechtsradikal politisch betätigen, ist ein neuer Schritt. Ein Schritt der für Besorgnis sorgt, da dieser Schritt der nächste auf der Eskalationsspirale ist: Offenbar arbeiten Teile der „Steeler Jungs“ gerade daran, Untergrundstrukturen zu bilden.“ Im Dezember wurde ein stadtbekannter Antifaschist überfallen und zusammengeschlagen, im Januar gab es eine rechtsradikale Aktion gegen das Büro von „Essen stellt sich quer“. Andere Personen berichten von ähnlichen Einschüchterungsversuchen.

Vor diesem Hintergrund war der Ratsbeschluss wichtig, um Druck zu machen, die städtischen Institutionen stärker im Kampf gegen Rechts einzubinden und einen demokratischen Grundkonsens herzustellen. Die Debatte im Rat hat allerdings gezeigt, wie brüchig dieser Konsens ist.

* <https://www.linksfraktion-essen.de/>



Leseempfehlung

München: Stadt und Land begegnen sich – in der Landschaft

Martin Fochler. Im Sommer 2017* (PB/6-7) berichteten wir im Themenschwerpunkt „Langfristige Siedlungsentwicklung und Bürgerbeteiligung“ anhand von Beispielen aus Norderstedt, Stuttgart und München von Problemlagen und Bewältigungsstrategien. In München hatte damals das städtische Planungsreferat in enger Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden mit der Erarbeitung eines „Landschaftsbezogenen Wegekonzepts“ begonnen.

Inzwischen ist die Spannung zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Stand und Land, zwischen boomenden Zentren und abgehängten Regionen überall in Europa politisch manifest. Das Schlagwort „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ ist in aller Munde und verlangt nach großräumig angelegten Strukturhilfen. Das Problem stellt sich aber nicht nur im Maßstab raumgreifender Landesentwicklungspläne.

Wo die Baumassen der Metropolenkerne an die Landschaft stoßen, begegnen sich verschiedene Siedlungskulturen und Varianten von Lebensgestaltung. Das krasse Beispiel ist der Haushund mit all seinen Bedürfnissen auf der Grün-



futterwiese ... Eine Antwort auf diese Problematik ist es, den Hunger nach Bewegung im Freien auf einige Plätze zu konzentrieren, eine andere die Erschließung der Landschaft durch Wege, die Naturgegebenheiten, ländliches Wirtschaften, verständlich und erlebbar machen. Was

der Bauer nicht kennt, frißt er nicht, sagte man früher und meinte es abwertend. Heute geht es eher darum, dass die Menschen im Ballungszentrum die Landschaft als Raum verstehen, in dem Naturfaktoren und menschliche Wirtschaftsfaktoren und Gestaltungsleistung zusammenkommen. Ein Netz von schön angelegten, erholsamen, nützlichen und lehrreichen Wege kann dazu viel beitragen.

Darüber hinaus kann der Blick auf die Qualität der Wege auch die Diskussion über Mobilitätsfragen bereichern. Wer aus irgendeinem Grund konkrete Interesse an diesem zwischen Donau und Alpen an der Isar gelegenem Flecken Landschaft hat, wird in der Dokumentation des Projekts vielerlei Anregungen finden – politische, stadt- und landschaftsplanerische genauso wie für Erkundungsgänge.

*www.linkekritik.de/uploads/media/pb17-0607-i.pdf

Die Projektseite Landschaftsbezogenes Wegekonzept für den Grüngürtel im Internet: <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/Stadt-und-Bebauungsplanung/Gruenplanung/Wegekonzept.html>. Dort auch der Link zum Herunterladen der 24MB-Publikation https://www.muenchen.de/rathaus/dam/jcr:4de28f77-f556-4491-a63a-b79cdf5985c1/Broschuere_Wege_machen_Landschaft-2019.pdf

Thüringen: Sonderfall? Musterfall?

FREITAG, 14.2. EINGELEITET UND ZUSAMMENGE-
STELLT VON MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN, THORS-
TEN JANNOFF, ESSEN, ALFRED KÜSTLER, STUTTGART

In so gut wie allen Industriegesellschaften stellt sich das Problem der Ballung und, damit verbunden, der Verzerrung der Lebensqualität. Megastädte mit Einwohnerzahlen im zweistelligen Millionenbereich scheinen Quell der Produktivität, die sogenannten Regionen gelten als Last. Siedlungsstruktur und politische Traditionen der Bundesrepublik Deutschland bieten Möglichkeiten, diesen Trend zu kontern. Politisch wirkt die starke Stellung der Bundesländer, wirtschaftlich die Existenz kleiner und mittlerer Unternehmen, die beweisen, dass Erfolg in der weltweiten Arbeitsteilung nicht vom Standort im Zentrum der Ballung abhängt, jedenfalls nicht, wenn die Infrastruktur leistungsfähig ist. Die Idee der Haupt- und Großstadt sitzt trotzdem fest, vor allem bei der jeweils jüngeren Generation, die von der Vielfalt der Chancen in den Ballungszentren beeindruckt ist und angezogen wird. Typisch dafür ist die gängige Bezeichnung des Landes als Umland. Solche Fixierungen aufzulösen gelingt nicht durch gute Worte oder bittere Kritik. Es kommt auf die Bereitstellung der Einrichtungen der Daseinsvorsorge und der technischen Infrastruktur an, für die in der BRD das jeweilige Bundesland und in ihm die Gemeinden verantwortlich sind und in Wahlen und Abstimmungen von der Wählerschaft auch verantwortlich gemacht werden. Dabei sind die Optionen „Entwicklung als Metropolregion“ hier und „Entwicklung als Netzwerk“ in der Praxis hart umkämpft.

Thüringen: Das Modell der Entwicklung des Landes als und zum Umland einer „Metropole Erfurt“ wäre bizarr. Die polyzentrische Struktur, geschichtliche Gegebenheit in den deutschen Ländern, ist hier mit den Händen zu greifen, und wer sie unvorsichtig antastet – zum Beispiel durch eine rücksichtslose Gemeindereform – verbrennt sich die Finger. (Die Sache mit der Gemeindereform, von der die Koalition bzw. die Regierung Ramelow abrücken musste, wird wohl ein erheblicher Grund für den Verlust der Mehrheit gewesen sein.)

Dieses Bundesland kann nur als Kooperationsmodell gedeihen. Die Überbrückung von Verschiedenheiten durch Zusammenarbeit ist hier unumgänglich. Die Einstimmung auf Zusammenarbeit muss deswegen nicht harmonisch verlaufen. Eine Regierungsbildung mit einem Ministerpräsidenten aus den Reihen der Linken ist neben allem politisch-praktischen als Symbol von Brückenbildungen wirksam und wird von der öffentlichen Meinung getragen. Das wäre ohne Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte nicht möglich. Das Verdikt „kein Rechtsstaat“, das im Koalitionsvertrag fixiert ist, ist positiv als Bekenntnis zu Demokratie, Gewaltenteilung, menschenrechtlicher Bindung zu lesen.*

Kooperation als Grundsatz oder Wert ist mit der Idee der Anerkennung der Mitmenschen als Träger von Menschen-



rechten und Menschenwürde verschränkt. Ein nationalistisch-völkisches Wertesystem sieht in der rücksichtslosen durchgreifenden Zentralmacht das Mittel zum Sieg über die Anderen. Die destruktive Politik der AfD folgt dieser Logik. Die Zerstörung von Kooperationsbeziehungen und -möglichkeiten räumt den Weg frei. Letztlich geht es um die Macht im Bund, wozu ein führender Einfluss auf Parteien nötig ist, die liberales und konservatives Denken repräsentieren. In

der Landespolitik ist es mit Symbolen allein nicht getan. Die Qualität der Regierung steht den Bürgerinnen und Bürgern allzu unmittelbar vor Augen. Für die Bildung einer Regierung ist letzten Endes maßgebend, ob ihre Vorhaben geeignet scheinen, allgemein empfundenen Mängeln abzuhelpen. Das ist aus der Ferne schwer zu beurteilen. Einen Hinweis darauf geben allerdings die Argumente, mit denen die SPD, Grüne und Linke ihrer Mitgliedschaft bzw. ihren Parteigremien die Akzeptanz des Koalitionsvertrags empfohlen haben. – Wir dokumentieren.

Nachtrag. Die., 18.2. Rot-Rot-Grün hat einen praktikablen Weg gefunden, das erarbeitete Regierungsprogramm in einem Wahlkampf zu verteidigen. Jetzt ist die CDU am Zug.

DOK 1 Aus dem Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Die Grünen, 25.1.2020 in Apolda

In Verantwortung für Thüringen: Gemeinsam neue Wege gehen. Mit dem Ergebnis der Landtagswahl am 27. Oktober 2019 stellten die Wähler*innen die Thüringer Parteien vor die Aufgabe, gewohnte Pfade zu verlassen und neue Wege zu gehen.

Wir, Bündnis 90/Die Grünen Thüringen, stellen uns der Verantwortung für das Land und wollen gemeinsam mit Die Linke und der SPD den Weg in eine Minderheitsregierung, die gestaltet, gehen. In Gesprächen mit allen demokratischen Parteien, die im Landtag vertreten sind, haben wir die Bildung einer stabilen Regierung ausgelotet. Die Notwendigkeit, im Parlament jenseits der Koalition Mehrheiten zu suchen, sehen wir Bündnisgrüne auch als eine Chance für die Thüringer Politik, unter den demokratischen Parteien Brücken zu bauen.

In den Koalitionsverhandlungen haben wir für die Zukunft Thüringens viele wichtige Vorhaben vereinbaren können – u.a. in der Klimapolitik, für Kinder und Familien, für den ländlichen Raum, für gestärkten Verbraucher- und Tierschutz, für eine Stärkung der Demokratie, mehr Bürger*innenbeteiligung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik.

Klimaschutz ist für uns zentral. Die Kommunen unterstützen wir weiterhin und verstärkt bei Investitionen in den Klimaschutz und bei nachhaltigen Klimaanpassungsmaßnahmen.

Mit einer gebündelten Verbraucher*innen- und Tierschutzpolitik werden wir die bisherige Tierwohlstrategie zu einem wirksamen Pakt für artgerechte Tierhaltung weiterentwickeln.

Wir wollen für die Menschen auf dem Land und in der Stadt gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Thüringen gewährleisten. Unser Ziel ist eine flächendeckende Mobilitätsgarantie. Gemeinsam mit den Bäuer*innen wollen eine zukunftsfähige Agrarwende umsetzen. Eine zukunftsfähige Entwicklung der ländlichen Räume in Thüringen wollen wir unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung erreichen.

Uns geht es um gute Bildung für alle von Anfang an.

Für uns sind die Verteidigung unserer Demokratie, der Schutz aller hier lebenden Menschen sowie ein funktionieren-

* KOALITIONSVERTRAG, S. 66 SCHLUSSBEMERKUNG: „**Schlussfolgerungen aus dem DDR-Unrecht.** Die Parteien verständigen sich darauf, nicht mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren, zusammenzuarbeiten. Die Koalition wird keine Personen, die direkt oder indirekt mit dem Sicherheitssystem der DDR zusammengearbeitet haben, in Positionen dieser Regierung entsenden. Ebenso sollen Menschen, die leugnen, dass die DDR kein Rechtsstaat war, keine Verantwortung in der gemeinsamen politischen Arbeit für Thüringen wahrnehmen. Mit allen, die in der DDR Schuld auf sich geladen haben, diese Schuld aber eingestehen, bekennen und ihren Beitrag zur Aufarbeitung leisten wollen, werden wir zusammenarbeiten.“

www.die-linke-thueringen.de/fileadmin/LV_Thueringen/dokumente/KoalitionsvertragGesamttext_20201701.pdf

der Rechtsstaat existenzielle Aufgaben. Wir haben eine klare Haltung im Kampf gegen Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus und stellen uns Hass und Gewalt entgegen. Zuwanderung wollen wir befördern und allen Menschen in Thüringen ein gutes Leben ermöglichen.

In der Landesregierung werden wir das Ministerium für Umwelt, Energie, Natur- und Verbraucherschutz sowie das Ministerium für Justiz und Bürgerbeteiligung übernehmen.

Der Landesverband von Bündnis 90/ Die Grünen stimmt dem vorgelegten Koalitionsvertrag „Gemeinsam neue Wege gehen. Thüringen demokratisch, sozial und ökologisch gestalten“ zu und beteiligt sich an einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung.

Abstimmungsergebnis: 93 Ja-Stimmen (85,3%), 9 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen.

<https://gruene-thueringen.de/wp-content/uploads/2020/01/In-Verantwortung-für-Thüringen.-Gemeinsam-neue-Wege-gehen.pdf>

DOK 2 SPD: Gemeinsam neue Wege gehen

17. Januar 2020. Aus dem Mitgliederbrief des SPD-Landesvorsitzenden Wolfgang Tiefensee zum vorliegenden Koalitionsvertrag zwischen den Parteien Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Liebe Genossinnen und Genossen, bei der Landtagswahl am 27. Oktober 2019 haben wir eine herbe Niederlage erlitten. Obwohl wir alle gemeinsam bis zum letzten Tag gekämpft haben, ist unser Zweitstimmenergebnis mit 8,2 % der schlechteste Wert seit Wiedergründung der Thüringer SPD. Das ist bitter.

Die Sozialdemokratie war immer dann besonders wichtig für die Menschen, wenn sie deren Lebenssituation positiv verändert hat. Deshalb wollen wir weiter aktiv Politik gestalten. Dabei stehen wir in Thüringen vor neuen und schwierigen Herausforderungen. Als Teil einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung übernehmen wir Verantwortung für dieses Land und tragen dazu bei im Landtag konstruktive Lösungen für Thüringen zu suchen. Für unsere Vorhaben brauchen wir im Landtag jeweils auch Unterstützung über rot-rot-grün hinaus. Deshalb kann es diesmal auch keinen klassischen Koalitionsvertrag geben, der schon jedes Vorhaben genau ausbuchstabiert. Dieser Zukunftsvertrag ist eine Einladung an CDU und FDP, fünf Jahre mit uns zusammenzuarbeiten.

Für uns war es wichtig, dass in diesem Vertrag eine klare sozialdemokratische Handschrift zu erkennen ist. Ich denke, das ist uns gelungen.

Gute Arbeit und Gestaltung des Strukturwandels: Wir sind der Anwalt für diejenigen, die mit ihrer täg-

lichen Arbeit Rückgrat unserer Gesellschaft sind. Gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne, eine gelebte Sozialpartnerschaft, und demokratische Teilhabe für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind zentrale Ziele sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik.

Gute Bildung: Wir wollen die besten Startbedingungen und die besten Entfaltungsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen.

Zusammenhalt und Sicherheit: Die SPD Thüringen setzt sich als Ziel, dass alle Menschen gut und sicher leben können.

Versöhnung von Stadt und ländlichem Raum: Für uns sind gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und im ländlichen Raum, insbesondere in Bezug auf die öffentliche Daseinsvorsorge eine Frage des Zusammenhalts unserer Gesellschaft.

Demokratie und Ehrenamt: Wir stehen für die Stärkung und Verteidigung der Demokratie und sind Anwalt für diejenigen, die sich zumeist ehrenamtlich für unser Gemeinwesen einsetzen und den Kampf gegen Rechts führen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte Euch um Zustimmung zum vorliegenden Zukunftsvertrag und zu unserem Eintritt in die geplante Regierung.

Euer Wolfgang

<https://www.spd-thueringen.de/koalitionsvertrag/>

DOK 3 www.spd-thueringen.de

Die Delegierten des außerordentlichen Landesparteitages der Thüringer SPD haben am Abend des 24. Januar 2020 in Erfurt dem zwischen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen ausgehandelten Koalitionsvertrag mit großer Mehrheit zugestimmt und damit den Weg für einen Eintritt in eine Minderheitsregierung freigemacht.

DOK 4 Die Linke. Thüringen – gemeinsam vor neuen Herausforderungen

Beschluss des 7. Landesparteitages der Partei Die Linke. Thüringen am 14./15.12.2019 in Erfurt Die Landtagswahlen am 27. Oktober mit 31 Prozent der Zweitstimmen für Bodo Ramelow und Die Linke sind der bisher größte politische Erfolg unseres Landesverbandes. Erstmals in der Geschichte unserer Partei sind wir stärkste politische Kraft in einem Bundesland geworden. (...)

Für uns gilt dabei, was wir mit unserem Landtagswahlprogramm als Kompass unserer Politik formuliert haben:

„Die Würde des einzelnen Menschen ist der Dreh- und Angelpunkt unserer Politik. Wir wollen ein Thüringen, in dem der soziale Zusammenhalt stark ist, in dem es gerecht zugeht, in dem die Menschen sich sicher fühlen. Alle in Thürin-

gen lebenden Menschen sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben – Arbeit, Kultur, Mobilität, Bildung – teilhaben können, unabhängig von Alter, Einkommen, Herkunft, geschlechtlicher Identität und Orientierung sowie körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung.“

Das Ergebnis der Wahlen zum Thüringer Landtag am 27. Oktober stellt uns diesbezüglich vor neue Herausforderungen. Bisherige Koalitionsmodelle werden aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Landtag nicht mehr wie gewohnt funktionieren. Neues Denken wird erforderlich sein, damit Thüringen weiterhin auf demokratischer Grundlage gestaltet werden kann.

Wir als Partei, wir als Linke in Thüringen sind hierzu bereit. Wir sprechen mit allen demokratischen Kräften und Parteien in unserem Bundesland. Wir stellen uns den Herausforderungen unsicherer Mehrheitsverhältnisse und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Jede Regierungskonstellation jenseits der Linken wird auf einem Pakt mit Demokratiefeindinnen und -feinden beruhen müssen. (...)

Gemeinsam mit den Thüringerinnen und Thüringern werden wir Thüringen gestalten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Deshalb werden wir die folgenden Schwerpunkte in aktuelle und künftige Koalitionsgespräche und den mit den demokratischen Partner*innen zu vereinbarenden Zukunftsvertrag für Thüringen einbringen. Aus Platzgründen hier nur als Stichpunkte dokumentiert: direktdemokratische Entscheidungen auszuweiten. Angleichung von Renten und Löhnen an das Niveau in Westdeutschland. Gesundheits- und Pflegeangebot. Gute Bildung für alle Kinder. Transformation von Industriestrukturen. Bürgerfreundliche und moderne Verwaltung in ganz Thüringen und starke Kommunen. Aufnahme geflüchteter Menschen. Wir wollen die Mobilität erhöhen. Bezahlbaren Wohnraum sichern. Natürliche Lebensgrundlagen schützen. Schutz der heimischen Landwirtschaft. Investitionsoffensive.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen bei keiner Gegenstimme und 5 Enthaltungen

https://www.die-linke-thueringen.de/fileadmin/LV_Thueringen/dokumente/parteitage/lpt7_tagung1/Beschlusse/Beschluss_11_Thueringen_vor_neuen_Herausforderungen.pdf

DOK 5 Linke: Parteibasis steht hinter Rot-Rot-Grün

3. Februar 2020: 95,29 Prozent der teilnehmenden Linken-Mitglieder stimmen dem ausgehandelten Koalitionsvertrag und der Bildung einer Minderheitsregierung zu. Damit steht auch die Parteibasis geschlossen hinter ihrem Kandidaten Bodo Ramelow und der Bildung einer Regierung der Linken mit SPD und Grünen.

Versuch, Thüringens Regierungskrise besser zu verstehen

HARALD PÄTZOLT, BERLIN, 7.2.2020

Die handelnden Personen und ihre Absichten, der Verlauf und das Ergebnis der jüngsten Regierungskrise in Thüringen sind bekannt. Allein darum, weil etwas bekannt ist, ist es noch lange nicht erkannt (Hegel). Die Ereignisse im Freistaat sind als Teil und als Ausdruck einer langfristigen Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems zu verstehen. Zugleich sind für den Verlauf einige Thüringer Besonderheiten als Bedingungen anzuführen.

I. Das deutsche Parteiensystem¹ hat nach dem Ende des II. Weltkrieges, grob gesagt, zwei Phasen durchlaufen. In der ersten Phase dominierte das Modell der Volksparteien, die die alten Massenparteien der ersten Hälfte des Jahrhunderts ablösten. Funktionäre und Wählerschaften stammten einst aus gleichen Gemeinschaften, Lagern; letztere waren über Generationen stabil und regional wie lokal leicht zu verorten. Modernisierung brachte dann eine Ausdifferenzierung der Gesellschaft mit sich, die Parteien suchten, schichtenübergreifend vielfältige Gruppeninteressen unter einen Hut zu bringen. Also nicht mehr politische Schutzmacht für separierte gesellschaftliche Lager, sondern Mediatoren, die Heterogenes aggregierten und Interessenkompromisse formulierten. Das brachte eine neue Dynamik in die Beziehung zwischen Parteien und Wählerschaften, Spannungen zwischen Stamm- und Wechselwählern wurden permanent. Politische Identitäten der Parteien waren nicht länger gegeben, sie herzustellen nun eine wiederkehrende Aufgabe.

In der zweiten Phase brachten Wertewandel, Individualisierung und die Ausdifferenzierung der sozialen Verhältnisse mit sich, dass die Parteien für sich das Marktmodell der Politik übernahmen. Konzeptionell lieferte Anthony Downs mit seiner „Ökonomischen Theorie der Demokratie“ (1957) den entscheidenden Hinweis, dass das Wahlverhalten, arg verkürzt gesagt, von der Rechts-Links-Selbsteinordnung des Einzelnen abhängt. Das Wahlvolk wurde mit einer sogenannten Glockenkurve abgebildet, in deren Mitte sich der Medianwähler befand. Die Volksparteien wurden von Multiinteressenparteien zu Mainstreamparteien, die bei Wahlen fortan um die majoritäre Mitbewählerschaft konkurrierten. Die politische Ware, das Angebot, ersetzte die Interessenvertretung, es war ein Warenkorb

politischer Problemlösungsversprechen.

Zur Hochzeit dieses Modus der Parteien-Wähler-Beziehung war „Mitte“ das liebste Wort der Parteiliten und der liebste Ort einer Majorität der Wahlberechtigten im Lande. Wenn etwas mit der Ära Merkel im kollektiven Gedächtnis der Republik bleiben wird, neben der Raute, wird es das Wort „Mitte“ sein.

Mit den zunehmenden sozialen und kulturellen Spannungen, von Krisen getriggert, traten neue Parteien auf, die zunächst und bis heute nach dem alten Muster jenseits der „Mitte“, also an den Rändern verortet wurden.

Das alte Modell funktionierte, solange man Menschen jenseits der „Mitte“ rechts oder links liegen ließ, nicht aber, seit sich die „Mitte“ nicht länger als verbindende Deutung eigener gesellschaftlicher Position behaupten kann. Es wird dennoch von den Eliten weiter benutzt, währenddessen sich praktisch neue politische Muster entwickeln.

II. Das deutsche Parteiensystem suchte und fand, zunächst auf Länderebene, neue Modi des Parteienwettbewerbs und des Koalierens/Regierens. Zum einen Bündnisse, die man, in Anlehnung an mathematische Modelle, als „Ergänzungsmengenmodelle“ beschreiben könnte, lösten „Schnittmengenmodelle“ ab. Die „Kenia-Koalitionen“ wären als jüngste Beispiele zu nennen. Es ist dieses Funktionsprinzip festzuhalten, auch wenn „Kenia“ als Anti-AfD-Koalitionen zustande kamen.² Zum anderen versucht man in Thüringen das Modell der Minderheitsregierung. Perspektivisch stehen natürlich auch noch weitere Optionen offen, die dann eher mehrheitsdemokratisch-autoritär wären, basierend auf populistischen, personenbezogenen Bewegungs- oder Wahlparteien. Wir kennen das aus Nachbarländern und sehen die Versuche auch in Deutschland.

III. Zurück zu Thüringen. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Entwicklungen des Parteiensystems in Deutschland sehen wir im Freistaat zu einen, dass der Wechsel zu einem Ergänzungsmengenmodus, Kenia, nicht möglich war und ist. Den mehrheitsdemokratischen Ausbruch aus dem Dilemma hat der FDP-Mann Kemmerich, gänzlich voraussetzungslos, frei von Gefolgschaft und Charisma, versucht. Und auf für den Beobachter geradezu verstörende Art und Weise, das einst Gewesene beschwörend, reden CDU, FDP und AfD (!) von einer „bürgerliche Mitte“, die es nicht mehr gibt. Das fußt auf einer Besonderheit in Thüringen. Nirgendwo sonst in Ostdeutschland ist der Niedergang der CDU derart steil (in 20 Jahren von 51% auf 21,8%) verlaufen. Man hat

das, dafür ja der Exkurs über die generelle Entwicklung des Parteiensystems, „erlitten“, ohne groß dafür verantwortlich gewesen zu sein. Das ist gewiss eine traumatische Erfahrung. Man darf derartige „softe“ Faktoren nicht unterschätzen.

Das führt zu einer weiteren Besonderheit in Thüringen. Das Parteiensystem des Freistaates hat mit Ramelow, Mohring und Höcke drei sehr spezielle Spieler. Bodo Ramelow setzt, weit über Parteigrenzen ausgreifend, auf einer ideologischen Selbstverortung der Bevölkerung, die sich seit knapp 20 Jahren zur Hälfte als „links“ und „etwas links“ sieht, auf. Damit steht er, mit seinem Charisma und dem Habitus als „Landesvater“ freilich auch mehrheitsdemokratische Sehnsüchte breiter Bevölkerungskreise bedienend, jedem Versuch, eine „bürgerliche Mitte“ gegen einen „linken Rand“ auszuspielen, im Wege. Mit Björn Höcke mobilisiert ein faschistoider Typus mehr als die knapp 20% sich rechts bzw. eher rechts verortenden Menschen im Freistaat. Mike Mohring hat die überstandene Krebserkrankung auch als Politiker geprägt, ihn dürften Weisungen aus dem Konrad-Adenauer-Haus nicht zwangsläufig mehr bewegen.

Man sieht, die drei sind nicht die typischen Repräsentanten ihrer Parteien, auf sie kommt es genau darum an.

IV. Thüringens Regierungskrise beschleunigt politische Entwicklungen auf der Bundesebene. Die CDU muss den Parteivorsitz und damit die Frage der Kanzlerkandidatur klären. Friedrich Merz ist plötzlich wieder im Spiel. Das mit und von ihm verfolgte Szenario muss so nicht eintreten, liefert aber interessante Hinweise auf Kommendes.

Auch Merz redet gern über die Mitte, die er durch eine GroKo ausgezeichnet sieht. Sein Kalkül: Die CDU muss, mit der CSU, erstens knallhart Wirtschaft und Industrie stärken. Sie muss zweitens, wie es sein ehemaliger Black Rock Boss Larry Fink betreibt, die Klimafrage von oben, durch das große Kapital, beantworten lassen. Er erinnert an die politische Folge des Atomausstiegs, die Grünen sanken kontinuierlich auf (BTW 2013) bis auf unter 10%. Und sie muss drittens den sozialen Zusammenhalt garantieren. Man hielte die AfD klein und die SPD auf unter 20%. Mit eigenen 35% plus x gäbe es keine GroKo mehr – die Probleme der ausgezeichneten Mitte und der Ränder wären gelöst. Dieses Szenario scheint die Herausforderung, andere haben heute schon mit dem Verdacht zu kämpfen, dieses und damit Merz (oder anders herum) auch verhindern zu wollen. Wenigstens werden sich die Protagonisten damit auseinander zu setzen haben.

¹ Die folgende Darstellung verwendet Argumente, teils im Wortlaut, aus Texten (MS.) von Elmar Wiesendahl: Parteiendemokratie in der Transformation und: Aufstieg und Niedergang der Volksparteien. ² Werner J. Patzelt erkennt dies in seinem Artikel: Minderheitsregierung? Warum eigentlich nicht? FAZ vom 09.12.2019, S. 7

HAMBURG soll Appell für Atomwaffenverbot unterzeichnen: In der Krypta des Mahnmals St. Nikolai haben Vertreter_innen von ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen), DGB, Greenpeace und Church for Peace die Hamburgische Bürgerschaft aufgefordert, noch in der zu Ende gehenden Wahlperiode den Städteappell zu beschließen. Sämtliche Abgeordneten der Grünen und Linken und die Mehrheit der SPD-Fraktion haben den Appell bereits individuell gezeichnet, der die Bundesregierung aufruft, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag von 2017 zu ratifizieren – nicht jedoch das Landesparlament als Gremium. „74 Städte in Deutschland haben sich dem ICAN-Appell bereits angeschlossen, darunter fast alle Landeshauptstädte“, erklärt dazu Martin Dolzer, der friedenspolitische Sprecher der Fraktion Die Linke. „Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, warum Hamburg ihn nicht sofort unterzeichnen sollte. Die Krypta von St. Nikolai erinnert beeindruckend an das Grauen des Krieges – Atomwaffen sind kein Randthema, sondern die größte akute Bedrohung für das Leben der Menschen weltweit.“ Der Senat müsse aufhören, alle Verantwortung für Rüstungsexporte und Friedenspolitik auf die Bundesebene abzuschieben, so der Abgeordnete: „Hamburg ist Mitglied der Organisation ‚Mayors for Peace‘ und sollte in diesem Rahmen auch aktiv werden. Dem Senat fehlt aber bisher schlicht der Wille, sich ernsthaft mit seiner Verantwortung für eine friedliche und dialogische Politik auseinanderzusetzen. Sicherheit entsteht durch Dialog, internationale Verträge und eine respektvolle und auf soziale Gerechtigkeit orientierte Außen-, Handels- und Wirtschaftspolitik, nicht durch Aufrüstung und Abschreckung. Hamburg kann durch die Unterzeichnung der ICAN-Städteappells und Schritte im Bundesrat dazu beitragen.“ Einer repräsentativen Umfrage von Greenpeace zufolge sprechen sich 94 Prozent der Bundesbürger_innen für die Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesregierung aus.
<https://www.linksfraktion-hamburg.de>

Kriegsspiele der Nato stoppen! OBERHAVEL. Am Wochenende haben sich unser Kreisvorstand und die Ortsvorsitzenden zur jährlichen Klausur getroffen. Gemeinsamer und effektiver soll die politische Arbeit der Linken im Kreis wer-

den. Wie wichtig eine gemeinsame starke Linke ist, zeigt das Nato-Kriegsspiel Defender 2020. Während Oberhavel Menschen schlafen, rollen Panzer und Kriegsgewehre, vorwiegend US-Militär über unsere Straßen und Bahnlinien Richtung Osten. Offiziell geht es darum, zu prüfen, ob Bahnen und Straßen so etwas leisten können. Wenn nicht, wer repariert dann eigentlich Straßen, Brücken und Gleisanlagen? Das es inoffiziell um militärische Abschreckung, Säbelrasseln und Kriegsdrohungen geht, bestreitet selbst der konservativste Journalist nicht mehr. Trump führt seine Truppen vor, um Russland unter Druck zu setzen. Die Bundeswehr spielt fleißig mit und versucht sich als ernst zu nehmende Armee präsentieren ... Die Linke ist und bleibt in diesem Punkt klar: Kriege gewinnt niemand, Panzer schaffen keinen Frieden, staatliche Mittel sind bei Renten, Wohnungen und Mobilität viel besser angelegt.
<https://www.dielinke-oberhavel.de/>

Anfrage der Fraktion Die Linke/ Die Partei im Kreistag HAVELLAND:

Aufgrund des bevorstehenden US-Manövers Defender 2020 mit seinen diversen Nato-Beimanövern bittet unsere Fraktion um die Beantwortung folgender Fragen: 1. Welche Informationen liegen der Kreisverwaltung zum US-Manöver Defender 2020 mit seinen diversen Nato-Beimanövern vor? 2. Von welchen Beeinträchtigungen für die Bevölkerung im Straßen- und Schienenverkehr in Zusammenhang mit dem US-Manöver Defender 2020 und seinen Nato-Beimanövern geht die Kreisverwaltung auf dem Gebiet des Landkreises aus? 3. Welche Straßen und Eisenbahnstrecken werden wann vom US-Manöver Defender 2020 und seinen Nato-Beimanövern bzw. von den damit verbundenen Truppentransporten betroffen sein? 4. Welche Maßnahmen werden seitens der Kreisverwaltung unternommen, um die Auswirkungen des US-Manövers Defender 2020 und seinen Nato-Beimanövern bzw. der damit verbundenen Truppentransporte für die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten? 5. Mit welchen Auswirkungen des US-Manövers Defender 2020 und seinen Nato-Beimanövern bzw. der damit verbundenen Truppentransporte für die Bevölkerung ist seitens der Kreisverwaltung zu rechnen? 6. Um welche Unterstützung im Rahmen des US-Manövers Defender 2020 und seinen Nato-Beimanövern wurde die Kreisverwaltung gebeten? 7. Wie stellt die Kreisverwaltung sicher, dass es zu keinen Schäden durch die Truppentransporte des US-Manövers Defender 2020 und seinen Nato-Beimanövern an den Kreisstraßen sowie an Brücken, Tunneln oder Gehwegen im

Landkreis kommt? 8. Falls es zu Schäden durch die Truppentransporte des US-Manövers Defender 2020 mit seinen Nato-Beimanövern an den Kreisstraßen sowie an Brücken, Tunneln oder Gehwegen im Landkreis kommt, wer kommt dafür auf? Wie wird die Kreisverwaltung die Bevölkerung über die Auswirkungen des US-Manövers Defender 2020 und seiner Nato-Beimanöver informieren?
kreistagsfraktion@dielinke-havelland.de

Protest gegen US-Defender Europe 2020! Für die Demilitarisierung des Coleman-Areals!

MANNHEIM darf nicht zur Drehscheibe künftiger Kriege werden! Deshalb rufen wir zu einem Protesttag am Samstag, 22. Februar 2020 auf. Dieser beginnt am Alten Messplatz MA-Neckarstadt mit einer Kundgebung um 13 Uhr. Anschließend wird ein Fahrrad-Korso raus zur Coleman-Kaserne stattfinden. Eine Kundgebung wird dort um 15 Uhr am (Eingang Scharhof) abgehalten. Das Coleman-Areal in MA-Sandhofen hat eine zentrale Funktion für das jetzt begonnene Nato-Großmanöver, das größte seit 25 Jahren. Die dort aus den USA angekommenen Militärfahrzeuge werden allerdings bis Ende Februar das Areal wieder verlassen und weiter nach Osten verfrachtet.
<https://www.dielinke-ma.de>

Widerstand gegen Defender 2020: Proteste vor COTTBUSER Hauptbahnhof.

In der vergangenen Woche wurden erste Panzer- und Materialzüge am Cottbuser Bahnhof gesichtet. Cottbus ist eine der Drehscheiben im Bahnnetz, über die im Rahmen des großangelegten Manövers Defender 2020 Truppen an die russische Grenze verlegt werden. Deshalb hatte Die Linke Brandenburg zu einer Protestkundgebung am 30. Januar 2020 aufgerufen. Ca. 200 Brandenburger_innen nahmen an dieser Auftaktkundgebung teil – das Manöver ist noch bis Anfang Mai geplant. Und sowohl Die Linke als auch viele andere Akteure werden es weiter mit Protesten begleiten. Die Landesvorsitzende der Linken, Anja Mayer, die Vorsitzende der Landtagsfraktion, Kathrin Dannenberg, und die Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz, auch Mitglied des Parteivorstandes der Linken, unterstützen den Protest in der Lausitz. „Defender 2020 ist kein Beitrag zu einer europäischen Sicherheitsarchitektur – es ist ein Spiel mit dem Feuer. Der größte Aufmarsch amerikanischer Truppen an den russischen Grenzen seit Ende des kalten Krieges erhöht die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen – und bremst sie nicht! Mehr Waffen schaffen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Des-

wegen stellt sich Die Linke konsequent gegen diesen Truppenaufmarsch“, sagte Anja Mayer. Das Manöver ist die größte militärische Operation in Mitteleuropa seit Ende des Kalten Krieges. Kathrin Dannenberg betonte, dass sich Deutschland freiwillig als Drehscheibe dafür zur Verfügung stelle. Damit unterstütze man die Nato dabei, den Krieg mit Russland zu proben.

Aktuelle Informationen gibt es unter www.dielinke-brandenburg.de/stop-defender2020

Nein zum Nato-Kriegsmanöver

– auch in Hessen: FRANKFURT A.M. Rund um den 75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg soll in Osteuropa bis zur russischen Westgrenze eines der aufwändigsten Nato-Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges stattfinden. Mit dem Manöver DEFENDER 2020 wird das „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus“ des 8. Mai zu einer russischen Bedrohung umgekehrt. Schon jetzt beginnen die Kriegsmanöver auch in Hessen ... Ziel des Manövers ist neben der Zurschaustellung militärischer Überlegenheit die Demonstration einer blitzschnellen Verlegung kampfstarker Großverbände aus den USA an die Nato-Ostflanke. Deutschland wird zur Drehscheibe der Truppenverlegungen. Operativ zuständig für Transport und Manöver ist das US-Heereskommando Europa in Wiesbaden. Die Größe und der Ort des Manövers stellen eine Provokation gegenüber Russland dar und bergen die Gefahr einer möglichen direkten Konfrontation zwischen militärischen Verbänden von Nato und Russland in sich.

„... Jetzt sei es notwendig, sich für eine wirkliche Politik des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit zu engagieren, statt neue Kriege vorzubereiten“, sagte der Sprecher des Ostermarschbüros, Willi van Ooyen. Deshalb rufen die Friedensinitiativen der Rhein-Main Region am Samstag, 1. Februar 2020 zu einer ersten Aktion gegen das Kriegsmanöver DEFENDER 2020 vor den Toren des US-Headquarters in Wiesbaden-Erbenheim auf. Treffpunkt ist die Domäne Mechtildshausen um 10.30 Uhr in Wiesbaden-Erbenheim. Friedens- und Zukunftswerkstatt, Pressemitteilung, Frankfurt, den 29. Januar 2020 <https://www.frankfurter-info.org/news/widerstand-gegen-nato-manoever-defender-20-formiert-sich>

Nein zu Defender 2020 – ja zu Frieden und Umweltschutz!

SCHWERIN. Im April und Mai 2020 plant die Nato mit

Defender 2020 eines der größten Manöver von Landstreitkräften in Europa seit Ende des Kalten Krieges. Manöver in dieser Größenordnung dienen nicht dem Erhalt des Friedens. Mit Waffengewalt wird kein Frieden entstehen, sondern nur neues Leid. 75 Jahre nach der Befreiung unseres Landes vom Faschismus marschieren jetzt 37000 Nato Soldat*innen an der Grenze zu Russland auf. Diese Demonstration der Macht durch die Nato ist alles andere, als ein Akt der Völkerverständigung. Während das Land Mecklenburg-Vorpommern um gute Beziehungen zu Russland bemüht ist und Unternehmen auch aus dem Landkreis Nordwestmecklenburg an einer guten Partnerschaft Interesse haben, ist diese Machtdemonstration kontraproduktiv. Mit insgesamt 37000 Soldatinnen und Soldaten aus 16 Nato-Staaten, aus Finnland und Georgien, wird eine bisher unbekannte Dimension militärischer Aktivitäten erreicht.

<https://die-linke-nwm.de>

Linksfraktion verlangt Aufklärung über Truppenaufmarsch

durch DÜSSELDORF: Zur Sitzung des Stadtrats am Donnerstag, den 6. Februar stellt Die Linke Ratsfraktion eine Anfrage zum Nato-Manöver Defender 2020. Die USA verlegen im Rahmen des Manövers zurzeit 20000 Soldaten, 8600 Fahrzeuge und über 1100 Panzer aus den USA an die Grenze zu Russland. Diese Truppen landen zum Teil in den Binnenhäfen Krefeld und Duisburg und werden von dort auf dem Landweg in Richtung russische Grenze weitergeleitet. Aus einer Antwort der Bundesregierung auf Anfrage des MdB der Linken Alexander Neu geht hervor, dass alle Transporte aus diesen Häfen über Düsseldorf gehen.

Lutz Pfundner, Sprecher der Linken Ratsfraktion, erklärt: „Derartige provokante Manöver dienen weder dem Frieden noch der Verständigung unter den Völkern. Kommunalpolitisch lässt sich dieser Truppenaufmarsch durch Düsseldorf nicht verhindern. Wir wollen aber wissen, auf welchen Strecken und an welchen Tagen die Truppentransporte durch Düsseldorf stattfinden. Hat die Stadt Düsseldorf darauf Einfluss? Welche Waffensysteme werden durch Düsseldorf transportiert? Weiter verlangen wir Auskunft, ob eine Gefährdung für die Bevölkerung und Umwelt besteht und welche Vorsorgen die Stadt für mögliche Unglücksfälle getroffen hat.“

<https://www.linksfraktion-duesseldorf.de>



(Auszug Pressemitteilung DFG-VK Ost, 27.11.2019) <https://stoppt-defender-2020.de/>

Stoppt das Militärmanöver Defender 2020!

In den nächsten Wochen werden 20000 Soldat*innen der US-Army, 7000 Soldat*innen der US-Nationalgarde und 750 Reservist*innen der US-Army mit insgesamt 13000 Panzer- und Radfahrzeugen sowie Ausrüstungs- und Versorgungscontainern per Flugzeug oder Schiff aus Nordamerika nach Westeuropa gebracht; hinzu kommen 9000 bereits in Europa stationierte US-Soldat*innen, militärische Einheiten aus neunzehn Nato-Mitgliedsstaaten sowie aus Finnland und Georgien. Unter dem Titel Defender 2020 werden zwischen Februar und bis April/Mai 2020 im größten Manöver der US-Streitkräfte in Westeuropa seit Ende des Kalten Krieges Soldaten, Panzer, Ausrüstung und Munition über Straßen, Schienen und Wasserwege via Deutschland nach Osteuropa „verlegt“. „Deutschland wird zur Drehscheibe der Truppenverlegungen über die Convoy Support Center Garlstadt (Niedersachsen), Burg (Sachsen-Anhalt) und den sächsischen Truppenübungsplatz Oberlausitz nach Polen. Geleitet wird das Manöver unter anderem über das neue Joint Support and Enable Command in Ulm, das Eucom in Stuttgart und die USAir Base Ramstein. Während der Transporte wird es zu schweren Einschränkungen des Straßen- und Schienenverkehrs entlang der Transportstrecken kommen. Die Bundeswehr hat bereits vorsorglich mit der Deutschen Bahn AG eine Vorfahrtsregel für das Militär vereinbart. Die Größe und der Ort des Manövers stellen eine Provokation gegenüber Russland dar und bergen die Gefahr einer möglichen direkten Konfrontation zwischen militärischen Verbänden von Nato und Russland in sich. Auch der Zeitpunkt wurde nicht zufällig gewählt: während des Manövers jährt sich die Befreiung Europas vom Faschismus vor allem durch die Soldaten der Roten Armee zum 75. Mal. Ein geschichtsvergessenes Signal an den ehemaligen Verbündeten. Während überall auf dem Kontinent über die Eindämmung der lebensbedrohenden Umweltzerstörung diskutiert wird, praktiziert der größte Umweltzerstörer Militär unbeeindruckt seine Rituale.“

Aktuelle Informationen zu Protesten und Aktionen gegen das Nato-Manöver gibt es beim Netzwerk Friedenskooperative unter <https://www.friedenskooperative.de/aktion/defender-2020-proteste>

EU-Außen- und Sicherheitspolitik: Wieviel Kontinuität unter sozialdemokratischer Führung?

INTERVIEW MIT NORBERT HAGEMANN *

FRAGE: Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde 1999 die Funktion des „Hohen Vertreters für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ in der EU geschaffen. Welches sind seine Aufgabenfelder und wie hat sich seine institutionelle Rolle seit 1999 verändert?

NORBERT HAGEMANN: Die Einrichtung dieser Funktion war damals eine klare Umsetzung des Willens der großen, die europäische Integration treibenden Mitgliedstaaten, einen Mechanismus der gemeinsamen Koordinierung in der Außenpolitik zu etablieren. Darin sollte allerdings auch die Verteidigungspolitik eingebunden werden, denn es gab den klaren Plan, die Westeuropäische Union (WEU) mit ihren Parallelstrukturen aufzulösen und in die EU zu integrieren. Inhaltlich ging es um möglichst gemeinsame Strategien, Aktionen und Standpunkte in diesen Politikbereichen, um die eigenen internationalen Machtpositionen zu stärken und zugleich Globalisierungsgewinne zu sichern. Der Hohe Vertreter der damals in Personalunion auch Generalsekretär des Europäischen Rates war, hatte die Aufgabe, die koordinierende Arbeit zur unmittelbaren Umsetzung dieser Ziele zu organisieren. Während der Vertrag von Nizza (2000) die sicherheits- und verteidigungspolitischen Kompetenzen der EU noch einmal ausweitete, wurde die Funktion des Hohen Vertreters selbst erst mit dem Vertrag von Lissabon (2007) aufgewertet: als Beauftragter des Rates für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, war er jetzt auch Vizepräsident der Kommission, zuständig für Außenbeziehungen. In dieser Funktion ist er auch der oberste Dienstherr von fast 8 000 Diplomaten und Angestellten des neu geschaffenen Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) und steht zugleich der relativ kleinen Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) vor, die den Auftrag hat, beim Auf- und Ausbau europäischer militärischer Kapazitäten, auf die Kohärenz von Industrie-, Rüstungs- und Sicherheitspolitik zu drängen.

Die zentralen Aufgaben des Hohen Vertreters und Vizepräsidenten (HV/VP) sind, die EU auf internationaler Ebene zu vertreten, den regelmäßigen Tagungen

des Rates der Außenminister der Mitgliedsstaaten der EU vorzusitzen und über den Rat und die Europäische Kommission hinweg die Kohärenz jeglichen außenpolitischen Handelns der EU, d.h. ein über verschiedene Politikbereiche hinweggehendes abgestimmtes Vorgehen zu sichern. Alle Politikbereiche mit Außenwirkung, so z.B. die humanitäre Hilfe, die Entwicklungszusammenarbeit, aber auch der Handel, sollen hierüber unter das Primat der strategischen außen- und verteidigungspolitischen Ziele der EU gestellt werden. An dieser Konstellation hat sich nach Lissabon grundsätzlich nichts geändert. Auch die neue Europäische Kommission und ihr Hoher Vertreter werden sich an die entsprechenden Vorgaben der Verträge halten müssen.

In der politischen Sprache der Kommission ist gegenwärtig eine gewisse Akzentuierung zu erkennen. So spricht man nicht mehr von der EU als „globalem Akteur“ sondern als „globalem Führer“ (global leader). Das, was wir bisher über die zukünftige als „geopolitisch“ apostrophierte Ausrichtung der Kommission wissen, lässt erkennen, dass die Durchsetzung der beschriebenen Kohärenz das zentrale politische Ziel bleibt und dass zugleich die Arbeit der Kommission in allen Politikbereichen des auswärtigen Handelns deutlich „strategischer“ und „effizienter“ werden soll. Dazu bedient sich die neue Kommissionspräsidentin von der Leyen im ersten Schritt vor allem verbindlicher Vorgaben für die Kommissare, neuer Aufgabenzuordnungen unter diesen sowie einer veränderter internen Arbeitsorganisation.

Könnte aus deiner Sicht die Ausweitung der Aufgaben Einfluss auf die Positionsbestimmungen der EU haben und wäre eine Einhegung der unterschiedlichen außenpolitischen Interessen der Mitgliedsstaaten, die – historisch gesehen nicht unbedingt unverständlicherweise – oft stark divergieren, perspektivisch denkbar?

Bisher gibt es noch relativ wenig politisches Material der Kommission oder auch vom Rat, anhand dessen man konkret ableiten könnte, was sich gegebenenfalls an der Positionierung der EU wohin verschiebt. Aber trotz einer gewissen Unschärfe zeigt sich eine Logik. So hat die

Kommissionspräsidentin bis dato zwar noch offen gelassen, was sich hinter der als „geopolitisch“ charakterisierten Kommission verbirgt, aber ihre Reden und die einiger ihrer Kollegen sind voll mit richtungsweisenden Begriffen: „technologische Souveränität“, „Entwicklung und Durchsetzung europäischer technologischer Standards“, „eigene europäische Wege, die nicht die der USA oder Chinas seien“, „strategische Autonomie im Verteidigungsbereich“ usw. Es scheint also gegenwärtig darauf hinauszulaufen, dass die Kommission einen Kurs anstrebt, der vor dem Hintergrund globaler Umbrüche, sich verschärfender internationaler Auseinandersetzungen, aber auch gewachsener Widersprüche mit den USA die Stärkung der EU als selbständigem („geostrategischen“) Pol im internationalen Machtgerangel zum Ziel hat.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die neue Kommissionspräsidentin die Umsetzung des von den Vereinten Nationen gemeinschaftlich vereinbarten Normen- und Zielkatalogs der Nachhaltigkeit (Sustainable Development Goals SDG) zu einer zentralen Achse ihrer Politik gemacht und alle Kommissare hierauf verpflichtet hat. Das könnte die Basis für ein mehr kooperatives Agieren der EU in der Welt und damit Ausgangsbasis für die Lösung so mancher weltgemeinschaftlicher Herausforderung, angefangen von der sozialen bis hin zur ökologischen Frage bilden. Ob der HV/VP seine koordinierende Rolle darin sieht, die zum Teil gegenläufigen, eher die globale Konkurrenzfähigkeit und somit potentiell auch die internationale Konfrontation stärkenden Ziele und Politiken der anderen Kommissare in eine solche Richtung zu koordinieren, scheint unwahrscheinlich. Am Ende hat in vielen Fragen auch nicht die Kommission oder der HV/VP, das letzte Wort in der EU-Politik, sondern der Rat, d.h. die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten. Dieser ist zurzeit durch tiefe Widersprüche und Streitereien gekennzeichnet. Diese sind repräsentieren stark divergierende Interessen und müssen austariert werden. In der Regel geschieht das über interne Prozeduren, wie z.B. die Abstimmmodalitäten. Das auch von links immer wieder kritisierte „Mauscheln hinter verschlossenen Türen“ ist vor dem Hintergrund auseinander driftender Interessen ein Versuch, über einen solchen Mechanismus diese zu berücksichtigen, oder notfalls so zurückzudrängen, dass ein gemeinsames Handeln möglich wird. Je mehr im Laufe der Jahre Mitglieder

Norbert Hagemann: geboren in Rostock, wohnhaft Berlin, ausgebildeter Außenpolitiker (1974–79 in Moskau), Dr. Phil., die letzten zwei Wahlperioden Büroleiter bei MdEP Helmut Scholz (Die Linke) mit Arbeitsschwerpunkten Internationale Beziehungen (AFET) sowie konstitutionelle Fragen / Verfassungsrecht (AFCO), aktuell Senior Research Fellow am WeltTrends Institut für Internationale Politik Potsdam

Was der EGB fordert

(17./18. Dez. 2019). Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) fordert eine europäische Richtlinie zu verbindlichen Menschenrechten, einschließlich Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten, Sorgfaltspflicht und verantwortungsvollem Unternehmenshandeln. Sie sollte verbindliche und wirksame Sorgfaltspflichten festlegen, die die Tätigkeiten der Unternehmen und ihre Geschäftsbeziehungen, ihre Liefer- und Zulieferketten abdecken. Eine europäische Richtlinie zur Sorgfaltspflicht wäre ein wichtiger Schritt, um sicherzustellen, dass die Tätigkeiten der Unternehmen nachhaltiger sind, und um eine Rechenschaftspflicht einschließlich wirksamer Korrekturmaßnahmen für die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit zu schaffen. Dies wäre ein wichtiger Schritt nach vorn, um die Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte zu gewährleisten. Es würde die Arbeitnehmer befähigen, gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Sie würde ferner einen klareren Rahmen für alle Akteure der Gesellschaft auf der Grundlage gemeinsamer Mindestanforderungen, Rechtssicherheit und einem fairen Wettbewerbs gewährleisten.

Hauptanforderungen des EGB: Für den Europäischen Gewerkschaftsbund sollte eine solche Richtlinie mindestens folgende Elemente enthalten:

Ziel. Die Richtlinie sollte ehrgeizige Sorgfaltspflichten für Unternehmen im Einklang mit den hohen sozialen und ökologischen Standards und Zielen der Europäischen Union sowie mit dem Ziel der Förderung und Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung und des sozialen Dialogs festlegen. Der Schwerpunkt sollte auf der wirksamen Verhütung von Menschenrechtsverletzungen und den negativen Auswirkungen von Geschäftstätigkeiten, einschließlich der internationalen Geschäftstätigkeit von in der EU ansässigen oder tätigen Unternehmen, sowie auf wirksamen Kontrollen, Sanktionen und Abhilfemaßnahmen liegen. Die Richtlinie sollte auf den ehrgeizigsten Elementen der verschiedenen internationalen Instrumente und Standards aufbauen und diese umfassen sowie wirksame Lösungen, die in den Rechtsinstrumenten der EU und den nationalen Rahmenbedingungen entwickelt wurden die Aktivitäten, mit denen es durch seine Geschäftsbeziehungen verbunden ist, einschließlich seiner Zuliefer- und Lieferketten (z. B. Franchising, Anbieter, Zulieferer, Händler...).

<https://www.etuc.org/en/document/resolution-and-annex-tu-input-action-plan-implement-epsr-adopted-exco-22-23-october-17-18>



Menschenrechte in den Lieferketten – Sorgfaltspflicht und/oder Haftung?

ROLF GEHRING, BRÜSSEL

In der Ausgabe 12/2019 der Politischen Berichte hatten wir über die wachsende Bewegung für Lieferkettengesetze berichtet. Diese wollen erreichen, dass in internationalen Handelsbeziehungen Menschen- und Kollektivrechte gewährt werden.

Mittlerweile haben sich in Deutschland einen Tag vor dem Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2019, 42 deutsche Unternehmen für ein solches Gesetz ausgesprochen. Dies ist sicher kein Kuriosum, sondern schließt an frühere Positionierungen und Fraktionen im Unternehmerlager an, die Schmutzkonzurrenz im Wirtschaftsleben ausschließen wollen und aus diesem Grunde die Ordnungsfunktion von Tarifverträgen stützen.

Die Bewegung findet breite Unterstützung auch aus kirchlichen Kreisen und mittlerweile den meisten Parteien, einschließlich der Regierungskoalition.

Die Bewegung für Lieferkettengesetze hat bisher häufig schlechte Erfahrungen mit freiwilligen Selbstverpflichtun-

gen gemacht, die unter dem Titel der guten Unternehmensführung angewandt werden. Aber auch die Um- und Durchsetzung von mit Gewerkschaften abgeschlossenen Internationalen Rahmenvereinbarungen scheitern häufig.

Nun haben zwei weitere (europäische) Organisationen Stellungnahmen zum Themenkomplex abgegeben.

EGB fordert Europäische Richtlinie für Menschenrechte

Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB fordert in einem Mitte Dezember verabschiedeten Positionspapier eine „Europäische Richtlinie zu Menschenrechten“ und einer verantwortlichen Unternehmensführung (siehe Spalte links). In dem Papier wird die Erwartung ausgedrückt, dass eine EU-Regelung sich auf internationale Vereinbarungen, Regeln und Praktiken bezieht und damit verbunden wird. Das Papier (siehe die Auszüge im nebenstehenden Kasten) bleibt aber schwach in der Ausformulierung konkreter Verfahren und kann sich am Ende nicht wirklich entscheiden

<https://lieferkettengesetz.de> (Text u. Foto) Als die Textilfabrik Ali Enterprises in Pakistan im September 2012 abbrannte, starben 258 Menschen, Dutzende wurden verletzt. Vergitterte Fenster,

defekte Feuerlöscher, lediglich ein enges Treppenhaus und Notausgänge, die ins Nichts führten, machten die Fabrik zur tödlichen Falle für die Arbeiter*innen. Das deutsche Textilunternehmen KiK ließ als Hauptkunde in der Fabrik produzieren ...KiK wurde nicht für seine Mitverantwortung am mangelnden Brandschutz und damit am Tod von 258 Menschen in Pakistan verurteilt.



DOK II: Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA)

12.12.19| **1.13** Der EWSA ... fordert ... einen entschiedenen Einsatz für die Entwicklung eines verbindlichen Instruments und verweist insbesondere auf die Notwendigkeit eines internationalen Beschwerde- und Überwachungsmechanismus. Der EWSA stellt fest, dass auch internationale Systeme wie das Beschwerdeverfahren der IAO existieren, die als Muster für eine ehrgeizigere internationale Durchsetzung dienen können, da verbindliche Vorschriften ohne ein starkes Engagement der Staaten und Durchsetzungsmechanismen keine Wirksamkeit entfalten werden.

1.14 Zur Gewährleistung der Sorgfaltspflicht im Bereich der Menschenrechte müssen dort, wo derartige Pläne noch nicht bestehen, nationale Aktionspläne ausgearbeitet werden. Nötig ist zudem ein europäischer Aktionsplan. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Durchsetzung der Aktionspläne muss die organisierte Zivilgesellschaft einbezogen werden.

1.15 Der EWSA empfiehlt der Europäischen Kommission, zu prüfen, inwieweit für den Bereich Menschenrechte im wirtschaftlichen Kontext eine EU-

<https://webapi2016.EESC.europa.eu/v1/documents/eesc-2019-01278-00-01-ac-tra-en.docx/content>

Ratingagentur in öffentlicher Hand realisierbar ist.

1.16 Der EWSA empfiehlt einen starken internationalen Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismus, der die Möglichkeit bietet, Beschwerden einem internationalen Ausschuss vorzulegen. Darüber hinaus muss es einen unabhängigen UN-Beamten (Ombudsmann) geben, der im Falle von Menschenrechtsverletzungen Untersuchungen durchführt und gegebenenfalls Ansprüche der Opfer unterstützt sowie erhobene Vorwürfe zu Verstößen unabhängig weiterverfolgt und dem Ausschuss vorlegt.

1.18 Im Entwurf wird bereits eine Auswahl verschiedener zuständiger Gerichtsbarkeiten genannt, die noch einer weiteren Präzisierung bedarf. Wenn ein Unternehmen im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit in transnationalen Lieferketten tätig ist, muss nach Auffassung des EWSA sichergestellt sein, dass eine gerichtliche Zuständigkeit im Niederlassungsland des Unternehmens geltend gemacht werden kann. Außerdem muss deutlich gemacht werden, dass lokale Tochterunternehmen und Zulieferer in dem Land verklagt oder

zumindest gemeinsam in Anspruch genommen werden können, in dem das Mutter- bzw. begünstigte Unternehmen ansässig ist.

1.20 Der EWSA ist der Ansicht, dass das Zusammenspiel von Sorgfaltspflicht und Haftung präzisiert werden muss. Dazu gehören auch eindeutige und praktische Bestimmungen, mit denen sichergestellt wird, dass zur Sorgfaltspflicht auch eine kontinuierliche Beobachtung in den Lieferketten und (sollte diese versagen) auch die entsprechende Haftung gehören. Bei der weiteren Präzisierung ist von den Konzepten auszugehen, die bereits für die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte entwickelt wurden. (...)

4.10 Der EWSA verweist auf die Bedeutung von Zeugen und die Rolle von Hinweisgebern. Er begrüßt die im vorliegenden Textentwurf enthaltenen Schutzbestimmungen. Nichtregierungsorganisationen, die in diesem Bereich aktiv sind, sind zu unterstützen.

4.11 Grobe Fahrlässigkeit muss eine strafrechtliche Haftung begründen. Bei weniger schweren Verstößen, wie etwa der Vernachlässigung der Verpflichtung zur regelmäßigen Berichterstattung, ist eine verwaltungsrechtliche Haftung festzulegen.

zwischen den beiden möglichen Grundausrichtungen, der Sorgfaltspflicht der Unternehmen oder der Generalunternehmerhaftung. Der EGB buchstabiert nicht aus, an welchen Stellen welches Konzept und Rechtsinstrument greifen soll. Eine Reihe von europäischen Staaten haben mittlerweile nationale Gesetze verabschiedet, die eine Generalunternehmerhaftung vorsehen; vor allem vor dem Hintergrund von übelsten Ausbeutungsmethoden in der Fleisch- oder der Bauwirtschaft mit ihren oft sehr langen Subunternehmerketten, Briefkastenfirmen, Scheinselbstständigkeit usw. Da der EGB ausdrücklich nach einer speziellen Richtlinie für die EU fragt, sollte sie abgrenzbar von den internationalen Regeln sein und sich auf hiesige Standards beziehen. Das ist mit dem Papier nicht wirklich gelungen.

EWSA fordert „verbindliches Instrumen

Das zweite Papier, eine Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) (siehe Dok II) nimmt als Ausgangspunkt die Resolution 26/9 des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen vom 26. Juni 2014. Mit dieser wurde beschlossen, eine of-

fene zwischenstaatliche Arbeitsgruppe zu transnationalen Unternehmen und sonstigen Wirtschaftsunternehmen im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen einzusetzen. Diese soll mit dem Mandat versehen werden, ein internationales rechtsverbindliches Instrument zur Regulierung der Tätigkeiten transnationaler Unternehmen und sonstiger Wirtschaftsunternehmen innerhalb der internationalen Menschenrechtsnormen auszuarbeiten. Wesentliches Ziel der Stellungnahme des WSA war, die Kommission (die zwischenzeitlich aufgrund von Differenzen die Arbeitsgruppe verlassen hatte) zu einem starken Engagement in der Arbeitsgruppe zu drängen. Beachtlich ist hier schon, dass es ein Konsenspapier zwischen den drei Gruppen des WSA (Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Interessengruppen) entstanden ist, das sehr klare und Bezüge zu den bestehenden internationalen Verfahren und Rechtsnormen herstellt. Es werden auch Empfehlungen bezüglich Rechtstatus, Um- und Durchsetzung sowie Haftung und Missbrauch gemacht.

Aus diesen Elementen der Entschließung dokumentieren wir hier zur Veranschaulichung.

DOK: EU Cities for Fair & Ethical Trade Award: Europa braucht fairen Handel

4.2.20. In Brüssel fiel in dieser Woche zum zweiten Mal der Startschuss für den Wettbewerb um den Titel „Europäische Stadt des Fairen und Ethischen Handels“. Helmut Scholz, Europaabgeordneter für Die Linke, war einer der Initiatoren des Preises und Jurymitglied bei der ersten Vergabe. „Ich beglückwünsche die EU-Kommission und Kommissar Phil Hogan, dass sie erneut den Titel der Europäischen Stadt des Fairen und Ethischen Handels vergeben werden“, gratulierte Scholz ... „Durch diesen Preis wird sichtbar, von welcher entscheidenden Bedeutung kommunales Engagement für den Aufbau gerechterer Handelsbeziehungen ist. Ich wünsche mir, dass sich dieses Mal noch mehr Städte und Kommunen am Wettbewerb beteiligen. Zu gewinnen gibt es europaweites Prestige, die Eintrittskarte in das Netzwerk der Städte des Fairen Handels, sowie die finanzielle und technische Förderung eines Kooperationsprojektes bei einem Städtepartner in einem „Entwicklungsland“.“ Erste Titelträgerin wurde 2018 nach einer spannenden und knappen Endausscheidung die belgische Stadt Gent. <https://www.dielinke-europa.eu>

Magazin „Compact“ – Erben der „Konservativen Revolution“

... und sie wirken. Die thüringischen Ereignisse sind Beispiel für das Fortschreiten des Versuchs, das „Soziale mit dem Nationalen zu versöhnen“ (stellv. CDU-Fraktionschef Sachsen-Anhalt). Das Magazin „Compact“ gilt unter Beobachtern als „Querfront“-Publikation. Sein Mitbegründer 2010 und Chefredakteur Jürgen Elsässer, Anfang der 80er Jahre Mitglied im Kommunistischen Bund, warf Ende der 1990er der Linken vor, sie hätte Probleme „das Sozialistische im Faschismus“ zu erkennen. Seit 2013 wirbt „Compact“ auf seinem Internetauftritt mit dem AfD-Slogan „Mut zur Wahrheit“.

MICHAEL JURETZKE, BREMEN

In einem Artikel „Die neuen 20er Jahre“ – einem Versuch von „Compact“, die heutige Situation mit der Weimarer Republik zu vergleichen – überschreibt Autor Jürgen Elsässer einen Abschnitt „Die Konservative Revolution“. In ihm ruft er einen ihrer wirkmächtigsten Vertreter als Zeuge auf, Carl Schmitt, Mitglied der NSDAP von 1933 bis 1945:

„Auch was der Staatsrechtler Carl Schmitt 1923 über ‚Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus‘ schrieb, liest sich verzweifelt aktuell: ‚In manchen Staaten hat es der Parlamentarismus schon dahin gebracht, dass sich alle öffentlichen Angelegenheiten in Beute- und Kompromissobjekte von Parteien und Gefolgschaften verwandeln(...)‘. Demgegenüber bewegten sich die Intellektuellen der Konservativen Revolution ‚zwischen einer Volksdemokratie auf plebiszitärer Grundlage und einer modifizierten Neuauflage der Monarchie. Sie betonten den Antiliberalismus stärker als den Antimarxismus, plädierten für einen ‚preußischen Sozialismus‘ (Oswald Spengler) und fühlten sich Russland trotz dessen bolschewistischem Irrweg verbundener als den Westmächten.“ Doch ihr Versuch, unter Führung von Kurt von Schleicher, 1932 eine ‚Querfront gegen Hitler‘ aus Militär, Teilen der sozialdemokratischen Gewerkschaften und dem nationalrevolutionären Strasser-Flügel der NSDAP zu bilden, scheiterte. „Die Eliten stürzten Schleicher...“ (alle Zitate „Compact“ 1/2020, S. 11, 12).

Tenor: Heute wie damals führen „die Eliten“ das Volk in den Abgrund, ignorieren und unterdrücken bestehende Alternativen.

Was hier als Alternative zu Hitler aufgebaut wird, war eine Strategie, emanzipatorisch orientierte Intellektuelle und Teile der Arbeiterbewegung zum Nationalsozialismus herüberzuziehen oder sie ideologisch zu lähmen. Für den Spagat zwischen Volksdemokratie und Monarchie, zwischen preussischem Militärstaat und Sozialismus benutzte die Konservative Revolution den Begriff

„Querfront“. In der Querfront verbinden sich Nationalismus und Sozialismus, versöhnen sich nationale und soziale Frage.

Querfront – Primat des Nationalen

Wer in diesem unvereinbar Vereinten das Sagen hat, wer in diesem Denkmodell die Meinungsführerschaft hat, wird deutlich in einer Rede des französischen Journalisten Eric Zemmour, laut „Compact“ „neuer Stichwortgeber der französischen Rechten“ (1/2020, S.39), gehalten im September 2019 bei der Convention de la Droite in Paris:

„Ich sage nicht, dass die Ökonomie nicht existiert, dass es keine Deindustrialisierung gibt, dass es für viele am Monatsende finanziell eng wird, dass es keine kleinen Renten gibt, dass es keine Arbeitsgesetzgebung gibt, dass es keine Standortverlagerung gibt, dass es keine Mängel des Euro gibt. Ich stelle nur fest, dass die Frage der Identität des französischen Volkes vor allem anderen steht...Es geht um Leben und Tod...Die Frage der Identität ist auch die verbindende, weil sie die Arbeiterklasse und die Mittelschicht und sogar jenen Teil der Bourgeoisie, der sich noch seinem Land verbunden fühlt, zusammenbringt.“ („Compact“ 1/2020, S.42) Verbindung durch Unterwerfung und Degradierung der sozialen, emanzipatorischen Interessen zwecks Verteidigung der nationalen Identität.

Souveränität – Ausnahmezustand

In der Erstausgabe der „Compact“ 2010 formulierte Elsässer als Aufgabe des Magazins, man wolle „eine ‚Volksfront‘ aus der Gesamtbevölkerung aufbauen, damit diese die fehlende Souveränität erkämpfe“. (Wikipedia Stichwort „Querfront“) Um Menschen unterschiedlichster, teilweise entgegengesetzter sozialer Interessen zusammenzubringen, bedarf es mehrdeutiger Begriffe. „Compact“ hat den Untertitel

„Magazin für Souveränität“. Was für den Einen die Befreiung aus individueller Fremdbestimmung ist, rechtlich abgesicherte Selbstbestimmung (z.B. Abschaffung des Rechts des Ehemannes, Arbeitsverträge seiner Ehefrau zu kündigen), ist für den Anderen die Überzeugung, Ausgangspunkt der gesamten Staatsgewalt zu sein, ungehindert Normen für alle anderen setzen zu dürfen. Also das genaue Gegenteil. „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“ schreibt Carl Schmitt 1922 in „Politische Theologie“ und meint damit „die Befugnis, das geltende Gesetz aufzuheben – sei es generell, sei es im einzelnen Fall“. Als solcher ist der Souverän „zuständig für die Entscheidung, ob die Verfassung in toto suspendiert werden kann.“ (C. Schmitt Politische Theologie, S.11-13) In diesem Sinn stilisiert „Compact“-Chefredakteur Elsässer den ARD-Tatortkommissar Schimanski zum Querfront-Vorbild:

„Schimanski war die wandelnde Querfront, er polterte wie ein Roter mit den Kohlekumpeln gegen Ausbeuter und Politiker und nagelte wie ein Brauner Kinderschänder und Mafiosi ganz ohne Haftbefehl und Staatsanwaltschaft an die Wand ...“ („Compact“ 2/2020 S.10)

Während dem Roten zugestanden wird, mit den Kumpeln gegen Ausbeuter und Politiker zu poltern – einem erkämpften Recht, das von den zur Macht gekommenen Autoritären zum Schutze der „deutschen Wirtschaft“ zur Disposition steht, wird dem Braunen das Angebot gemacht, eigenmächtig rechtsstaatliche Normen außer Kraft zu setzen und Selbstjustiz zu üben. Der selbsterklärte Ausnahmezustand ist Inhalt des häufig von rechts benutzten Satzes „Wir befinden uns im Krieg“ und liefert die Rechtfertigung für gewaltsame Übergriffe und politische Morde.

Der Feind – die Eliten

Der ausgemachte Feind sind „die da oben“, das Establishment, die Eliten, die Parteien. „Die Parteien verkommen zur Beutegemeinschaft, die den Staat okkupiert“ schreibt Daniel Pföhlinger in „Compact“ 10/2019 in seinem Artikel „Demokratie ohne Volk“. Es scheint, als



Quelle Bild „Compact“: www.derstandard.de

mache er sich zum Anwalt „der da unten“, der Unterprivilegierten, der Ausgeschlossenen. Die kommen bei ihm allerdings in ihrer „Neigung, sich täuschen zu lassen und sich einer starken Führung zu unterwerfen“ schlecht weg. Als treffende Feststellung der Eigenheiten der Massen zitiert er den Soziologen Robert Michels, der sich 1903 der Sozialdemokratie anschloss und in den 1920ern als Anhänger faschistischer Elitetheorien von Mussolini auf den Lehrstuhl für Nationalökonomie in Perugia berufen wurde:

„Die Massen besitzen einen tiefen Drang zu persönlicher Verehrung. Sie bedürfen in ihrem primitiven Idealismus weltlicher Götter, denen sie mit desto blinderer Liebe anhängen, je schärfer das rauhe Leben sie anpackt“. Was also tun bei einem unmündigen Volk gegen die Parteien-Oligarchie? Die Lösung liefert der Autor am Ende mit einem weiteren Zitat von Michels:

„Das Ideal wäre eine Aristokratie sittlich guter und technisch brauchbarer Menschen“ (alle Zitate „Compact“ 10/2019, S.20-22).

Weit entfernt von einer Weiterentwicklung der Demokratie landen wir nach „Monarchie“ bei einem weiteren vorrepublikanischen Begriff, der Aristokratie, einer privilegierten Herrschaftskaste.

Das Ziel – absolutistischer Staat

Der scheinbar Demokratie fordernde Angriff auf „die Eliten“ enthüllt sich als Offensive einer selbsternannten Elite gegen eine auf gleichen Rechten beruhenden Staatsform. Oder wie Marc Jongen, der Vorsitzende der Programmkommission der AfD es 2014 formulierte:

„Die Vision eines anderen Deutschland – zugleich das Programm der AfD – wäre geboren: Die Vision eines Deutschland, dessen produktive, kulturtragende Schicht sich aus dem Zangenangriff von ausufernder Sozialindustrie unten sowie asozialen Finanzeliten oben befreit, in dem echter Bürgersinn und Meritokratie folglich wieder Platz greifen können.“ (Cicero, Magazin für politische Kultur, 22. Jan. 2014) Meritokratie = Herrschaft des Verdienstadels (Duden 5, Fremdwörterbuch).

Wie sich die Worte doch ähneln: Bei Michels (s.o.) bedarf es der Herrschaft einer Aristokratie sittlich guter und technisch brauchbarer Menschen, bei Jongen der Herrschaft des produktiven, kulturtragenden Verdienstadels. Das Ziel: Ein absolutistischer Staat, verfassungsmäßig ungebunden, mit einer rassistisch ausgerichteten Verwaltung, Justiz, Polizei und Armee zur Durchsetzung unkontrollierter Herrschaft einer nationalistischen Elite.

Rechte Provokationen – demokratische Antworten

REDAKTIONSNOTIZEN. ZUSAMMEGESTELLT VON ROSEMARIE STEFFENS, LANGEN, HESSEN

Rechtes Netzwerk im Thüringer

Landtag. Langsam zeichnet sich das Netzwerk ab, das Thüringen ins Chaos gestürzt hat: Karl-Eckhard Hahn, der Berater von Mohring, kommt wie auch Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek aus der Deutschen Gildenschaft, einem elitären nationalistischen Akademikerbund, der als Rekrutierungsreservoir der Neuen Rechten dient. Ein Archivdokument, ein Auszug aus der neurechten „Fragmente 75“ von 1984 führt unter den Autoren Hahn und Weißmann auf. Der Inhalt ist beredt: je ein Aufsatz über Gehlen, Spengler, Mohler. Die inhaltlichen Positionen werden im Vorwort klar bestimmt. Bemerkenswert ist v.a. ein Absatz auf der Folgeseite: „Dazu gehört (...) die Grundauffassung, dass Elitenbildung zu den wichtigsten Aufgaben gerade unserer Gegenwart gehört. ... außerdem ein unbedingter Antiliberalismus, der in dem schrankenlosen, jedes Gemeinschaftsgefühl zerstörenden Individualismus ein zu bekämpfendes Grundübel unserer Zeit sieht. Und ... endlich ein klares und unmißverständliches Bekenntnis zur Nation als der zentralen Bezugsgröße unserer heutigen Identität als Deutsche“. Unterzeichnet ist der Text von Karl-Eckhard Hahn, Hans-Christof Kraus und Karlheinz Weißmann. Die Gildenschaft ist ein Lebensbund. Weißmann arbeitet seit Jahren an der Koalitionsfähigkeit der AfD, Hahn kommt ihm aus der CDU entgegen. Das sind die Kreise, von denen sich die Thüringer FDP hat einspannen lassen. „Liberaler“, die keinen Begriff mehr von Liberalismus haben“ ... (Volker Weiss, 8.2.20, Facebook)

Kreisligaverein schließt Hamburger NPD-Landesvorsitzenden aus.

„Mitglieder extremistischer Organisationen ..., sowie Mitglieder rassistisch und fremdenfeindlicher organisierter ... Gruppierungen wie z.B. der NPD und ihre Landesverbände, können nicht Mitglied des Vereins werden.“ Und „ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, ... wenn es an extremistischen und anderweitigen diskriminierenden Veranstaltungen teilnimmt und z.B. durch das Tragen ... Zeigen von rechtsextremen Kennzeichen und Symbolen eine solche Gesinnung zeigt.“ Eine mehrmalige Satzungsänderung des TuS Appen hatte im November vor dem Landgericht Itzehoe bestand. Das Gericht wies die Klage des NPD-Landesvorsitzenden Lennart Schwarzbach gegen den Rauswurf ab. Nach seinem Ausschluss aus einem Hamburger Fußballclub war Schwarzbach ins Umland ausgewichen. Auch hier weigerten sich Mitspieler, an

seiner Seite zu trainieren und zu spielen. Nach dem Urteil musste der Verein erneut ein Hausverbot aussprechen. Es gibt Anzeichen dafür, dass die NPD ein möglichst höchststrichterliches Urteil anstrebt, dass ein Parteimitglied in einem Verein seinem Hobby nachgehen und nicht ausgeschlossen werden darf.

Richter soll auf Dienstfähigkeit überprüft werden.

Das Abhängen der NPD-Plakate vor der Europawahl mit der Aufschrift „Stoppt die Invasion: Migration tötet! ...“ durch die Bürgermeisterin in Ranstadt verurteilte das Gießener Verwaltungsgericht als rechtswidrig und gab der Klage der NPD recht. Zur Behauptung „Migration tötet“ schreibt der Richter: „Eine volksverhetzende Äußerung ist hiermit nicht verbunden, sondern die Darstellung einer Realität, die sich jedem erschließt, der sich mit der Geschichte der Wanderungsbewegungen befasst.“ Als Beweise nennt er die Wanderung von Bantu aus Westafrika bis ins südliche Afrika zwischen 3000 und 1000 vor Christus, nach Entstehung der Sahara sowie den Untergang des Römischen Reichs. Zu „Stoppt die Invasion!“ führt er aus: „Der Begriff stammt von dem lateinischen Verb invadere und hat nach Übersetzung des Kleinen Stowasser, lat.-dt. Schulwörterbuch, ... auch transitiv die Bedeutung überfallen, angreifen, sowie befallen ... In diesem Sinne kommt dem Begriff Invasion keine volksverhetzende Bedeutung zu ...“

Eine Rechtsanwältin aus Frankfurt/M. forderte jetzt die hessische Justizministerin Kühne-Hörmann auf, „... den in dieser Angelegenheit erkennenden Richter auf Diensttauglichkeit hin überprüfen zu lassen.“ Die Rechtsanwältin stellt klar, dass der vom Richter als Beispiel für die Behauptung „Migration tötet“ genannte Untergang des Azteken- und Inkareiches nicht etwa durch Migration geschah, sondern durch Konquistadoren, also Söldnertruppen, was einen erheblichen Unterschied zu den Menschen, die 2015 zu uns flüchteten, darstelle.

„Der Leser des Urteils kommt zum Ergebnis, dass Migration gleichzusetzen ist mit Invasion und Vernichtung der eigenen Kultur und genau das nennt man Volksverhetzung nach § 130 StGB. ... Die gesamte Argumentation in dessen Begründung lässt den Schluss zu, dass Dienstunfähigkeit vorliegen könnte, die geeignet ist, bei einer Fortsetzung seiner Tätigkeit den Rechtsstaat nachhaltig zu schädigen.“ Die Rechtsanwältin hat außerdem Strafanzeige gestellt.

Die „Konservative Revolution“:

Keine Sonderform des Konservatismus in der Weimarer Republik, sondern ideologische und politische Vorbereitung zum Nationalsozialismus

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM

Zu Beginn des Jahres 2018 ging das Stichwort einer „konservativen Revolution“ durch die Presse und zwar als Zitat aus einem Beitrag von Alexander Dobrindt (CSU) vom 2. März 2018 in der Tageszeitung „Die Welt“. Das war im März 2018, vor Klärungsprozessen über die Positionen zur AfD in der CSU und vor der deutlichen Abgrenzung Söders von der AfD seit dem Herbst 2019 sowie vor der abgekarteten Wahl des FDPers Kemmerich durch AfD, CDU und FDP am 5.2.2020 in Thüringen.

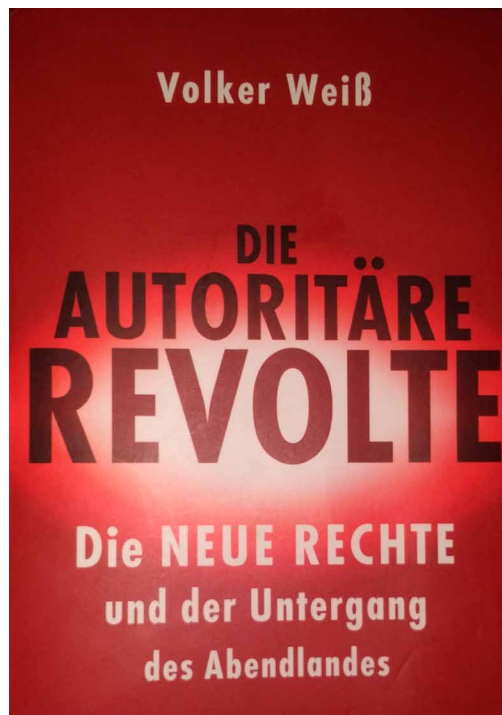
Dobrindt, (u.a. ein ehemaliger Verkehrs- und Digitalminister) im März 2018: „Was wir derzeit erleben, ist eine konservative Revolution der Bürger – gewachsen in der Mitte unserer Gemeinschaft, mit einer Besinnung auf Tradition und Werte. Das Treibhaus dieser Entwicklung sind Globalisierung und Digitalisierung, denn in einer sich immer schneller wandelnden Welt sehnen sich die Menschen stärker nach festem Halt – nach Heimat, Sicherheit und Freiheit.“ (Die Welt, 2.3.2018)

Was Dobrindt damals auch immer zu dieser verschrobenen Ansicht zu aktuellen Verhältnissen bewegt haben mag, sicherlich war er auch zusätzlich kräftig irregeleitet durch die vorherrschende Interpretationsrichtung, nach der die Konservativen Revolution mehr oder weniger gar nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun hätte. (Der Begriff also auch mal einfach in die öffentliche Runde geworfen werden kann, ohne gleich wegen Nazinähe Postenverluste befürchten zu müssen.)

Am 19. Oktober 2015 titelte „Die Zeit“ online, und dann auch die Printausgabe: „Höcke ist kein Nazi“. Der Autor Toralf Staud schrieb damals: „Vieles, was der Thüringer AfD-Fraktionschef Björn Höcke sagt, klingt absonderlich. Doch wer ihn in die Nazi-Ecke stellt, hat ihn nicht verstanden – sondern hilft ihm nur. ... Denn Höcke und viele Protagonisten von AfD oder Pegida beziehen sich nicht auf den Nationalsozialismus, sondern auf dessen Vorläufer – auf die sogenannten Jungkonservativen und die Konservative Revolution. ... Wenn Leute wie Höcke von Deutschland sprechen, dann meinen sie nicht die Bundesrepublik, sondern eine

metaphysische Schicksalsgemeinschaft, deren Kultur unveränderlich ist... (Zeit online vom 19.10.2015)

Ganz anders beurteilte das bekanntlich das Verwaltungsgericht Meiningen, nach dessen Beschluss vom 26.9.2019 Höcke öffentlich (es ging um eine Gegendemonstration) als „Faschisten“ zu



Das Buch des Historikers Volker Weiß, „Die Autoritäre Revolte – Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes“, Stuttgart 2018, analysiert die Ideologiebestandteile der Neuen Rechten und widerlegt Armin Mohlers Erfindung einer Konservativen Revolution

bezeichnen zulässig ist, da diese Kennzeichnung durch die Organisatoren der Gegendemonstration hinreichend sachlich belegt worden sei. (Vor allem durch Zitate aus Reden Höckes und aus seinem Buch „Niemals in den gleichen Fluss“.) Feinsinnigen Unterscheidungen – Bezug („nur“) auf „Konservative Revolution“ oder auf Nationalsozialismus – nach dem Muster „Die Zeit“-2015 entzieht das VG Meiningen in einer ausführlichen Begründung gleich den Boden. Darin heißt es u.a.: „Im Hinblick auf die geschichtliche Entwicklung in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen und im 2. Weltkrieg haben diese Bezeichnungen („Faschist“, „antidemokratisch, totalitär, übersteigert nationalistisch und/

oder militaristisch“, d. Verf.) jedenfalls unter deutschen Verhältnissen den Inhalt, dass der damit bedachte politische Gegner in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt und ihm damit gleichgestellt wird.“ (VG Meiningen zur Demonstration gegen die AfD: Björn Höcke durfte als „Faschist“ bezeichnet werden. In: Legal Tribune Online, 30.9.2019, https://www.lto.de/persistent/a_id/37921/)

Soweit heute der Begriff der Konservativen Revolution in der Geschichtsschreibung, der Presse oder in politischen Auseinandersetzungen verwendet wird, soll er in der Regel eine besondere Sammlungsbewegung, angeblich eine besondere Form konservativer, aber nicht nationalsozialistischer Kräfte in der Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten und zum Beginn des Zweiten Weltkriegs bezeichnen.

Scriba und Wosnitzka schreiben dazu in „Deutsches Historisches Museum online“, Berlin, v. 12.9.2014: „Sie (ihre Vertreter) grenzten sich sowohl von den Ideen der Französischen Revolution und der Aufklärung wie von bloßer Restauration ab und forderten nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs eine ‚neue abendländische Einheit unter deutscher Führung‘. Die Konservative Revolution verstand sich als Gegenrevolution, die nach dem Umsturz der bestehenden Ordnung konservative Maßstäbe setzen und die Auflösung der abendländischen Kultur verhindern wollte. Durch eine Rede Hugo von Hofmannsthal im Jahre 1927 wurde die paradoxe Wortkombination zum politischen Schlagwort. Die Ideen der Konservativen Revolution bildeten keine politische ‚Lehre‘ oder geschlossene Weltanschauung, sondern sie waren geprägt durch unterschiedlichste Strömungen. Gemeinsam war ihnen die Kritik am Liberalismus, Parlamentarismus und am Weimarer Parteienstaat ...“ Soweit das Gängige aus Deutsches Historisches Museum online.

Die Reihe völkisch-nationalistischer Ideologiebestandteile ist allerdings weit länger: Ersetzung der Individualität und der Menschenwürde und -rechte durch die völkische, nationalistisch bestimmte Gemeinschaft; rassistisch/ethnische Abgrenzung und Abwertung „der Anderen“, deutsche Vormacht über andere, Antiparlamentarismus gegen „Politiker“ und Parteien, illiberale, akklamative „Demokratie“ und Führerprinzip, um nur einige zu nennen.

1957 veröffentlichte der Historiker Klemens von Klemperer (1916–2012, im November 1938 in die USA geflohen, lehrte nach dem Krieg in Harvard, USA) eine der ersten zusammenfassenden Untersu-

Aus: Arthur Moeller van den Bruck, (1876-1925) „Das dritte Reich“, Ring Verlag, 1922. Zitiert nach: van den Bruck, Arthur Moeller. Das dritte Reich. (German Edition) . digitalmanufaktur24, Kindle-Version.

Aus dem Vorwort 1922, (Moeller van den Bruck):

... Wer zu Tätigkeit in politischer Öffentlichkeit gelangen wollte, der musste sich einer Partei anschließen. Und er musste in die Parlamente gehen, auch wenn er dem Systeme feind war. Im Volke gibt es zwar ein sehr verbreitetes Gefühl, das nicht die geringste Achtung vor den Parlamenten aufbringt, aber als Masse finden sich die Menschen immer wieder in den Parteien zusammen. ...

Was kann geschehen? Es bleibt nur übrig, die Parteien von der Seite der Weltanschauung her zu zertrümmern. ... In diesem Systeme kann keine Partei für sich alleine die Macht erringen, aber es gibt ihnen die Möglichkeit, sich untereinander über eine innenpolitische Machtverteilung zu verständigen ... In der Richtung auf Mitte und Vermittlung und eine Koalitionspolitik, die Kompromisspolitik ist, begegnen sich alle Parteien.

Dieses Buch enthält eine Kritik der Parteien. Und es wendet sich an die Deutschen in allen Parteien. Es setzt sich mit ihren Ideologien auseinander, und mit den Menschen als Parteitypen. ... Wir setzen an die Stelle der Parteibevormundung den Gedanken des dritten Reiches. ... in dem das deutsche Volk erst seine Bestimmung auf der Erde erfüllen werde.

Aus dem Vorwort zur dritten Auflage 1933

... Die Parolen des dritten Reiches, vor allen anderen jene, dass wir die Revolution gewinnen müssten, haben ständig Boden erobert. Wer die politische Publizistik unserer Tage verfolgt, wird überall die Spuren von Worten Moellers finden, in Formulierungen wie: von der

Kraft in Gegensätzen zu leben, in der Abkehr vom Liberalismus als dem Sterben der Völker, in der Nationalisierung des Sozialismus und Sozialisierung des Nationalismus, im revolutionären Konservativismus, in der These vom Rechte der jungen Völker. Die Nationalsozialisten nahmen den Ruf nach dem dritten Reich auf...

An Liberalismus gehen die Völker zu Grunde.

Der Liberalismus behauptet, dass er alles, was er tut, für das Volk tut. Aber gerade er schaltet das Volk aus und setzt ein Ich an die Stelle. Der Liberalismus ist der Ausdruck einer Gesellschaft, die nicht mehr Gemeinschaft ist. Der liberale Mensch hat den Sinn verfehlt, der in der Entstehung einer jeden Gesellschaft liegt.

Der liberale Mensch drückt keine gegliederte Gesellschaft aus, sondern eine aufgelöste Gesellschaft. Schon deshalb kann er keine Werte hervorbringen, die dem Volke und der Gesellschaft gemeinsam wären.

Und von dem Schlagworte der Demokratie, das der liberale Mensch ausgab, hoffte er, dass ein Volk, das ihn aufnahm, mit seiner Masse die Forderungen unterstützen werde, deren Erfüllung er selbst als ein Sonderrecht für sich beansprucht. ...

Liberalismus hat Kulturen untergraben. Er hat Religionen vernichtet. Er hat Vaterländer zerstört. Er war die Selbstauflösung der Menschheit. Naturvölker kennen keinen Liberalismus. Für sie ist die Welt ein einheitliches Erlebnis, das der Mensch mit den Menschen teilt. Und sie haben die ursprüngliche Witterung, das Dasein als einen Kampf zu begreifen ...

Das dritte Reich: – Die dritte Partei will das dritte Reich.

Sie ist die Partei der Kontinuität deutscher Geschichte. Sie ist die Partei aller Deutschen, die Deutschland dem deutschen Volke erhalten wollen. ... Man nennt diesen Willen heute nicht konservativ. Man nennt ihn nationalistisch. Aber er will die Erhaltung von allem, was in Deutschland erhaltenswert ist. Er will Deutschland um Deutschland willen erhalten. Und er weiß, was er will. ... Aber geistig ist er über diese Gegenwart hinaus gerichtet. ...

Er will Deutschland erhalten, weil es Mitte ist, weil nur von ihr aus Europa sich im Gleichgewicht halten lässt. ... Land und Sprache sind die natürlichen Grundlagen einer Nation, aber ihre geschichtliche Eigentümlichkeit empfängt sie von der Art, wie ihr das Leben von Menschen ihres Blutes im Geiste vorgewertet wird. Leben im Bewusstsein seiner Nation heißt Leben im Bewusstsein ihrer Werte. Der Konservativismus einer Nation sucht diese Werte zu erhalten: durch Bewahrung der überlieferten Werte, soweit sie Wachstumskraft in der Nation behielten – und durch Einbeziehung aller neuen Werte, soweit sie die Lebenskraft der Nation vermehren. Eine Nation ist eine Wertungsgemeinschaft. Und Nationalismus ist ein Wertungsbewusstsein. ...

Aus Trümmern, die mit dem Staate die Nation zu begraben drohen, hebt sich jetzt als eine sich entringende Gegenbewegung die konservativ-revolutionäre des Nationalismus. Sie will das Leben der Nation. Sie will das, was der alte Staat wollte und was jeder Staat wollen muss: aber sie will es nicht von Begriffen aus, sondern vom Erlebnis aus.

chungen nach dem Zweiten Weltkrieg zur Konservativen Revolution unter dem Titel „Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus“ (München, Wien, 1957). Er spannt den Bogen der Zugehörigkeit über die Autoren, Zirkel und Zeitschriften, deren Auflistung als Untertitel des Buches nennt: Moeller van den Bruck, Oswald Spengler, Ernst Jünger, Ernst Niekisch, Herrenklub („Jungkonservative“), Tatkreis (um die Zeitschrift „Die Tat“), Schwarze Front („nationalbolschewistische“ Abspaltung von der NSDAP). Als zentrale Figur nennt er Moeller van den Bruck. Gegenüber anderen Aufzählungen von Autoren der Konservativen Revolution

zählt er „national-soziale“ Positionen, man könnte sagen „Querfrontler“, ebenfalls zur „Konservativen Bewegung“, wie er andererseits Carl Schmitt (1888–1985) den Oberjuristen der NSDAP mit Nachwirkungen bis weit in die Bundesrepublik, nicht darunter behandelt.

Armin Mohler, die Neue Rechte und die Konservative Revolution

Dass aus dem Versuch einer wiedererstarkenden völkisch-nationalistischen Rechten in Deutschland nichts werden würde, wenn sie als ideologische und politische Wiederauferstehung der NSDAP daher käme, erklärt sich selbst für den borniertesten Neu-Nazi von selbst

und musste daher zumindest der Form nach auch von neuen völkisch-nationalistischen Parteien (NPD, Republikaner, DVU und heute AfD) beachtet werden. Das galt erst recht für die mit intellektualistischem Anspruch daher kommende „Neue Rechte“.

Bei der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) liest sich das wie folgt: Die Neue Rechte seien nicht einfach die heutige Rechtsentwicklung der Gesellschaft, die „Pegida“-Aufmärsche oder die Initiative „1 Prozent“. „Es lässt sich allgemein wie folgt definieren: ‚Neue Rechte‘ steht für eine Intellektuellengruppe, die sich hauptsächlich auf das Gedankengut der Konservativen Revolution der Weimarer

Republik stützt, eher ein Netzwerk ohne feste Organisationsstrukturen darstellt und mit einer ‚Kulturrevolution von rechts‘ einen grundlegenden politischen Wandel vorantreiben will.“ (<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht>) Dazu gehört dann auch Elsässer mit seiner neurechten Postille „Compact“.

Ein Beispiel von vielen für die Propagierung völkisch-nationaler Ideen bei scheinbarer Abgrenzung zum Nationalsozialismus: In seinem Verlag Antaios kündigt Götz Kubitschek, selbsternannter „Vordenker“ der Neuen Rechten mit „Institut für Staatspolitik“, Zeitschrift „Sezession“ auf einem „Rittergut“ in Schnellroda, einen Nachdruck des Buches „Das Dritte Reich“ von Moeller van den Bruck wie folgt an: „Grundlegende Lehrschrift der Konservativen Revolution, die jedem Beschwichtigungskonservativen entgegenhält: ‚Wir wollen diese Revolution gewinnen!‘ Arthur Moeller van den Brucks Vorstellung eines »dritten Reiches« hat nichts mit dem zu tun, was sich ab 1933 vollzieht.“ Zitat Ende.

Und spätestens jetzt erhebt sich die Frage: und was soll „diese Revolution“, die „wir“, Kubitschek und Co., die Höckes und alle, die sich darauf berufen anders sein und „werden“ als die einer neuen Form faschistischer, nationalsozialistischer „Revolution“, wenn man sie ließe, wie so wollen?

Und anders gefragt: gibt es die Konservative Revolution als eine angeblich eigenständige historische Strömung, angeblich völlig losgelöst zu sehen von Faschismus und Nationalsozialismus überhaupt? Waren ihre Autoren nicht einfach Teil der völkisch nationalistischen Ideologiebildung und Kampfpublizistik „zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus“ (K. v. Klemperer), die ideologisch, politisch den Weg für den Nationalsozialismus bereiteten?

Genau diesen und anderen damit zusammenhängen Fragen geht Volker Weiß in seinem Buch „die Autoritäre Revolte, die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes“ (Stuttgart 2018) nach.

Weiß kommt zu dem materialreich belegtem Ergebnis: „Ein ganz anderes Geburtsdatum einer Neuen Rechten, lange vor dem symbolischen „1968“ ergibt sich aus der Betrachtung von Leben und Werk des Schweizer Armin Mohler, um den sich diverse Legenden ranken. Wie die gesamte Strömung changiert er zeit seines Lebens zwischen Nationalsozialismus, europäischem Faschismus und Radikalkonservatismus“.

Mohler (1920–2003) beginnt sein Nachschlagewerk zur Konservativen Revolution, an dem zukünftig niemand

mehr vorbeikommen sollte, der sich mit der Wiederbelebung reaktionären Gedankengutes befasst, mit seiner Dissertation bei dem Philosophen Karl Jaspers. Mohler war dann u.a. Privatsekretär von Ernst Jünger, Redenschreiber für Franz-Josef Strauß und wirkte an der Parteibildung von Schönhubers Republikaner mit. Von 1964 bis 1985 war er Geschäftsführer der Carl Friedrich von Siemens Stiftung, eine Funktion, die er über diese rund 20 Jahre ausgiebig für rechte Netzwerkbildung nutzte.

Seinem Doktorvater blieben die Absichten Mohlers nicht verborgen. In einem Brief zitiert Mohler später die deutlichen Worte Jaspers: „Ihre Arbeit ist eine großangelegte Entnazifizierung dieser Autoren, die besticht und heute in Deutschland mit Begierde gelesen werden wird. Wenn ich nicht wüßte, dass Deutschland politisch nichts mehr zu sagen hat, sondern dass alles auf USA und Russland ankommt, könnte ich die Verantwortung für ihre Dissertation nicht übernehmen. Da sie aber bloß Unfug stiften wird, nehme ich sie an.“ (Weiß, a.a.O. S. 46) Hier leider irrte Jaspers. Es wurde ziemlich schlimmer „Unfug“.

Tatsächlich zeigt eine genaue Analyse der Publikationen Mohlers und der Realität – so Weiß – dass Mohler aus einem Begriff, der historisch im Schwange war, eine scheinwissenschaftliche Kategorie zimmerte und völkischer, nationalistischer Publizistik unter Ausklammerung dessen, wozu sie als Begründung führte, ein reaktionär gut benutzbares gemeinsames Label gab. Es muss aber schon in der Gesellschaft ein ziemlich breit liegendes Verdrängungsbedürfnis dazu kommen, damit ein solches, rückwärts gewendetes Konstrukt, diese Bedeutung zur Vertuschung aktueller rechter Umtriebe gewinnen kann.

Im hohen Alter, offensichtlich befreit von taktischer Rücksichtnahme, stellt Mohler selbst fest: „Meine Arbeit für die Konservative Revolution war dazu da, diese Sache auseinander zu dividieren – Konservative Revolution und Nationalsozialismus. Es war schon sehr schwer zu unterscheiden. In der historischen Wirklichkeit überschneidet es sich schon sehr.“ (zit. nach Weiß, a.a.O. S. 47).

Später kommen die Politologen Leggewie (1987) und Breuer (1995) nach eingehender Analyse der Schriften Mohlers zu dem Ergebnis: „Konservative Revolution ist ein unhaltbarer Begriff, der mehr Verwirrung als Klarheit stiftet. Er sollte deshalb aus der Liste der politischen Strömungen des 20. Jahrhunderts gestrichen werden.“ (Stefan Breuer, zit. nach Weiß, a.a.O. S. 48).

Jahrestagung Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

28. und 29. März 2020 in Mannheim, Jugendherberge, Rheinpromenade 21, 68163 Mannheim, Raum Berta Benz

Beginn, Einlass/Anmeldung: Samstag, um 13 Uhr. Ende Sonntag um 12 Uhr

Um Anmeldungen wird gebeten an: alfred.kuestler@gnn-verlage.com mit Angabe, ob Übernachtung benötigt wird. Da die Jugendherberge in diesem Jahr keine freien Plätze mehr hatte, sind die Übernachtungen im Hotel „Goldene Gans“, Bismarckplatz 7, 68165 Mannheim, das ist in Bahnhofsnähe.

Teil I: Demokratie und Rechtsstaat nach dem „Dammbruch“ von Erfurt – Vorträge und Diskussion

Samstag, von 13 Uhr bis 16 Uhr

DR. GERD WIEGEL, Referent für Rechtsextremismus und Antifaschismus für die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag:

Was macht die AfD im Bundestag, wie reagieren die Parteien im Bundestag auf die AfD, welche Entwicklung nimmt die Auseinandersetzung in den Parteien in der Abgrenzung von völkischem Nationalismus und Faschismus?

Weitere Diskussionsbeiträge:

- Die Verwaltung muss von sich aus Demokratisierungsprozesse in Gang setzen.
- Polizei und die Bürgerrechte ...?

Samstag ab 16.30 Uhr

Teil II: Politische Berichte und Projektberichte

Teil III: Vereinsangelegenheiten

- Finanzbericht. – Revisionsbericht –
- Wahlen laut Satzung – Haushaltsbeschluss.

Sonntag, 29.3. 2020, 9 bis 12 Uhr

Teil IV: Agenda des EU-Außenbeauftragten und deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020.

- Deutsch-französische Rüstungs-kooperation
- Türkei, Kurdistan, Mittelmeergrenzen

Referent (angefragt), DR. NORBERT HAGEMANN, die letzten zwei Wahlperioden Büroleiter bei MdEP Helmut Scholz (Die Linke) mit Arbeitsschwerpunkten Internationale Beziehungen sowie konstitutionelle Fragen / Verfassungsrecht, aktuell Senior Research Fellow am WeltTrends Institut für Internationale Politik Potsdam.

gez.

Brigitte Wolf, Christoph Cornides

Einladung: zu einem Treffen am 25./26. April 2020 in Sprockhövel
zum Themenkomplex

Emanzipatorische Arbeitspolitik – Aktuelle Gewerkschaftspolitik

Beginn: 25. April um 13:00 – Ende: 26. April um ca. 13:00. **Ort:** IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel,
Otto-Brenner-Str. 100; 45549 Sprockhövel

Vorläufige Tagesordnung:

1) Transformation – Diskussionsstand und Perspektiven innerhalb der IG Metall

Was verändert sich in den Arbeitsprozessen und den Berufsbildern? Energie- und Mobilitätswende - was tun aus Sicht der IG Metall? Mit der Debatte zur „Transformation“ öffnet die IG Metall den Raum für Überlegungen zur Produktentwicklung und Produktkritik, zur Bewältigung technologischer Umbrüche, aber auch zur Arbeitsgestaltung. Zusätzlich wird mit dem Konzept der Veränderungsprozessen auch ein Organisationsentwicklungskonzept vorgelegt – Stichwort: Die Gewerkschaft vom Betrieb aus denken.

VORBEREITUNG: RÜDIGER LÖTZER / BRIGITTE KURZER

2) IG Metall Tarfbewegung 2020

Die IG Metall setzt in der Tarfbewegung dieses Jahr auf eine neue Idee. Mit einem „Moratorium“ sollen mit den Arbeitgebern bis zum Ablauf der Friedenspflicht, also bis Ende April, Tarifverhandlungen über eine soziale Gestaltung der Transformation geführt werden, zu Themen wie mehr Qualifizierung, Umschulung und Weiterbildung, mehr Kündigungsschutz und Schutz gegen Werksschließungen, mehr Altersteilzeit, Zuschläge der Arbeitgeber für die Mobilitätskosten der Beschäftigten usw. Zusätzlich soll die

Kaufkraft der Beschäftigten mindestens gesichert werden.

VORBEREITUNG: RÜDIGER LÖTZER / BRIGITTE KURZER

3) Das Duale Ausbildungssystem - Historie / Entwicklung / Perspektiven

Ist eine gesetzlich geregelte oder zwischen den Tarifpartnern vereinbarte Ausbildungsplatzumlage ein wichtiger Entwicklungsschritt für das duale System der beruflichen Bildung? Oder sollte der Fokus auf die Qualitätsfrage gelegt werden?

Interessant in diesem Zusammenhang: die Ergebnisse des QEK-Tools (Qualität-Erträge-Kosten) in Bremen, NRW (?) und Sachsen. Auch die Diskussion um Beruflichkeit und Facharbeit schließt sich hier an und soll auf dem Treffen thematisiert werden.

VORBEREITUNG: JOHANN WITTE

4) EU Energiepolitik und der European Green Deal

Der europäische Green Deal zur Bekämpfung des Klimawandels ist eine der Top-Prioritäten der Europäischen Kommission für die kommenden fünf Jahre.

Übernachtung: Im Bildungszentrum Sprockhövel der IG Metall sind ausreichend Zimmer reserviert. Die Übernachtungskosten betragen voraussichtlich 58,85 Euro pro Zimmer (Einzel- oder Doppelzimmer).

Anmeldungen + Kontakt: Bitte an Rolf Gehring senden und immer Brigitte Kurzer in Kopie, da sie die Veranstalter gegenüber dem Bildungszentrum vertritt. Rolf Gehring rgehring@efbww.eu (Tel: +32-473-275305). Brigitte Kurzer brigitte.kurzer@igmetall.de

Was plant die Europäische Kommission? Welche Maßnahmen im Energiesektor brauchen wir? Wo liegen hier die Stolperfallen und Herausforderungen? Was kann und muss die europäische Ebene tun? Und was die Mitgliedstaaten?

VORBEREITUNG: MANUELA KROPP

5) Reckwitz II

Neue Klassenstrukturen, Postindustrielle Ökonomie, Konflikte um Kultur und Identität und die Krise des Liberalismus in den westlichen Industriegesellschaften. Stichworte zur Diskussion auf Basis der jüngsten Veröffentlichung von Andreas Reckwitz: Das Ende der Illusionen (2019) Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne

VORBEREITUNG: BRUNO ROCKER

7) EU-Initiative zu einem legislativen Rahmen für Mindestlöhne

Sie sei „vom Stuhl gefallen“, sagt Esther Lynch vom Europäischen Gewerkschaftsbund, als die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verspricht, innerhalb von 100 Tagen einen Gesetzesvorschlag zu Mindestlöhnen in der EU vorzulegen. Lynchs Problem: Die Gewerkschaften in der EU sind gespalten. Osteuropäische Gewerkschaften drängen auf eine EU-Richtlinie, während die KollegInnen in Nordeuropa das Ende der Tarifautonomie befürchten. Jetzt hat die EU-Kommission die öffentliche Konsultation zu ihrem Vorschlag gestartet.

VORBEREITUNG: THILO JANSSEN / ROLF GEHRING

Material zur Konferenzvorbereitung: Aus der Diskussion von Redaktion und IT-Redaktion

Konzeptanpassung Politische Berichte ...

Mit den Politischen Berichten Nr. 1/2020 liegt der Jahrestagung des Vereins ein Versuch zur Umsetzung des in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift vorgestellten Konzeptes vor.

Der größere Umfang und die klarere Gliederung sollen unseren Autorinnen und Autoren eine feste Mitarbeit und die kontinuierliche Bearbeitung von Themen erleichtern.

Entsprechend der Diskussion müssen auf der Konferenz die redaktionellen Zuständigkeiten festgezurrert werden.

Besondere Schwierigkeiten hat uns die Gestaltung der Titelseite bereitet. Die mit Bild-Markern unterstützten Verweise auf die Themen sollen auf die Vielfalt der Themen und Problemlagen linker Politik verweisen, die selbst in einem so kleinen Wirkungskreis, wie es unser Verein nun einmal ist, ins Auge springt.

... IT-Fassung ...

Zeitgleich mit der Druckausgabe erscheint die IT-Fassung, die Lektüre auf Tablets bzw. höherwertigen Handys erlaubt. Genügt die jetzt gefundene Form den Ansprüchen? Was kann mit vertretbarem Aufwand noch verbessert werden?

... Archiv-Funktion bei www.linkekritik.de

Downloadliste sämtlicher PB-Ausgaben liegt vor. Nachdem heftige technische Probleme (IT-Probleme beim Provider der Webseite und auf unserer Seite Schwierigkeiten bei OCR-Aufbereitung von Überformaten) überwunden sind, können wir ab sofort sämtliche Ausgaben der Politischen Berichte zum Download anbieten.

Die Downloadliste findet sich im Bereich www.linkekritik.de, Jahrgänge, direkt aufzurufen unter:

www.linkekritik.de/index.php?id=1315

In Arbeit: Die OCR-Erfassung der

ArGe-Publikation. Nachdem das Verfahren zur OCR-Erfassung ungewöhnlicher Format steht, können wir in den nächsten Monaten endlich die Archivierung von ArGe-Sachen vervollständigen.

Zur Erinnerung: Die Initiativen von Barbara Burckhard zur Dokumentation der ArGe-Publikationen war der Anlass zur Einrichtung des Archivs gewesen.

Texterschließung und Verschlag-

wortung: Mit den technisch-redaktionellen Verfahren zur Texterschließung und Verschlagwortung sind wir ebenfalls weitergekommen, dazu wird bei der Jahrestagung eine kurze Einführung gegeben werden.

Wer will, kann die gesammelten PB auch auf USB-Stick haben, Bestellung auf der Konferenz Bericht: Martin Fochler.



„Women's March“ in Washington am 21. Januar 2017, dem ersten Tag nach der Amtseinführung von Donald Trump
https://en.wikipedia.org/wiki/2017_Women%27s_March

Internationale Strategiediskussion:

USA: Feminismus für die 99 %

SABINE SKUBSCH, KARLSRUHE

In den USA wird die Auseinandersetzung um die Ausrichtung des Feminismus ungleich heftiger geführt als in Deutschland. Immer wieder wird der Vorwurf erhoben, die Linke habe zu sehr auf Identitäts- und Frauenpolitik gesetzt und es dadurch ermöglicht, dass die Rechten die vernachlässigte soziale Frage besetzen konnten. Durch die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten bekam diese Auseinandersetzung neuen Auftrieb. Warum war eine auf Frauenrechte und Identitätspolitik setzende Frau wie Hillary Clinton für die Mehrheit der Frauen unwählbar? Diese Frage wurde zum „Weckruf“ für das Manifest „Feminismus für die 99 %“. Die drei Autorinnen sind prominente marxistische Feministinnen. Nancy Fraser lehrt ebenso wie Cinzia Arruzza Politikwissenschaften an der New School in New York. Tithi Bhattacharya ist Professorin für südasiatische Geschichte.

Liberaler Feminismus setzt auf den Aufstieg talentierter Frauen

Das Manifest setzt am unteren Ende der Reichtumsskala an. Die Grenzziehung verläuft zwischen den unteren 99 % und dem obersten Prozent. Dazu muss man wissen, dass sich in den USA anders als hier mächtige Frauen aus Politik und Konzernzentralen wie Hillary Clinton oder Ivana Trump als Feministinnen bezeichnen. 2018 veröffentlichte die Facebookmanagerin Sheryl Sandberg ein Buch („Lean in“), in dem sie die Frauen auffordert, sich in den Vorstandsetagen durchzusetzen und darauf setzt, dass der „durch Zähigkeit errungener geschäftlicher Erfolg ... der Königsweg zu Geschlechtergleichheit“ sei. (S. 9)

Gegen diese Gleichheitsvorstellung richten sich die Autorinnen. Dieser Fe-

minismus setze nur auf den Aufstieg der von Hause aus gut ausgestatteten talentierten Frauen und propagiere eine auf Chancengleichheit beruhende Herrschaft, „einer Herrschaft, die ... im Namen des Feminismus aufruft, sich dankbar dafür zu zeigen, dass eine Frau und kein Mann die Gewerkschaft zerschlägt, einer Drohne den Befehl erteilt, die Vater oder die Mutter zu töten, oder das Kind an der Grenze in einen Käfig zu sperren.“ Rein gar nichts sei feministisch an „Frauen aus der herrschenden Klasse“, die Austeritätspolitik und kriegsrische Interventionen im Namen der Frauenbefreiung forcieren.

Clintons Aufstieg zeige die Kluft zwischen dem Aufstieg von Elitefrauen in hohe Ämter und der Verschlechterung der Lebensumstände der Mehrheit der Menschen. Clintons Niederlage habe die Niederlage des liberalen Feminismus offenbart. Statt dem Problem des „einen Prozents“, die „gläsernen Decke“ nach ganz oben zu durchstoßen, kämpft der Feminismus der 99% gegen den neoliberalen Ausverkauf des Gesundheitswesens, schlechte Arbeitsbedingungen und die ökologische Zerstörung. Der Kapitalismus benutzt die Natur als Spülbecken, in das aus einem Hahn Energie und Rohstoffe fließen und die Abfälle entsorgen werden. (S. 83)

Elf feministische Thesen gegen die kapitalistische Krise

Angelehnt an das „Kommunistische Manifest“ und die elf Thesen von Karl Marx über Feuerbach werden in elf feministischen Thesen die Themen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, Abgrenzung gegen neoliberale Vereinnahmung, Sexismus, Umweltgerechtigkeit, Rassismus, gesellschaftliche Reproduktion, Gewalt gegen Frauen abgehandelt. Frauen sollten sich

mit allen Bewegungen verbünden, die für die 99 % kämpfen. Die kapitalistische Krise bietet die Möglichkeit zum gesellschaftlichen Wandel. „In Krisenzeiten entzieht eine kritische Masse an Menschen den geltenden Autoritäten ihre Unterstützung. Indem sie die herkömmliche Politik ablehnen, beginnen sie nach neuen Ideen, Organisationen und Bündnissen Ausschau zu halten.“ (S. 30)

Arruzza, Bhattacharya und Fraser stellen eine entscheidende Frage: „Wer wird den Prozess der gesellschaftlichen Transformation anführen, in wessen Interesse und mit welchem Ergebnis?“ Keinen Zweifel lassen die Autorinnen daran, dass sie zu keinerlei Bündnis mit dem Neoliberalismus gegen den Rechtspopulismus bereit sind. Der fortschrittlich daherkommende Neoliberalismus stelle keine Alternative gegenüber dem reaktionären Populismus dar. Genauso wird jeder Opportunismus gegenüber rechts abgelehnt. Den Strömungen in den europäischen Linksparteien, die Positionen der Rechten gegen Einwanderung übernommen hätten, werfen sie vor, „mit dem Feuer zu spielen“. (S. 57)

Das Menschenmachen vor das Plusmachen stellen

Die Frage der gesellschaftlichen Reproduktion nimmt innerhalb des Programms eine zentrale Stellung ein. In kapitalistischen Gesellschaften ist das „people making“ – also die Sorge- oder Carearbeit – von der bezahlten Erwerbsarbeit, die zum „profit making“ – also zur Akkumulation des Kapitals – beiträgt, getrennt. Der Kapitalismus stützt sich auf die Haushaltsführung und Erziehung in der Familie. Diese Reproduktionsarbeit macht überhaupt erst den Kapitalismus möglich. Dadurch werden Arbeitskräfte erzeugt und ihre Arbeitskraft aufrechterhalten. Die Sorge um Menschen wird aber nicht als Arbeit definiert, sondern ihre lebenswichtige Bedeutung wird verschleiert. Sie wird geringer geschätzt als die Erwerbsarbeit und trotz aller Veränderungen wird die Hauptlast auch heute noch den Frauen zugeordnet. Das Menschenmachen wird „als ein bloßes Mittel zum Zweck des Plusmachens behandelt.“ (S. 34)

„Für uns besteht der ausschlaggebende Punkt, der Schlüssel zum Verständnis unserer Gegenwart, darin, dass der Klassenkampf auch Kämpfe um gesellschaftliche Reproduktion beinhaltet: um ein für alle zugängliches Gesundheitssystem und kostenlose Bildung, um Umwelt-

gerechtigkeit und Zugang zu sauberer Energie, um Wohnraum und öffentliche Transportmittel.“ (S. 37)

Die vom Kapitalismus geschaffene Unterscheidung zwischen Plusmachen und Menschenmachen bleibt aber für das System selbst ein ständiger Widerspruch. Einerseits ist die kapitalistische Produktion auf nachkommende Arbeitskräfte angewiesen, andererseits stehen die Lohnarbeiterinnen den Unternehmen umso weniger zur Verfügung, je mehr Zeit sie für Sorge- und Hausarbeit aufbringen. Der Neoliberalismus griff die feministische Kritik am Modell der patriarchalen Familie mit einem Ernährer auf, um durchzusetzen, dass möglichst alle Erwachsenen einer Gesellschaft Erwerbsarbeit nachgehen. Die Zahl der pro Haushalt geleisteten Stunden Lohnarbeit stieg gegenüber der Nachkriegszeit enorm an.

Das Kapital macht auch die gesellschaftliche Reproduktionsarbeit selbst zur Profitquelle. Pflege u.a. wird zur Ware gemacht. In globalen „care chains“ wird die Pflegelücke von den Reicherer an die Ärmeren verschoben. Die Frauen, die das Geld haben, kaufen sich selbst vom Patriarchat frei, indem sie die Arbeit an vornehmlich migrantische Haushaltshilfen und Pflegekräfte delegieren.

„Das Kapital strebt zwar systematisch danach, den Profit zu steigern, doch Menschen aus der Arbeiterklasse streben spiegelverkehrt dazu nach einem würdevollen und sinnvollen Leben als gesellschaftliche Wesen. ... der Anteil des Kapitals an der Akkumulation kann nur auf Kosten unseres Anteils am gesellschaftlichen Leben steigen.“ (S. 91)

Zentrales Ziel des Feminismus für die 99 % ist die Neuordnung des Verhältnisses von Produktion und Reproduktion. Dem Menschmachen und dem Leben der Menschen muss der Vorrang vor dem Plusmachen, der profitorientierten Produktion, gegeben werden.

Die weltweiten Frauenstreiks und -proteste können die Spaltung von Identitäts- und Klassenpolitik überwinden. Inspiriert wurden die Vorstellung des Feminismus für die 99 % von den weltweiten Frauenstreiks und -Protesten, allen voran die „Ni una menos“-Bewegung gegen Frauenmorde in Argentinien. Die mächtigen Frauenstreiks in Lateinamerika, Madrid, der Schweiz und anderswo werden als Protest gegen die durch den Kapitalismus auf vielen Ebenen verursachte Krise gedeutet. Dem Manifest gelingt es, ein breites „wir“ von Frauenkämpfen einzubeziehen, ohne in ein essentialistisches Frauenverständnis

zu verfallen. Abstrakte Erklärungen „weltweiter Schwesternschaft“ (S. 62) vermitteln einen falschen Eindruck von Homogenität. Die Unterschiede bedingt durch Klassenherrschaft und Rassismus untereinander müssen ernst genommen werden. Die Autorinnen wenden sich an einen breiten Kreis von Adressatinnen, deren Gemeinsamkeit in den vielen weltweiten kleinen und großen Kämpfen von Frauen liegt: Arbeitskämpfen, Kämpfen gegen Naturzerstörung, um Wohnungen, um Gesundheit oder um kostenfreie Bildung. Von all diesen Punkten aus fühlt man sich angesprochen. Sie setzen auf eine globale vernetzte Bewegung, die im Schulterschluss mit anderen antikapitalistischen Bewegungen steht.

Linke Kritik an Identitätspolitik, die an der berühmten Leier von Haupt- und Nebenwiderspruch anknüpft, also dass sich mit der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung alle anderen Unterdrückungsformen in Luft auflösen würden, wird entschieden zurückgewiesen. Die neue feministische Welle hat „das Potenzial, die starrsinnige spalterische

gar gerne auf der rechtspopulistischen Klaviatur. In Deutschland, dem Land von Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, war der Kampf um Frauenrechte von je her stärker mit dem um soziale Gerechtigkeit verbunden und deswegen auch nicht in dem Maße neoliberal instrumentalisierbar wie in den USA und vielen anderen Ländern.

Hier steht aber eine breite Auseinandersetzung über die Funktionalisierung von Frauen für Ressentiments gegen Einwanderer aus. Dies wird von einem kleinen Teil von Feministinnen legitimiert. Alice Schwarzer ist beispielsweise Wortführerin eines islamophoben Feminismus, der Sexismus und Gewalt gegen Frauen einer bestimmten Herkunft („Nordafrikaner“) zuordnet und muslimische Frauen mit Kopftuchverbot bevormunden will.

Wegweisend für die Linke und den Feminismus ist der Aufruf nach Neuordnung des Verhältnisses von Produktion und Reproduktion, also die Sorgearbeit um Menschen vor die gewerbliche Arbeit zu stellen und auf alle Menschen zu verteilen. Diese Diskussion wird zwar genau-

so in Deutschland von Feministinnen geführt, allen voran hat die marxistisch-feministische Philosophin Frigga Haug dazu viel veröffentlicht, aber sie ist noch nicht im linken Mainstream angekommen. Die politische Linke bis zu den Grünen verbucht zwar gerne das Attribut „feministisch“ für sich, die Lebenslagen von Frauen bleiben aber weiter etwas „Besonderes“, das in Frauenkapitel des Wahlprogramms abgeschoben wird. Das Parteiprogramm der Linken geht beispielsweise vom eher männlichen Vollzeitarbeiternehmer als dem Normalen aus, obwohl längst prekäre, flexible

oder Teilzeitarbeitsverhältnisse für viele und die Mehrheit der Frauen die Realität darstellen. Wenn man sich fragt, warum junge gut ausgebildete Frauen, die in eine Welt hineingeboren wurden, in der die rechtliche Gleichstellung von Frauen selbstverständlich ist, sich als Feministinnen sehen, stößt man auf das Thema der nicht gewürdigten Reproduktionsarbeit. Unter dem Label „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ wird den Frauen zwischen 20 und 60 abverlangt, ständig zwischen beidem hin und her zu hetzen, dem Takt der Erwerbsarbeit folgend. Es wird Zeit, dass eine andere Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit auch in das Narrativ der Linken einzugewonnen wird.

Siehe dazu auch das Dokument auf den Seiten 28/29.



Gegenüberstellung von Identitäts- und Klassenpolitik zu überwinden. Die Einheit von Arbeitsplatz und Privatleben aufdeckend, weigert sie sich, ihre Kämpfe auf diese Bereiche zu beschränken. Und indem sie neu bestimmt, was als Arbeit gilt und wer als Arbeiterin zählt, weist sie die strukturelle Unterbewertung der – bezahlten und unbezahlten – Frauenarbeit durch den Kapitalismus zurück.“ (S. 18)

Anregungen für die linke feministische Diskussion in Deutschland

Deutschen Spitzenfrauen wie Merkel oder von der Leyen kann man kaum vorwerfen, den Feminismus für ihre Interessen zu funktionalisieren. Sie geben sich so, als ginge sie das Thema nichts an. Kramp-Karrenbauer versucht sich

Mehr Befreiung wagen

Die Linke auf die Höhe ihrer Möglichkeiten bringen

AUTOR*INNENKOLLEKTIV: ALEX WISCHNEWSKI, ALEXANDRA GRIMM, ALEXANDRA MEHDI, ANNE STECKNER, ANNEGRET GABELIN, ANNETTE FRÖLICH, BARBARA FRIED, BETTINA GUTPERL, BRIGITTA MEYER, CORNELIA SWILLUS-KNÖCHEL, DANIELA MEHLER-WÜRZBACH, DAPHNE WEBER, FRANZISKA STIER, GABI LENKENHOFF, HEIDE HEPACH, HEIDI SCHARF, HILDEGARD HEINEMMAN, INGE HÖGER, KERSTIN WOLTER, LISA NEHER, NINA EUMANN, REGINA JÜRGENS, SABINE SKUBSCH, SYBILLE STAMM

Feministische Mobilisierungen sind das prägende Gesicht der erstarkenden Proteste gegen den neoliberalen Autoritarismus. In zahlreichen Ländern – ob in Chile, Spanien oder dem Sudan – bringen sie ganze Gesellschaften in Bewegung. Die darin liegende Chance ist unübersehbar. Wie kann die Linke diese Entwicklungen mit voranbringen, gerade auch hierzulande?

Frauen¹ machen die Hälfte der Wähler*innen² der Linken aus, aber nur knapp ein Viertel der Parteiativen. Der Frauenanteil der Mitglieder sinkt. Demgegenüber zeigen die Wahlergebnisse 2019, dass besonders Frauen und queere Menschen³ von Mitte-links-Parteien angesprochen werden. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Und trotzdem gibt es bisher keine Strategie, wie wir sie mehr für linke Politik gewinnen und nachhaltig in unsere politische Praxis einbeziehen können.

Feminismus ist keine Komplizin

Die Proteste der vergangenen Jahre haben gezeigt: Linker Feminismus ist keine Komplizin neoliberaler Diversity Konzepte, kein Lifestyle- oder Luxusthema. Geschlecht strukturiert die Klassenverhältnisse und die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Was heißt das? Etwa dass Alleinerziehende (meist Mütter) besonders oft von Armut betroffen sind; dass illegalisierte Frauen sich noch schlechter gegen sexuelle Übergriffe wehren können; dass viele „typisch weibliche“ Berufe gering entlohnt werden; dass Transfrau-

en häufig keinen Job kriegen. All das zeigt, dass Geschlecht und Klasse, sowie Herkunft und Hautfarbe verschränkt sind.

Die Linke ist daher gut beraten, die Bedürfnisse, Kämpfe, Träume und Alltagssorgen von für linke Politik offenen Frauen und queeren Menschen ernst zu nehmen und in eine politische Strategie zu übersetzen. Wenn sie das nicht tut, blendet sie erstens den Zusammenhang von herrschender Geschlechterordnung und ökonomischem System aus. Zweitens bleibt sie hinter ihrem Anspruch, für die Befreiung von allen Herrschaftsverhältnissen einzustehen, zurück. Und drittens ignoriert sie das brachliegende Potential in Wählerschaft und Bewegung. Kurz gesagt: Die Linke bleibt unter ihren Möglichkeiten.

Die dafür notwendigen Veränderungen betreffen mehrere Ebenen: Struktur, politische Kultur und Programmatik der Partei.

Strukturen verändern

Mütter haben viel zu tun, Väter auch. Sitzungen dürfen nicht nur abends stattfinden, und Kinderbetreuung muss selbstverständlich sein – auf allen Veranstaltungen der Partei, nicht nur auf Parteitag. Abschreckend für viele Frauen und queere Menschen (auch Männer) ist die Konkurrenz um Mandate und Parteiposten. Und wer ein Amt oder Mandat innehat, bleibt nicht selten daran kleben. Einer linken Partei stünde gut zu Gesicht, ihre Ämter und Mandate endlich auf maximal zehn Jahre zu begrenzen.

Gleichzeitig sollen viele Frauen und queere Menschen, kaum angekommen in der Partei, gleich für Ämter oder Mandate kandieren. Das kann ermunternd sein, aber auch Überforderung bedeuten. Die Ausbildung derer, die bei uns eintreten braucht Zeit. Wir sollten sie uns nehmen. Die Lösung

Frauen jeden Alters aus allen Teilen der Republik und in den unterschiedlichsten Lebenssituationen haben sich zusammengetan, um sich in die laufende Strategiedebatte der Partei Die Linke einzumischen. Das feministische Autor*innenkollektiv besteht aus Frauen* der Linken, die sich durch ihr feministisches Eingreifen in und außerhalb der Partei kennengelernt haben. Ihre Erfahrungen haben sie dazu bewogen, gemeinsam diesen Text zu schreiben und damit Perspektiven aufzuzeigen, das Leben aller – inhaltlich und im Umgang miteinander – in den Mittelpunkt unserer politischen Praxis zu stellen.

SABINE SKUBSCH

des Missstandes, dass weniger Frauen als Männer Ämter in der Partei innehaben, liegt auch in den tatsächlichen Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen in der Linken, zum Beispiel in offeneren Arbeits- und Projektgruppen, statt alle Entscheidungen nur in den Vorständen zu treffen. Und diese Entfaltungsmöglichkeiten sind auch abhängig von einer besseren politischen Kultur.

Politische Kultur verbessern, Kultur der Anerkennung praktizieren

Vierorts hinkt die gelebte Praxis – insbesondere an der Basis der Partei – unseren eigenen Festlegungen (wie doppelt quotierte Redelisten oder gemischt besetzte Gremien und Listenaufstellungen) hinterher. Aber es geht um mehr als das: In Fragen der Parteikultur müssen wir alle die Komfortzone verlassen. Für die einen heißt das, sich in Zurückhaltung und Zuhören zu üben, für die anderen, über den eigenen Schatten zu springen und das Wort zu ergreifen. Wer häufig spricht und wer häufig schweigt, lässt sich nicht allein am Geschlecht festmachen. Diese Dynamiken entstehen auch entlang von Alter, Erfahrung und soziokultureller Prägung. Ein wertschätzendes Umfeld ließe gemeinsame Veränderung zu. Zu oft noch werden die Bemühungen als „Befindlichkeitskram“ abgetan, die Widerstände sind mancherorts groß.

Die Linke muss zu einer Partei werden, in der alle Frauen und queere Menschen sich willkommen fühlen, in der es keine sexistische Bevorzugung oder Bevormundung junger Frauen gibt, kein Unsichtbarmachen von queeren Menschen oder älteren Frauen. Eine Partei, in der sexistisches Verhalten nicht toleriert wird und wir alle gemeinsam dafür Verantwortung übernehmen. Der begonnene Prozess, verbindliche Standards zum Umgang mit Sexismus zu entwickeln, ist so begrüßenswert wie überfällig.



Trotz der Forderungen der Neuen Frauenbewegung „Das Private ist politisch“ – wird Care-Arbeit bis heute als reine unpolitische Privatsache verstanden. Foto (Autor: Frank M. Rafik, licence: CC-BY-NC-SA 2.0.) und Untertext bei Heinrich Böll Stiftung – Gunda Werner Institut, Feminismus und Geschlechterdemokratie, <https://www.gwi-boell.de/de/2010/10/30/das-private-ist-noch-immer-nicht-politisch>

Wir laden alle Genossen ein, sich kritisch mit anderen Männern über ihre Vorstellungen von Solidarität und Geschlecht auszutauschen. Wir möchten euch bestärken, miteinander auch über eure Wünsche und Gefühle zu sprechen, euch ermutigen, euch mit Feminismus und sorgenden Praxen auseinanderzusetzen. Das sind Überlebensfragen für uns, wie auch für unsere politische Organisation.

Unser Wunsch nach Verbesserung der politischen Kultur richtet sich aber nicht bloß in die Partei hinein. Ein bewusster Umgang mit Macht, Hierarchie und Konkurrenz zielt auch auf eine Wirkung nach außen. Will Die Linke für die progressiven Kräfte in der Gesellschaft ein attraktiver Ort sein, muss sie sich auch mit ihrer Form selbstkritisch auseinandersetzen, konkret mit ihrer Rolle im parlamentarischen Betrieb und dessen Fallstricke. Lasst uns Orte schaffen, an denen wir uns mit Machtstrukturen, politischer Kultur und damit verbundenen Herausforderungen befassen, statt alle Treffen der Organisation von Wahlkämpfen oder Aktionismus unterzuordnen.

Programmatische Ausrichtung neu justieren

Die Forderungen nach „radikaler Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich“ und einem „Neuen Normalarbeitsverhältnis“ gehen in die richtige Richtung. Aber die dazugehörige Debatte ist noch nicht in der Breite der Partei angekommen. Das derzeitige Programm orientiert sich noch immer eher am männlichen Vollzeit-Beschäftigten, obwohl prekäre, flexible oder Teilzeitarbeitsverhältnisse längst für die Mehrheit der Frauen und queere Menschen die Realität darstellen.

Entweder, weil sie der Mehrfachanforderung durch Erwerb, Haushalt und Kinder oder betreuungs- bzw. pflegebedürftige Angehörige gerecht werden – oder weil auf dem Arbeitsmarkt für sie nur einer der vielen prekären Teilzeitjobs vorgesehen ist. Erzwungene Teilzeit ist oft ein Geldproblem, während freiwillige Teilzeit nicht selten belächelt wird.

Eine nur von der Erwerbsarbeit her gedachte Ökonomie sitzt dem Märchen der „Vereinbarkeit“ auf. So wichtig kinderfreundliche Arbeitsbedingungen

Strategiedebatte der Partei Die Linke – Bisher über 300 Beiträge – 29.2.-1.3.2020 Strategiekonferenz in Kassel

Christoph Cornides: Die Partei Die Linke hat im Oktober 2019 eine „Strategiedebatte“ begonnen und zur Einsendung von Diskussionsbeiträgen (10 000 Zeichen) aufgerufen. Diese wurden laufend auf der Homepage DER Linken veröffentlicht.

Zum Start der Debatte erklärt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei Die Linke:

8.8.2019: „Wir leben in einer Zeit der Umbrüche. Krisen sind die neue Normalität. Klimakrise, Krise der Volksparteien, Rezession sind nur ein paar aktuelle Stichworte. Die Gesellschaft ist im Umbruch, die Parteienlandschaft gleich mit. Neue soziale und

politische Bewegungen, etwa in der Klima- und Mietenfrage entstehen. Die soziale Spaltung, die Klimakrise und der Aufstieg der autoritären Rechten führen zu einer Politisierung und Mobilisierung der Menschen, oft jenseits traditioneller Lager.“

Einleitend zum Reader schreibt Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler:

„... Auch unsere Partei, Die Linke, diskutiert, wie wir strategisch erfolgreich eingreifen können – nicht nur angesichts sehr widersprüchlicher Wahlergebnisse in 2019, sondern vor allem, weil wir gemeinsam unser Land und die Welt verändern wollen. ...Die jetzt

schon fast 300 Beiträge (auf unserer Homepage einsehbar) und das hohe Interesse an unserer Strategiekonferenz in Kassel sind dafür ein sehr gutes Signal: Die Linke diskutiert miteinander und wir suchen gemeinsam Wege.“

Der Reader mit allen Beiträgen zur Kasseler Strategiekonferenz der Linken am 29.2. bis 1.3.2020 findet sich hier: https://strategiedebatte.die-linke.de/fileadmin/download/strategiedebatte2020/Reader/Reader_Strategiedebatte.pdf

oder die Eindämmung ausufernder beruflicher Anforderungen sind, so sehr hat die Debatte um Vereinbarkeit von Familie und Beruf doch einen blinden Fleck: Sie reproduziert die Zweiteilung von Beruf und Familie, von politisch und privat, von Arbeit und Leben. Dabei sind Produktion und Reproduktion – besser: Produktion des Lebens – aufs Engste miteinander verbunden. Anstatt in getrennten Sphären zu denken und statt Familie ums Goldene Kalb des Erwerbs herum zu organisieren, sollten wir die fürsorgenden, Leben produzierenden und erhaltenden Arbeiten als Grundlage aller produktiven und kreativen Tätigkeit einer Gesellschaft begreifen. Erwerbs- und Reproduktionsarbeit müssen nicht „vereinbart“, sondern beide müssen verändert und umverteilt werden.

Was brauchen wir, um glücklich und solidarisch zu leben?

Zeit für gute Beziehungen und ein selbstbestimmtes Leben muss dem Kapital abgetrotzt werden, deswegen sind die Kämpfe der Arbeiter*innenklasse in der Erwerbswelt so wichtig. Höchste Zeit sie

in ein größeres Projekt einzubetten: In das Streben nach einer Gesellschaft, in der die „Arbeit am Menschen“ und kreative Tätigkeiten genauso im Mittelpunkt stehen wie die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Eine Gesellschaft, deren Ökonomie sich an den gemeinsam ermittelten Bedürfnissen orientiert, nicht an Wachstum und Profit, denn die Klimakrise erfordert sehr schnelle und sehr fundamentale Veränderungen. Feministische Ökonomie ist durch den Fokus und die Konsequenzen ihrer Analyse notwendig eine nachhaltige Ökonomie. Überspitzt gesagt: Kuscheln hat eine weitaus bessere CO2-Bilanz als Kaufen.

Und wie wäre es, das Wahlprogramm der Linken mal nicht mit den üblichen Kapiteln „Arbeit“ und „Soziales“ zu beginnen? Sondern mit einer positiven Erzählung darüber, wie das Morgen aussehen könnte, wie eine Gesellschaft der Zukunft sich gestalten ließe. Statt von der Erwerbsarbeit ausgehend zu überlegen, wie diese zum Leben passt, schlagen wir vor, von der Frage auszugehen, wie wir leben wollen, und daraus abzuleiten, wie wir folglich produzieren und arbeiten müssen und welche Arbeiten wir brauchen.

Unser Strategievorschlag richtet sich an alle: Männer wie Frauen, und an alle, die sich diesem binären Schema nicht zuordnen wollen oder können. An alle, die unsere Gesellschaft grundlegend umkrempeln, den reaktionären Avancen des Neoliberalismus und der radikalen Rechten etwas Attraktives entgegensetzen und die Linke darin auf einem guten Weg sehen wollen.

1 Wir schreiben z.B. an dieser Stelle nur von Frauen, weil in der Statistik nur cis-Frauen erfasst werden. Seit Ende 2018 gibt es in der Bundesrepublik die Möglichkeit bei Geschlecht jenseits von männlich oder weiblich eine dritte Option anzugeben, nämlich divers. „Cis“ meint dabei Frauen, die sich mit dem bei ihrer Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren und wohlfühlen.

2 Wir verwenden in manchen Wörtern ein Sternchen, um darauf hinzuweisen, dass damit ein Spektrum vielfältiger Geschlechtsidentitäten, Lebensweisen und Selbstverortungen gemeint sein kann.

3 Hier Sammelbezeichnung für alle Personen, die in das FLINT-Spektrum fallen – also Frauen, Lesben, Inter-, Nichtbinäre und Trans-Personen

* Für die „Strategieseite der Linken“ vom Autor*innenkollektiv gekürzte Fassung. Quelle:

<https://strategiedebatte.die-linke.de/beitraege/detail/news/mehr-befreiung-wagen/>

Die vollständige Fassung ist in der Reihe RLS-Standpunkte erschienen.

https://www.rosalux.de/fileadmin/uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_1-2020.pdf

Arbeitsschutz in Bergwerken – Widerstand und Stimme

VON DAVID WALTERS, CARDIFF/GROSSBRITANNIEN UND MICHAEL QUINLAN NEW SOUTH WALES/AUSTRALIA

In den 1970er und 1980er Jahren führten wichtige Reformen von Gesetzen für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz in den meisten westeuropäischen Ländern unter anderem zur Einführung der Arbeitnehmerbeteiligung im Arbeits- und Gesundheitsschutz. Auch außerhalb Europas wurden solche Institutionen etabliert. Es hat sich gezeigt, dass eine solche Vertretung von Arbeitnehmerinteressen die Sicherheit und den Gesundheitsschutz in den Betrieben deutlich verbessert hat. In den Kommentaren damals und heute wird jedoch weitgehend

übersehen, dass die Arbeitnehmervertretung im Arbeits- und Gesundheitsschutz eine weitaus längere Geschichte hat: in einigen Ländern war sie bereits ein Jahrhundert früher im Kohlebergbau eingeführt. Im Vereinigten Königreich beispielsweise sind gesetzliche Maßnahmen, die den Arbeitnehmern das Recht auf eine Vertretung in Fragen des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit im Kohlebergbau einräumen, fast ein Jahrhundert älter als in anderen Sektoren, was auf den Coal Mines Act (Gesetz für die Kohlebergbau) von 1872 zurückgeht.

1872: Bergleute können Arbeitsinspektoren „aus ihrer Mitte“ bestimmen

Historische Forschungen zeigen, dass erstmals im Gesetz von 1872 Bestimmungen auftauchen, die es den Bergarbeitern ermöglichen, aus ihrer Mitte Arbeitsinspektoren in den Kohlebergwerken zu ernennen und die diesen Inspektoren das Recht auf regelmäßige Inspektionen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes im Bergwerk einräumten und dies das Ergebnis eines langen politischen Kampfes war, den die frühen britischen Bergarbeitergewerkschaften geführt hatten. Diese Gewerkschaften waren während des 19. Jahrhunderts auf lokaler und regionaler Ebene gegründet worden und spiegelten den unterschiedlichen Charakter des Kohlebergbaus in verschiedenen Teilen des Landes, aber auch den vereinigenden Charakter dieser sozialen Organisation wider, die sich in den Gemeinden rund um die Kohlebergwerke entwickelte. Viele einzelne Gewerkschaftsorganisationen schlossen sich in der Miners' Federation of Great Britain (Föderation der Bergarbeiter des Vereinigten Königreiches) zusammen, behielten aber bis weit ins 20. Jahrhundert hinein ihre spezifischen Eigenschaften und ihre Handlungsautonomie. Ihre Führer gehörten oft zu den frühen sozialistischen Parlamentsmitgliedern und bildeten eine politische Lobby für die Arbeiter in einer Verwaltung, die von den kapitalistischen Interessen



Kinderarbeit: Transport einer mit Kohle gefüllten Lore, wie in dem 1853 erschienenen Buch *The White Slaves of England* von J. Cobden dargestellt. Bereits 1842 wurde eine Royal Commission eingerichtet. Die vier Kommissionsmitglieder inspizierten Hunderte von Minen, stiegen hinab und führten Interviews mit den Kindern, andren Arbeitern, Vorgesetzten und Eignern. Der Kommissionsbericht wurde ein wichtiger Baustein für die Einschränkung der Kinderarbeit.

Quelle : https://en.wikipedia.org/wiki/Mines_and_Collieries_Act_1842#/media/File:Coaltub.png



Aus: *The Coal-Mining Industry of the United Kingdom* by R. A. S. Redmayne, in a 1904 publication of *The Engineering Magazine*.

Die Bergwerkslandschaft Nordwest und Nordengland im 19. Jahrhundert. Die wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Bedingungen der Zeit haben die Region, die Menschen und die Kultur strukturiert, bis heute.

der Bergwerksbesitzer und Industriellen, die nach der industriellen Revolution immer stärker ins öffentliche Leben traten, dominiert war.

Die Idee setzt sich in der Kohlebergbauindustrie international durch

Etwa zur gleichen Zeit – oder etwas später – kam es zu ähnlicher Gesetzgebung in einigen anderen europäischen Ländern mit bedeutender Kohlebergbauindustrie, wie z.B. in Frankreich und Belgien. Sie waren ein Element der Gewerkschaftskampagnen, die die erschreckenden Sicherheits- und Gesundheitsbedingungen in den Kohlebergwerken jener Zeit anprangerten: Bedingungen, die bekanntermaßen zu regelmäßigen Grubenunglücken mit vielen Todesopfern und zu einem inzwi-

schen gut dokumentierten Überhandnehmen von Berufskrankheiten und alltäglichen Verletzungen und Todesfällen führten. Die Bergarbeiterorganisationen setzten sich für die Verbesserung der Arbeitsumgebung in den Kohlebergwerken und die striktere Durchsetzung der Sicherheitsnormen ein. Sie sind jedoch von besonderer Bedeutung, weil sie einen gesetzlichen Mechanismus den Weg bereitet haben, der Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften eine Stimme verschafft haben, wenn es um Festlegung von Verbesserungen bei Sicherheit und Gesundheit geht. Sie sind auch deshalb von Bedeutung, weil sie das Ergebnis eines Kampfes um Mitsprache in Fragen der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes in von Feindseligkeiten geprägten Arbeitsbeziehungen darstellen, nämlich eine, in der eine vielschichtige und weite politische Opposition gegen die Bestrebungen der organisierten Arbeitnehmerschaft vorherrschend war.

Begrenzte Eingriffsmöglichkeiten, fehlende finanzielle Absicherung

Anfangs waren die Möglichkeiten, Maßnahmen durchzusetzen, natürlich in ihrer Wirksamkeit begrenzt. Das lag zum Beispiel an fehlender finanzieller Unterstützung für die Bergleute, die sich für den Posten eines Arbeitsinspektors zur Verfügung stellten. Es wurde auch verlangt, dass diese in den von ihnen inspezierten Bergwerken beschäftigt waren – so sollte ihren Arbeitgebern ermöglicht werden, ihre Aktivitäten zu kontrollieren und einzuschränken und sie zu schikanieren, wenn sie ihre Arbeitsschutzaufgaben bei der Arbeit wahrnahmen. Auch war anfangs weder Beamten der Bergarbeitergewerkschaften noch anderen in deren Namen tätigen Experten der Zugang zu den betreffenden Bergwerken erlaubt. Zeugenaussagen aus dieser Zeit veranschaulichen, dass die örtlichen Bergarbeiterorganisationen trotz vorhandener gesetzlicher Rechte oft nicht in der Lage waren, diese effektiv zu nutzen. Berichte legen nahe, dass die praktischen Möglichkeiten der Bergleute, ihre Interessen wirksam zu vertreten, in der Praxis stark eingeschränkt waren. Nur wenige örtliche Gewerkschaftsorganisationen konnten es sich leisten, die Kosten für Bergarbeiterinspektoren zu tragen. Manchmal schlossen sie sich zusammen, um Stellen zu finanzieren, aber die Ressourcen blieben ein Problem. In einem Bericht über die Aktivitäten in Südwest Wales – einer der aktivsten Regionen für Arbeitnehmerinspektionen – wird ein Bergarbeiter zitiert:

„... wir schicken gelegentlich Arbeiterinspektoren nach unten, aber unsere finanzielle Lage ist so, dass wir es uns nicht erlauben können, dies weiterhin zu tun.“

Die Feindseligkeit der Arbeitgeber wird auch in Aussagen ehemaliger Arbeitsinspektoren bezeugt:

„Die Hauptschwierigkeiten, die wir sofort erkannten, bestanden darin, dass sie uns, den Zechenleitern gegenüber feindlich gesinnt waren ... Sie wollten verhindern, dass wir nach unten gehen und ließen uns mal das eine, mal das andere nicht machen.“

Der Coal Mines Act von 1911

In den folgenden Jahrzehnten führten die Bergarbeitergewerkschaften eine Kampagne gegen diese Einschränkungen in den Bestimmungen, und nach mehreren Einzelverbesserungen in den darauffolgenden Jahren (und unterstützt durch die wachsende Stärke der Bergarbeitergewerkschaften) waren sie 1911 endlich erfolgreich. Dabei konnten sich auf eine zusätzliche Unterstützung durch die Ergebnisse der Untersuchungen durch die Königliche Kommissionen über die Sicherheit im Bergbau stützen. Die Königlichen Kommissionen waren ein wichtiges Element der sozialen Reformen im Großbritannien des 19. Jahrhunderts. Die Regierung hatte sie eingerichtet, um als wichtig eingestufte soziale Probleme oder Katastrophen zu untersuchen und darüber zu berichten. Sie waren ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu bahnbrechenden Reformen im Kohlebergbau. Im 19. Jahrhundert allerdings wurde die Einrichtung dieser Kommissionen auch

„Royal Commissions“ stärken die gesellschaftliche Akzeptanz

1938 stellte die Königliche Kommission für die Sicherheit in den Bergwerken fest:

„... die Sicherheit kann dadurch gefördert werden, dass die Arbeiter und ihre Vertreter durch diese Inspektionen eine aktive Rolle in Sicherheitsfragen übernehmen.“

Es bestand kaum Zweifel am Wert einer solchen Inspektion und an der Notwendigkeit ihrer Förderung:

„Alle Aussagen, die gemacht worden sind, unterstützen die Ansicht, dass die regelmäßige Inspektion eines Bergwerks durch Vertreter der Arbeiter einen wünschenswerten

Schutz darstellt, der in jeglicher Hinsicht gefördert werden sollte ...“

1947 konnte der Chefinspektor der Bergwerke schreiben:

„Alle diese Überprüfungen ..., die von die Arbeiterprüfern durchgeführt wurden, werden von Bergbauinspektoren und Managern begrüßt und sind für sie von beträchtlichem Wert, weil sie nicht selten Mängel ans Licht bringen, die ansonsten unentdeckt und ohne Abhilfe geblieben wären und die die Sicherheit der Mine ernsthaft beeinträchtigt hätten.“

als ein Mittel kritisiert, mit dem die Regierungen offensichtlich notwendige Reformen, vermieden oder verzögert haben.

Die Gesetzgebung wurde durch den Coal Mines Act 1911 dahingehend erweitert, dass die Bergleute ihre Inspektoren auch aus dem Kreis derer ernennen konnten, die nicht in dem von ihnen inspizierten Bergwerk beschäftigt waren. Abschnitt 16 des Gesetzes erfüllte weitere Forderungen der Bergarbeiterorganisationen nach dem Recht der Arbeitsinspektoren auf die Untersuchung von Unfällen und dem Recht auf Unterstützung durch einen Rechtsberater oder

Bergbauingenieur. In der Praxis machte dies sowohl die Vertretung in Fragen des Arbeitsschutzes in den Bergwerken als auch die Unterstützung durch eine Vertretung auf Distriktebene möglich. Das System hat sich in Ländern, in denen es bis heute besteht, wie z.B. Australien, als besonders erfolgreich erwiesen.

1954: Rechte der Bergleute auf Vertretung bei der Organisation des Arbeits- und Gesundheitsschutzes

Für mehr als 40 Jahre bildeten diese Bestimmungen dann die Grundlage für die Rechte der Bergleute auf Vertretung bei der Organisation des Arbeits- und Gesundheitsschutzes im Vereinigten Königreich (OSH), bis sie von Abschnitt 123 im Mines and Quarries Act 1954 (Gesetz über Bergbau und Steinbrüche) ersetzt wurden. Darin wurden Inspektoren für die Arbeiter sowohl auf Bergwerks- als auch auf Bezirksebene obligatorisch sowie Bestimmungen zur Dokumentation ihrer Untersuchungen. Dadurch wurde das duale Vertretungssystem der Arbeiter im Kohlebergbau im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes überhaupt erst funktionstüchtig, das ein Jahrhundert vor der Einführung ähnlicher Bestimmungen in anderen Sektoren erkämpft worden war. Dieser wichtige Beitrag zu einer verbesserten Praxis im Bereich des Arbeitsschutzes wird allgemein anerkannt. Wahr ist aber auch, dass in vielerlei Hinsicht die von diesen Maßregelungen getroffenen Formulierungen in mehrfacher Hinsicht belastbar stärker sind als die neu geschaffenen aus den 70er Jahren, und zwar, weil sie als Ergebnis des organisierten Widerstands gegen Ausbeutung erkämpft wurden.

Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung EVA DETSCHER, Karlsruhe und ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Kohlebergbau – eine wichtige, aber gefährliche Industrie

Die Geschichte des Kohlebergbaus in Großbritannien mit seinem enormen Umfang und dem Wachstum im 19. und frühen 20. Jahrhundert und der anschließende Niedergang sind gut dokumentiert. Hunderttausende von Bergleuten waren 1913, als die Kohleproduktion mit 287 Millionen Tonnen ihren Höhepunkt erreichte, in diesem Industriezweig beschäftigt. Aus den Berichten geht hervor, dass dieses Wachstum zum Teil auf die Nachfrage und zum Teil auf die Entwicklung von Technologien, die eine Kohleförderung aus immer tieferen Schichten ermöglichten, zurückzuführen ist, was in der Konsequenz für die betroffenen Bergleute höheres Risiko bedeutete. Diese Folgen zeigten sich sowohl durch häufige Katastrophen mit mehreren Todesopfern, was den Ruf nach regulierendem Eingreifen näherte, als auch durch eine viel höhere Zahl von Todesfällen und Krankheiten, die für den Bergbau typisch und in den Bergbaugemeinden immer gegenwärtig waren. Die Quantifizierung des vollen

Ausmaßes der schädlichen Folgen des Bergbaus wurde durch das Fehlen einer zuverlässigen Berichterstattung und die begrenzte offizielle Anerkennung seiner Auswirkungen auf die Gesundheit im 19. und frühen 20. Jahrhundert erschwert, aber sie war dennoch in das stillschweigende Wissen der Bergleute und ihrer Gemeinden eingebettet und mitverantwortlich dafür, dass Fragen der Arbeitssicherheit und Gesundheit zu wichtigen Triebkräften für die Mobilisierung der Bergleute für kollektives Handeln wurden.

Die Geschichte der Bergbaugewerkschaften erkennt ihre eigene Rolle bei der Regulierungsreform ebenso wie die der sozialen Reformer und anderer wichtiger Akteure an. Im Gegensatz dazu, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Mobilisierung eine zentrale Rolle gespielt hat, geben sie jedoch unzureichend Auskunft darüber, wie sie mithilfe der Nutzung der erreichten Vorkehrungen ihrer Stimme innerhalb der Kohleminen Gehör verschaffen konnten.

Edda Lechner: „Jesus – Marx – und ich“

Wege im Wandel –
Eine Achtundsechzigerin
in der Kirche“

Die dem Leserkreis der „Politischen Berichte“ bekannte Autorin Edda Lechner hat im Januar dieses Jahres ein Buch herausgegeben, in dem sie darstellt, welche bedeutende Rolle die Achtundsechziger-Bewegung auch in der Kirche gespielt hat. Sie berichtet von ihrem eigenen „Fall“ als Pastorin – damals Edda Groth – der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Schleswig-Holstein. Als erste Frau war sie 1967 – nach einem gerade verabschiedeten Kirchengesetz – für dieses Amt ordiniert worden. In den frühen Nachkriegsjahren unter Bauern und Flüchtlingen in dem kleinen Dorf Rederstell in Dithmarschen aufgewachsen, wurde sie entgegen dem dort üblichen kirchlichen Verhalten fromm und sozial aktiv. Ab 1959 studierte sie eifrig Theologie an verschiedenen Hochschulen und Universitäten und in der folgenden kirchlichen Ausbildung, dem Vikariat, lernte sie erstmalig neue pädagogische Theorien – z.B. die „antiautoritären Erziehung“ – und soziologische und psychologische Vorstellungen vom Umgang mit den Menschen kennen. Als sie 1967 ihr Amt in der Simeon-Kirche in Hamburg-Bramfeld antrat, traf sie bei Kindern, Jugendlichen und deren Eltern auf offene Ohren für eine in diesem Sinne veränderte christliche Erziehung.

1969 fand unter dem Motto „Hunger nach Gerechtigkeit“ in Stuttgart der Evangelische Kirchentag statt, der von der studentischen Bewegung der Acht-



Das Buch „Jesus – Marx – und ich“ ist in der Reihe „Forum Religionskritik“, mit 420 Seiten, unter ISBN 978-3-643-14197-2, beim LIT-Verlag in Münster erschienen.

E-Mail: vertrieb@lit-verlag.de – <http://www.lit-verlag.de>

Es ist in jeder Buchhandlung für 34,90 € erhältlich oder kann bei der Autorin bestellt werden, E-Mail: edda.lechner@wtnt.net

Einen ersten Eindruck können Interessierte sich verschaffen bei:

https://books.google.de/books/about/Jesus_Marx_und_ich_Wege_im_Wandel%20Eine_A.html?id=AuTJDwAAQBAJ&redir_esc=y

undsechziger geprägt war. Sie nahm mit den Jugendlichen ihrer Gemeinde daran teil und fügte nun ihrem kirchlich-sozialen Engagement eine entscheidende politische Komponente hinzu. Mit wiederum großer Unterstützung der Gemeinde begann sie einen Kampf um mehr Demokratie in der Kirche, um die Gründung von kirchenrechtlich nicht vorgesehenen Jugend- und Gemeinde-Räten, die Unterstützung neuer sozialer Bewegungen und eine in Form und Inhalt veränderte Gottesdienst- und Predigtweise, wie z.B. gegen den Krieg in Vietnam oder über die Ausbildungssituation von Lehrlingen.

Spannend schildert sie an Hand von Dokumenten und Erlebnisberichten, versehen mit reichem Fotomaterial, den Verlauf dieser Auseinandersetzungen und in welcher oft unfairen Weise und mit allen juristischen Tricks die etablierte Kirche im Kirchenvorstand und in der Kirchenleitung durch Pröpste und Bischöfe mit ihr umsprangen.

So erging es im Übrigen auch vielen ihrer fortschrittlichen KollegInnen und kirchlichen MitarbeiterInnen, von denen sie ebenfalls zu berichten weiß. Vor allem die deutlichen Angriffe in ihren Predigten gegen das kapitalistische System mit seinen unsozialen Folgen und die Propagierung eines alternativen Systems im Sozialismus erregten den Widerstand der etablierten und staatstreuen Kirche, die von einem noch unmittelbar aus der Nazi-Zeit geprägten Führungspersonal repräsentiert war.

Durch eigene Publikationen (schon damals!), durch Predignachdrucke, Broschüren und Flugblätter informierte sie stets die breite Öffentlichkeit der Gemeinde und unterrichtete darüber hinaus auch die Presse von ihren Vorstellungen. Bereitsdamalskirchenskeptische Zeitungen und das Fernsehen griffen dies in ihrer Berichterstattung gerne auf und sorgten so für eine willkommene mediale Verbreitung. 1974 erklärte Edda Groth provokativ in ihrer Konfirmations-Predigt, „dass Mao mit allem, was er für das chinesische Volk getan habe, Gott näher stehe als alle Päpste und Bischöfe der letzten 1000 Jahre“. Kurz danach gab sie einen „Offenen Brief zur Frage der Zusammenarbeit mit Kommunisten“ heraus. Dabei nannte sie positiv das Programm des kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

und entfachte damit eine langanhaltende Debatte, weniger über dessen demokratische Forderungen als über die Frage der Berechtigung von politischer Gewalt in Staat und Gesellschaft. Sie wurde, ohne dass der Bischof sich je zu einer von ihr und ihren Unterstützerinnen geforderten öffentlichen Debatte herabgelassen hätte, noch im selben Jahr suspendiert. Daraufhin trat sie aus der Kirche aus, weil sie zu der Erkenntnis gekommen war, „dass uns kein höh'eres Wesen rettet, sondern wir uns aus dem Elend nur selber erlösen können“.

Nach dem Verlassen der Kirche musste Edda Groth unter den schwierigen Bedingungen des Berufsverbotes – die gleichermaßen von Staat, Kirche und Gewerkschaft durchgezogen wurden – neue Jobs finden und sich wiederholt gegen die von den Firmen an ihr verübten Repressalien wehren – auch durch langandauernde juristische Prozesse. Ihre sozialistische Politik setzte sie in verschiedenen Parteien, so dem KBW und BWK, fort und baute ab 1990 in Norderstedt und Kiel die PDS und die Linke auf. Sie war in verschiedenen alternativen Bewegungen aktiv, so gegen den § 218, gegen das AKW Brokdorf, den Jugoslawienkrieg, gegen die Apartheid und koloniale Unterdrückung im Süden Afrikas. Zwei Zeitungen, die „Nadelstiche“ in der Norderstedter Kommune und die Parteizeitung „Info Die Linke“ hat sie 18 bzw. 12 Jahre federführend herausgegeben. Auch davon ist auf den 420 Seiten des Buches die Rede.

Edda Lechner sieht die eigene wie auch allgemeine durch die Achtundsechziger-Bewegung hervorgerufene politische Veränderung in unserer Gesellschaft als einen Erfolg an. In zahlreichen „Exkursen“ reflektiert sie immer wieder darüber, welche geistigen und geistlichen Vorbilder ihr jeweiliges Denken und Handeln beeinflusst und verändert haben: ob Jesus oder Marx, Albert Schweitzer oder Ernst Bloch, Martin Luther oder Mao Tse Tung. Dazu schreibt sie: „Es kommt mir in dem provokativen Vergleich von Jesus, Marx und mir darauf an, wie sehr ich im Laufe meines Lebens von der lesenden Bauerntochter bis zur gegenwärtigen politischen Schriftstellerin stets durch neue Ideen einen sozialen und politischen Wandel vollzogen und die jeweils dazugehörige Praxis gelebt habe.“

